

auch Versuche hinein in die einzelnen Produktionsbereiche. Wir nehmen uns im besonderen der Bioheizwerke und der Nah- und Fernwärmeversorgung an. Und auch die Hackschnitzelfrage ist ein besonderes Anliegen von uns. Wir werden uns daher auch mit Energieholzversuchsanlagen im besonderen zu beschäftigen haben. Alles Alternativen, meine sehr Verehrten, die die Nahrungsmittelproduktion entsprechend entlasten. Das wird vom Kammerbereich her unsere Aufgabe sein. Und ich darf noch einmal abschließend sagen, ich bin kein Jammerer, der sagt, wir sind am letzten Ende. Wir haben innerhalb der Landwirtschaft ein echtes Gefälle, das wissen wir ganz genau. In günstigen Lagen gute Situationen, wo die Dinge noch passen, schwierige Problemgebiete, kleine Bauern, größere Bauern, die Probleme haben und in Schwierigkeiten sind. Aber unser Hauptproblem, um es noch einmal zusammenzufassen, ist die Produktion Vieh, Milch und Getreide, und daher unser Anliegen, was wir mit Nachdruck vertreten: Alternativen früh genug einzuführen, um hier eine Weichenstellung, eine positive Weichenstellung für die Zukunft zu setzen. Wir werden von uns aus gesehen mit Nachdruck unsere Anliegen vertreten, und ich darf Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, um die notwendige Unterstützung ersuchen. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Zellnig das Wort.

**Abg. Zellnig:** Frau Präsident! Geschätzte Damen und Herren dieses Hohen Hauses!

Natürlich freue ich mich auch außerordentlich, heute nach den Ausführungen des von mir so geschätzten Präsidenten zu einigen Fragen Stellung nehmen zu dürfen.

Und das zweite, sehr geehrte Damen und Herren, was mich besonders freut – und das ist eigentlich in den letzten Jahren nicht so gewesen –, daß es ein richtiger Bauerntag geworden ist, wenn ich da in die Zuseher hineinschaue und mit Freude feststelle, daß auch der Bezirk Judenburg, und ganz besonders der Obdacher Raum – und für diese spreche ich jetzt –, schon so früh heute im Plenum sind. Ich möchte halt als Abgeordneter von Obdach meine Obdacher Freunde – ich hätte bald gesagt „Freundinnen“ – recht herzlich begrüßen, und ich glaube, da haben wir die Gelegenheit, daß wir unsere Probleme diskutieren können.

Herr Präsident Buchberger, bitte um Verständnis – wir sprechen ja sehr oft miteinander. Vielleicht nicht immer in der harten Sprache, wie es heute bei dir geschehen ist, und wir kennen die Probleme gegenseitig, und das darf ich auch für mich in Anspruch nehmen. Sehr geehrter Herr Präsident Buchberger, du hast die Weinsache natürlich aus steirischer Sicht aufgezeigt, nur muß ich dazusagen – und das ist uns ja bekannt –: Das ist ja eine gemeinsame Angelegenheit aller Steirer. Wir haben von seiten der SPÖ-Bauern bei der Beschlußfassung schon eine Pressekonferenz gemacht und haben auch auf diese Probleme hingewiesen. Wir sind einer Meinung, daß es noch Veränderungen geben soll, nicht nur zum Wohle der Bauern – (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Der Herr Minister ist stur geblieben!“) ich komm ja hin –, sondern auch zum

Wohle unserer Konsumenten. Und, Herr Abgeordneter Buchberger, ich tue es nicht gern, aber es ist so, daß wir dieses so strenge Weingesetz nach meiner Meinung im Interesse der Konsumenten und der Produzenten brauchen. Wir haben auch schon kleine Erfolge zu verzeichnen, damit in Zukunft der steirische Welschriesling in Sieben-Zehntel-Flaschen abgefüllt werden kann. Er muß nur die Qualitätsbestimmungen erreichen, und ich glaube, das ist ja unser Hauptproblem. (Abg. Schrammel: „Vom Weinbau verstehst du wirklich nichts!“) Wenn er seine 15 Grad erreicht, kann der Welschriesling in Sieben-Zehntel-Flaschen abgefüllt werden. Ich meine, man soll in diesem Haus nicht immer brav sein, Leut'ln. Ich habe so aufmerksam zugehört, habe keinen Zwischenruf gemacht, und wenn ich rede, ist immer ein großer Wirbel. Das müßte ja wirklich nicht so sein! (Abg. Ing. Stoisser: „Herr Kollege Zellnig, das wäre ein Klubauftrag!“) Über die freie Meinungsbildung, Herr Präsident, können wir ja einmal diskutieren – wo sie mehr gegeben ist. Ich verweise nur auf unseren Kollegen Dr. Wabl, der zu allen Sachen reden darf; bei euch ist das nicht immer der Fall. Dokumentieren wir die Meinungsfreiheit. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, da werden wir nicht fertig: Ich hätte für mich noch eine Bitte: Die Zwischenrufe, die mich an meiner weiteren Aussage hindern, sollen nicht in meine Redezeit hineingerechnet werden, denn dann werde ich falsch gewichtet. Darf ich darum bitten!

Ich glaube, Herr Präsident Buchberger, den Welschriesling – und da brauchen wir einen einheitlichen Sprachgebrauch – werden wir auch zukünftig, Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, nicht so leicht als Ausnahme bekommen in dieser neuen Novelle, sondern wir werden – und da liegen wir richtig – vom steirischen Bergwein reden müssen. Welschriesling gibt es so viel in Österreich; da werden sie sagen: „Warum der steirische, warum nicht unserer?“ Ich glaube, „steirischer Bergwein“, und da werden wir uns leichter tun, wenn wir in dieser Richtung arbeiten, und da werden wir aber schon 90 Prozent der Welschrieslingproduktion in diesem Bergwein drinnen haben. Das ist nur ein Gedanke. (Landesrat Dr. Heidinger: „Ein Gedanke, den der Herr Minister nicht akzeptiert hat! Wir haben es ihm vorgetragen!“) Bemühen wir uns! Wir sind ja da in weiten Bereichen einer Meinung. Ich komme später noch darauf, sehr geehrte Damen und Herren.

Tenor von meinem so geschätzten Präsidenten: Haiden weg, und dann geht es uns gut. Gleichzeitig hat der Herr Präsident erklärt, in der Grenzlandförderung haben wir – mit dem schlechten Haiden, den wir wegtun wollen – eine positive Entwicklung. Wir haben es ja heuer erreicht – eine sehr positive Sache. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Kollege Dr. Hirschmann, ich schätze dich. Ich bin der Meinung, daß du im Sprücheklopfen gut bist: „Haiden meiden.“ „Graff, der mit zwei ff, wenn Graff spricht, dann bist baff.“ Können wir machen, wenn es uns dienlich ist. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Hirschmann: „Sie waren nicht sehr überzeugend, Herr Abgeordneter!“)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte noch ein bißchen in die Sache gehen, und ich habe natürlich

auch gewisse Vorstellungen. Herr Präsident, wir sind einer Meinung, daß die Lage in der Land- und Forstwirtschaft nicht nur in Österreich – und du hast es ja selbst angeschnitten –, sondern weltweit und interessanterweise in den Industriestaaten, wo immer weniger für die land- und forstwirtschaftliche Produktion zuständig sind, sehr problematisch ist. Ich formuliere nach meiner Art, wie ich es immer tue: Unser Bauernfleiß, auf den unsere Väter noch so stolz waren, daß die Scheune und der Hof voll waren, macht uns die großen Probleme, weil wir in einen Markt hineinproduzieren, wo wir wohl in der Lage sind, dank des Fleißes und des Könnens des Bauern – auch der Wissenschaft und Forschung – einen Stier mit 600 Kilogramm immer in kürzerer Zeit marktfertig zu machen. Und auf dem Markt, wo der Stier vermarktet werden soll, wo wir vermarkten können, haben wir einen Sättigungsgrad erreicht, daß wir nur mehr umschichten können. Ja, der heute Wurst isst, kann morgen Käse essen, aber dafür isst er keine Wurst. Und der heute Fleisch isst, kann morgen Gemüse essen, aber dafür isst er kein Fleisch.

Wir müssen ja noch etwas zur Kenntnis nehmen, sehr geehrte Damen und Herren: Ich bin auch schon ein bißchen, Kollege Pörtl, in Fülle geraten. Wenn dann einer zum Arzt geht und sagt: „Ich habe da und dort Zwicken“, dann sagt der liebe Herr Doktor: „Iß nicht so viel, dann bist du wieder gesund.“ Wie soll man denn da in den Markt noch mehr hineinbringen? Wie sollen wir denn das noch schaffen? Kollege Schilcher, du kannst noch viel hinaufessen, ich habe schon Probleme. Auf dem Weltmarkt, wo wir hineinexportieren können, gibt es kein Geld, gibt es keine Finanzierung – der Herr Präsident Buchberger hat es treffend aufgezeigt. Und wo wir noch einen Markt haben, sind die Preise so niedrig, daß sie nicht einmal ein Drittel von dem erreichen, was wir eigentlich auf Grund unseres Fleißes und auf Grund unseres Einsatzes verdienen müßten, und das ist noch zuwenig, sehr geehrte Damen und Herren!

Und jetzt ein Beispiel: Der Herr Präsident Buchberger hat die Direktförderung angeführt. Diese Direktförderung ist auf der Idee der sozialistischen Bauern gewachsen. Nehmen wir es zur Kenntnis, sehr geehrte Damen und Herren! Die Absatzförderung am Viehsektor – der Herr Präsident hat darauf hingewiesen – ist im Jahr 1980 mit 600 Millionen Schilling Bundesmitteln erfolgt. Wir haben aber im Jahr 1980 noch 400 Millionen Schilling an Abschöpfung der Importware, durchs Fleisch, hereingebracht, der tatsächliche Aufwand vom Bund hat damals 200 Millionen Schilling betragen. Dazu kommen noch Landesmittel, Herr Landesrat, die uns ständig Schwierigkeiten machen. Das müssen wir noch dazulegen. Im Jahr 1985 war vom Bund her ein Aufwand von 1500 Millionen Schilling. Die Abschöpfung hat 140 Millionen Schilling betragen. Der tatsächliche Aufwand war 1360 Millionen Schilling. Die Landesmittel kennen wir, diese sind im gleichen Zeitraum von 38 auf über 100 Millionen Schilling angehoben worden mit dem Ergebnis, sehr geehrte Damen und Herren, daß der Produzentenpreis im Jahr 1980 bei den Stieren 25,04 Schilling gewesen ist und bei den Kühen 18,22 Schilling. Das Förderungserfordernis ist beim Bund um 680 Prozent, beim Land fast um 263 Prozent angestiegen, mit dem Ergebnis, daß der Produzentenpreis sich nur um 8 beziehungsweise 2,7 Prozent-

punkte verändert hat. Also das heißt, daß das Geld nicht zum Bauern kommt. Und, Herr Präsident Buchberger, wenn man sich die prozentuelle Entwicklung der Förderung aufrechnet, hätten wir heute bei den Stieren 57 Schilling und bei den Kühen 40,50 Schilling gegenüber 18 Schilling. Durch eine Direktförderung hätte der Bauer einen bedeutend besseren Preis, dann könnte der Marktpreis niedriger sein, wenn wir das Geld dort hinbringen, wofür es im Budget vorgesehen ist. Wenn der Bauer nur die Förderung bekommen würde, könnte er sein Vieh schon verschenken, er könnte es mit dem Nulltarif abgeben. Herr Kollege Grillitsch, ich habe gerechnet, du hast nicht gerechnet. Ich sage etwas, wenn wir die Zahlen gegenüberstellen, kommen wir zu dem Ergebnis, und ich bin der Meinung, wenn wir nur die Entwicklung der Absatzförderung vom vorigen Jahr mit diesem Jahr vergleichen, ist das Stützungserfordernis um sechs Schilling gestiegen. Und wenn ich das auf einen 500 Kilogramm schweren Ochsen umrechne, hätte der Bauer, wenn er die 6 Schilling ins Haus geschickt bekommen hätte, um 3000 Schilling mehr eingenommen, dann hätte er den Ochsen billiger auf den Markt bringen können.

Hier stellt sich die Frage, warum wird nicht direkt gefördert. Ich kenne die Ursache, warum nicht direkt gefördert wird. Ja, weil bei meinen Freunden von rechts in manchen Bereichen die genossenschaftlichen Interessen vor die Interessen der Bauernschaft gestellt werden. Und ihr seid ja die Funktionäre dort. Reden wir doch einmal offen miteinander. (Abg. Buchberger: „Die Genossenschaften sind wichtig, sonst haben wir eine klassenlose Gesellschaft!“) Sehr geehrte Damen und Herren, die Wohnbaugenossenschaft habe ich so nicht gemeint. (Abg. Pörtl: „Was ist mit der Konsumgenossenschaft?“) Ich tue nicht differenzieren, für mich sind das Genossenschaften, daß wir uns verstehen. Ich habe ja gesagt, Genossenschaften. Ich habe ja nicht gesagt, landwirtschaftliche Genossenschaften. Ich habe nur gesagt, die Wohnbaugenossenschaften habe ich ausgenommen. Sind wir einer Meinung? (Abg. Pörtl: „Du bist nervös geworden!“) Ich werde nicht nervös, da brauchst du keine Angst zu haben.

Das nächste Problem, meine Damen und Herren, ist die Milch. Mit der Milch sind wir in eine Situation hineingewachsen, die uns heute über den Kopf wächst. Ich sage aber vorweg, die Bauern, welche heute auf der Schoberpaß-Bundesstraße demonstrieren, ich weiß nicht, ob das der Weg ist. Es macht aufmerksam. Herr Präsident, du hast aber angekündigt, das wird sich noch verschärfen, noch verstärken. Ich bin der Meinung, daß der Bauernbund auf Grund seiner Organisationsdichte alles ohne Schwierigkeiten auf die Straßen bringt. Letztes Mal habe ich gesagt „getrieben“, ich habe es zurückgenommen und gesagt „eingeladen“, heute werden sie „gefahren“. Ist doch ein kleiner Unterschied. Aber ich bin davon überzeugt, sehr geehrte Damen und Herren, daß das nicht der Weg ist, weil wir mit Demonstrationen keine Probleme lösen. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Ich komme noch zurück, Herr Univ.-Prof. Dr. Schilcher. Man kann keine Probleme lösen. Und, sehr geehrte Damen und Herren, jetzt horcht mir zu! Der Teufel steckt in diesem System. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Im sozialistischen System!“) Daß die Milchbauern ein Milchmarktordnungssystem mit einem allge-

meinen und einem zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag haben, verdanken sie dem Bauernbund. Ihr habt gestritten um den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag, ihr habt gestritten um einen zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag, damit die Produktion wächst. Und heute ist es euch über den Kopf gewachsen, und heute ist der Haiden schuld daran, weil er sich mit seinem System, welches bauernfreundlich war, nicht durchsetzen konnte. (Beifall bei der SPÖ.) Leute, und jetzt wettern wir, und jetzt schimpfen wir. Ich sage euch, was ist denn passiert? Was ist passiert, sehr geehrte Damen und Herren? Was ist geschehen? Wir haben eine Härtefallregelung gemacht, weil die erste Kontingentierung – wir wollen sie so nennen – vielleicht dort oder da Schwierigkeiten gemacht hat, das gebe ich zu als Bauer. Diese Härtefallregelung haben wir gemacht, da haben wir die Milchproduktion in dieses System einfließen lassen ohne daß wir einen Inlandsmarkt gehabt haben. Wir haben eine zweite Härtefallregelung gemacht, weil die erste über den „Blechtrottel“ gegangen ist und der nicht denken kann, nur gefüttert wird. Dann haben wir gedacht und haben es dann besser gemacht. Wir haben wieder die Produktion einfließen lassen in das System, wo wir keinen Markt gehabt haben. Wir haben weiters dann die Almmilchregelung gemacht, sinnvollerweise, weil wir die Almen bewirtschaften wollen. Ich war heuer das erste Mal auf der Sommeralm bei den Märkten. Ich war beeindruckt, was dies für eine Alm ist, die größte zusammenhängende Alm von Mitteleuropa mit 5000, 6000 Stück Vieh. Das ist für einen Bauern ein Erlebnis, sehr geehrte Damen und Herren! (Abg. Schrammel: „Wir haben keine Alm! Was sollen wir tun?“) Da haben wir gesehen, die wollen wir auch bewirtschaften. Wir haben noch weiters etwas gemacht, sehr geehrte Damen und Herren, und, lieber Kollege Schrammel, wir haben sogar in diesem Jahr noch eine Strukturverbesserung gemacht. Ich war selbst in der Vergäbekommission, wo wir wieder 35.000 Tonnen Milch in dieses System einfließen haben lassen, ohne daß wir einen Markt gehabt haben. Und alles, was wir einfließen haben lassen, hat über den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag finanziert werden müssen, weil diese Milchmenge, exportiert werden muß. Den zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag haben wir nach oben begrenzt, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben sogar gemeinsam gearbeitet. (Abg. Buchberger: „Du schimpfst dich selber zusammen!“) Und das nächste ist, daß dieses System, sehr geehrte Damen und Herren, ja vom Bauernbund wirklich als das Europasystem im Jahre 1978 interpretiert worden ist. Heute haben wir die europäischen Auswirkungen auf die Milchmarktordnung auf Grund von Ihrem System. Es hilft aber nichts, wenn wir reden. Wir müssen schauen, daß wir darüber hinauskommen.

Hier möchte ich heute in aller Öffentlichkeit einen Vorschlag unterbreiten. Die SPÖ-Bauern haben sich ehrlich damit beschäftigt, ich habe vor zwei Jahren – Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, Sie sind sogar mein Zeuge – in Admont – der Herr Präsident Buchberger war in der „Argumente“-Sendung auch dabei – ein Blatt Papier mit einem Diagramm gezeigt, wo ich gesagt habe, der allgemeine Absatzförderungsbeitrag muß weg, und dann haben die Bauern weniger Arbeit, weniger Produktion und mehr Geld. Das war der letzte

Abschnitt oben. Ich arbeite seit dieser Zeit auf dieses System hin. Die Entwicklung hat mir recht gegeben. Herr Dipl.-Ing. Riegler, als zuständiger Landesrat, als Agrarsprecher des Bauernbundes, darf ich ohne Emotionen, sondern wirklich ehrlich für die Bauern Ihnen dieses Konzept überreichen. Es beinhaltet sehr vieles. Es muß noch vieles diskutiert werden, sehr geehrte Damen und Herren! Es muß noch diskutiert werden der Ab-Hof-Verkauf und alles. Aber wenn dieses Konzept eingeführt wird, heißt es im Klartext, daß wir 8 Prozent – und das ist viel – unserer Milchproduktion zurücknehmen müssen. Die Milchbauern in Österreich werden durch diese Maßnahme 600 Millionen Schilling Mehreinnahmen haben. Freunde, machen wir es gemeinsam. Mir ist aber gleichzeitig bewußt (Abg. Schrammel: „Das heißt aber das Gegenteil!“) – schau es dir an, ich gebe es dir, diskutieren wir es, ich gebe es dir nachher –, mir ist aber gleichzeitig bewußt, daß die SPÖ-Bauern dieses System niemals verändern können, dazu sind wir gar nicht in der Lage. Es ist nur änderbar, wenn der ÖVP-Bauernbund bei der Kürzung der Richtmengen bei der Milch mit den SPÖ-Bauern zusammenarbeitet. Der Haiden kann da gar nichts machen. Warum? (Abg. Grillitsch: „Er will ja nichts machen, das darf einen nicht wundern, wenn er solche Berater hat!“) Er ist ja nicht einmal Mitglied – Grillitsch, das weißt du nicht, aber es wird dir dienlich sein. Ich will dich ja auch informieren. Paß auf, das weißt du nicht.

Der Haiden kann bei diesem Gesetz im Parlament nicht einmal mitstimmen (Abg. Buchberger: „Da brauchen wir keinen Minister!“), weil er sein Mandat einem anderen gegeben hat, wie bei uns die Landesräte jemand anderem ihre Mandate geben. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Er hat mit einem Wort nichts zu reden!“) Der Haiden ist nicht Mitglied der Sozialpartnerschaft. Sozialpartner sind die Präsidentenkonferenz, die Bundeswirtschaftskammer, der Gewerkschaftsbund und der Arbeiterkammertag. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Nehmt einen besseren, wir warten schon darauf!“ – Abg. Pörtl: „Wer ist Aufsichtsbehörde in all diesen Gremien? Was glaubst du, wer das ist?“) Ich komm' ja hin. Wenn Ihr da weiterkommen wollt – ich weiß schon, Ihr schaut jetzt ein bißchen; mit dem hat ja niemand gerechnet –, dann müssen wir gemeinsam arbeiten. Wir SPÖ-Bauern haben uns bemüht, haben ehrlich gearbeitet. Herr Präsident Buchberger, der Ab-Hof-Verkauf ist auch drinnen, den müssen wir noch diskutieren. Ich habe ihn wirklich nicht ausformuliert. Ich teile deine Überlegungen. Aber die Frage ist, 200.000 Tonnen werden heute draußen vermarktet, und zwar bei einem Gesetz, das das verbietet, warum ist es nicht verboten worden? Weil der Milchwirtschaftsfonds die Kontrolle laut Gesetz durchführen mußte. Und ich sage noch etwas: Wenn wir da weiterkommen wollen – und das ist eine Bitte –, dann müssen wir die Interessen für die Milchbauern im Fonds nicht durch Genossenschaftler vertreten lassen, sondern durch Bauernvertreter. 120.000 Milchbauern werden doch drei Vertreter, die befähigt sind, in den Milchwirtschaftsfonds entsenden können. Ich bitte Sie darum und ersuche um Unterstützung. (Beifall bei der SPÖ.)

Lieferverzichtsprämie – könnten wir diskutieren, war eine der positivsten agrarpolitischen Maßnahmen, seit ich in der Agrarpolitik arbeite: Produktion aus

einem Markt zurücknehmen, die nicht mehr zu vermarkten ist und dafür dem Milchbauern, der auf eine Milchproduktion verzichtet, eine Prämie dafür zu bezahlen. Das ist mit Euren Argumenten unterlaufen und nicht angenommen worden, weil Ihr gesagt habt, daß es nicht wertgesichert ist, daß über vier Jahre hinaus keine Garantie ist, und weil Ihr gesagt habt, daß es in die Ausgleichszulage hineingerechnet wird. Die Beratung in den Molkereien war die, daß sie gesagt haben: „Bauer, sei nicht so dumm, gib deine Milch nicht zurück, der Nachbar will deine Milch pachten.“ So ist dort gearbeitet worden, und deshalb haben wir es nicht an den Mann gebracht. Das ist ein Nachteil für die Bauernschaft, aber ein Vorteil für die Genossenschaft.

Sehr geehrte Damen und Herren, so ist die Realität. Und jetzt noch ein Wort zur Ausweitung des Importes von Milchprodukten: Die Molkereien importieren zu einem großen Prozentsatz ausländische Molkereiprodukte mit der Argumentation, daß in den molkereieigenen Geschäften diese Produkte von den Kunden verlangt werden. Ich habe da einen anderen Gedanken, ich überlege: Wer hindert unsere Verarbeitungsindustrie, jene Geschmacksrichtungen in Käsesorten auf den Markt zu bringen, die der Konsument will? Niemand hindert sie daran! Sie brauchen sie ja nur zu produzieren. Und wenn wir die bessere Geschmacksrichtung auf den Markt bringen, die der Konsument sich wünscht, dann wird ja nichts hereinkommen, wenn der sogenannte Wasserkäse, der in Österreich erzeugt wird, eine bessere Geschmacksrichtung hat als der importierte. Das ist beim Wein auch das gleiche. (Beifall bei der SPÖ.) Daran hindert uns doch keiner! (Abg. Buchberger: „Unter diesen Bedingungen verkaufe ich mein Kontingent auch nicht! Er ist in Deutschland um 20 Prozent billiger!“) Ich bin nicht der Meinung, Herr Präsident, daß man mit Handelsbarrikaden versuchen soll, dieses Problem zu lösen. Gerade als Landwirte nicht, weil wir genau wissen, daß wir nur leben können, wenn wir Exportmöglichkeiten haben. Österreich ist ein Exportland, daher kann der Außenhandel keine Einbahnstraße sein. Unsere Handelspartner würden es sich nicht gefallen lassen, daß Österreich seine Produktion uneingeschränkt exportieren will und Österreich den Import von Waren seiner Handelspartner durch Importerschwernisse verhindert. Es wäre nicht sinnvoll, in die Zollmauer an der Handelsgrenze für den Export große und für den Import kleine Löcher hineinzubohren.

Sehr geehrte Damen und Herren, jetzt komme ich zu etwas, wo ich Vergleiche ziehen will – gestatten Sie mir das, bitte!

Am 18. September 1985 ist der Ministerpräsident von Baden-Württemberg – er heißt Gerhard Weiser – auf Einladung des Österreichischen Bauernbundes zu einem Vortrag in die Kammervollversammlung geladen gewesen. Ich habe mich so gefreut, wie ich das auf der Einladung gelesen habe, weil ich gedacht habe, jetzt werden wir hören und sehen, wie gut die Agrarpolitik in der EG draußen ist, wie schlecht die Agrarpolitik in Österreich ist. Ich habe mir gedacht, da bekommen wir jetzt Aufklärung und können hinausgehen und dem Haiden als SPÖ-Bauern sagen: „Haiden, du hast versagt, du hast nicht mehr unser Vertrauen, du gehörst weg, wir brauchen einen anderen.“ Das war meine Überlegung.

Sehr geehrte Damen und Herren, was ist passiert? (Abg. Neuhold: „Das sagst du nicht!“) Ich weiß schon, daß Ihr ein bißchen unruhig werdet. Das ist ja berechtigt. Der Herr Präsident ist schon sehr ernst.

Ein konservativer Agrarpolitiker, also kein Sozialist, ein von mir geschätzter Agrarpolitiker, weil er ein außerordentlicher Fachmann ist, der etwas von der Landwirtschaft versteht – (Abg. Schrammel: „Haiden ist ein Gewerkschafter!“) Wart' ein bißchen! Was hat er gesagt? Bitte, mich zu berichtigen, wenn es nicht stimmt. Er hat gesagt: „Die derzeitige Agrarpolitik über die Produktionsförderung ist nicht mehr gangbar.“ – In der EG draußen. Er hat gesagt, daß sie schon so viel in die Landwirtschaft hineinpulvern, daß pro Hektar eine Förderung, wenn man es nach unserem Kurs umrechnet, von 20.000 Schilling herauskommt. Das ist bedeutend mehr als in Österreich. Und er hat auch gesagt, daß die Einkommen der Landwirte in der EG trotz dieser Förderung real zurückgegangen sind. Und unser Landwirtschaftsminister Haiden, den wir hinausschmeißen müssen, hat es noch zusammengebracht, daß es in zehn Jahren real im Durchschnitt noch ein bißchen gestiegen ist. (Beifall bei der SPÖ.) Das hat der Ministerpräsident gesagt. Der Ministerpräsident in der EG hat noch folgendes gesagt – Herr Präsident, bitte, hör' mir ein bißchen zu – (Abg. Buchberger: „In der EG sind ja auch die sizilianischen Bauern drinnen!“): „... die Produktion dem Inlandsmarkt, wo es geht, anzupassen, und zwar mit einer gewissen Krisenvorsorge.“ Ja, das tut der Bundesminister Haiden. Wenn wir die Milchproduktion dem Inlandsmarkt anpassen, bekommen die Milchbauern um 600 Millionen Schilling mehr Einkommen, weil wir nicht zu exportieren brauchen, ich sage immer: nicht zu verschenken brauchen, Freunde. Seien wir doch einer Meinung: Butter nach Rußland exportieren mit 10 Schilling, nicht das Achtel, sondern das Kilogramm. Das ist doch kein Geschäft. Das müssen ja die Bauern zahlen. Getreide wird derzeit mit einer Stützung von 2,40 Schilling exportiert. Davon müssen die Bauern 50 Prozent bezahlen. Er hat gesagt: Die frei werdenden Mittel soll man als Direktförderung für die Klein- und Mittelbetriebe einsetzen, weil wir dort die Siedlungsstruktur brauchen. Das macht der Bundesminister Haiden schon seit der Einführung des Grenzlandprogrammes und des Bergbauernprogrammes. Er hat das schon lange gemacht, die konservativen Agrarpolitiker in der EG denken erst daran. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat noch etwas gesagt: „Produktionsalternativen sind flankierende Maßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft, die auf lange Sicht nichts bringen, sondern nur Geld kosten.“ Aber Bundesminister Haiden macht es trotzdem, weil er Geld für die Bauern hat. Das ist doch eine sehr positive Sache. Und er hat noch etwas gesagt – der Ministerpräsident von Baden-Württemberg: „Die Produktion – und das ist der Schwerpunkt der Agrarpolitik – muß, wenn wir aus dem Dilemma herauskommen wollen, um 20 Prozent generell zurückgenommen werden.“

Sehr geehrte Damen und Herren! Bemühen wir uns gemeinsam, dann werden wir den österreichischen Bauern und auch den österreichischen Konsumenten helfen können, Steuergeld zu sparen beim Export, es im Inland einzusetzen und dadurch eine Wirtschaft-

lichkeit zu erreichen. Ich glaube, das soll man tun, sehr geehrte Damen und Herren! (Abg. Buchberger: „Du mußt nur in Wien versuchen, deine Thesen durchzusetzen!“) Du hast meine Unterstützung.

Das nächste, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Schaller: Ich brauche es jetzt nicht zu sagen, es ist keine Liebesehe. Aber ich schätze dich als Politiker, ich schätze dich als Mensch. Ich bin beeindruckt von deinen Diskussionsbeiträgen. Das ist ehrlich gesagt. Das ist jetzt keine Show. Wirklich! Ich war wirklich erschüttert das letzte Mal, das von einem Fachmann – Ich rede jetzt die Wahrheit. (Abg. Pörtl: „Die Wahrheit verträgt ihr nicht!“) Wieso wirst du jetzt nervös? Ich rede jetzt die Wahrheit, ich will diskutieren. (Abg. Dr. Hirschmann: „Von wem redest du?“) Von einem Fachmann, der etwas versteht vom Geschäft. Ich verstehe nichts von der Schule. Ich weiß nur, daß sich der Lehrer immer geärgert hat, weil ich nicht so brav gelernt habe. Aber das ist wichtig. Es ist erstmalig nach meiner Meinung passiert, daß eine Postenvergabe namentlich in diesem Hohen Haus einfach in der Form über die Bühne gegangen ist, wo gleichzeitig klassifiziert worden ist, ob gut oder schlecht, ob passend oder nicht passend. Ich kann das nicht. (Abg. Ing. Stoisser: „Das hat er nicht gesagt, Berufsausbildung hat er gesagt!“) Es ist erstmalig gewesen. Entschuldigung! Ich bin da nicht so genau. (Abg. Harmtodt: „Achte auf die Redezeit!“) Das ist zu Recht. Das Aufzeigen ist vollkommen zu Recht. Da zeigt mir ein Kollege die Zeit. Ich habe die Uhr beim Kollegen Buchberger nicht gesehen. Bitte, aber ich bin kein Präsident, ich werde kürzer reden. Aber das muß ich sagen: Es würde für die Führungskräfte in unserem Lande, auch für die in der Schule, nicht gut sein, wenn jede Postenbesetzung in diesem Haus öffentlich erfolgen würde, Kollege Dipl.-Ing. Schaller, wie sie durch dich erfolgte. Ich glaube, das tät uns allen nicht gut. Ich meine, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Schaller, du als Fachmann weißt, daß ein Schulleiter sicherlich mit anderen Kriterien gemessen wird als ein Fachlehrer. Ein Schulleiter ist ein Betriebsführer, der hat nicht nur Lehrer, sondern der hat in so einer großen Schule auch Hilfskräfte zu betreuen. Er muß ein Betriebsführer sein. Ein Schulleiter muß ein Verwalter sein. Er muß den großen Apparat auch verwalten können. (Abg. Schrammel: „In erster Linie Lehrer!“) Er muß in der Menschenführung besondere Qualitäten aufweisen. Und noch etwas, alle diese Besetzungen, danke, daß ich die Namen bekommen habe, haben wirklich den gesetzlichen Anforderungen entsprochen. Aber da kann man dann über das Gesetz diskutieren. Und etwas ist noch passiert, Herr Hofrat Dipl.-Ing. Schaller. Das sind ja keine Neubesetzungen, sie liegen schon eine Zeit zurück. Ich habe mich so gefreut, daß du nachgesehen hast, daß du kritisch berichtet hast, es ist keine Unterstellung. Aber eines ist nicht geschehen, mit den betroffenen Lehrkräften in diesen Schulen zu sprechen. Ich habe es gemacht. Und die Lehrkräfte haben gesagt: „Wir haben einen Superleiter, wir sind zufrieden mit ihm, und die Sache läuft.“ Das ist nicht geschehen. Das müßte man auch tun. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Zuerst hast du den Namen nicht gekannt, und jetzt behauptest du, daß du mit ihm gesprochen hast! Das ist die Unwahrheit!“) Das mußt du mir jetzt beweisen. Ich habe erklärt, ich danke dem Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Schaller, daß er mir die Namen

gegeben hat. Und nach diesen Namen habe ich auf die Schule zurückgekoppelt. Und wenn du mir jetzt etwas anderes beweist, dann beweise es mir. Bevor man jemand Lügen straft (Abg. Dr. Horvatek: „Das ist eine unverschämte Unterstellung, da gehört ein Ordnungsruf her!“) – dann gehe hin in die Schule und frage. Bevor man jemand Lügen straft, soll man sich selbst informieren. Durch diese Namensgebung habe ich die Möglichkeit gehabt, das zu tun. Ich habe zwei Tage Zeit gehabt, das zu tun. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Gestern abend war das!“) Du bringst mir den Beweis, daß ich nicht gesprochen habe. (Abg. Dr. Strenitz: „Es ist nur gut, daß seine Schüler das nicht hören!“) Ich habe ja ein Telefon.

Das nächste und das muß ich noch dazusagen, sehr geehrte Damen und Herren: Es geht einfach nicht anders. Es ist befürchtet worden, und das hat mich so erschüttert, daß dadurch die Ausbildung unserer Kinder leidet – sehr vorsichtig formuliert – nicht auszuschließen ist, daß da unter Umständen etwas passieren könnte. Ich kann es nicht beurteilen. Herr Hofrat Dipl.-Ing. Schaller, du bist Schulinspektor. Die Schulinspektoren sind nach meiner Meinung ja dafür eingesetzt, daß sie dafür Sorge tragen, daß die Lehrpläne und die optimale Ausbildung erreicht werden. Hast du jetzt von den Schulinspektoren Nachricht, daß durch diese Besetzung unter Umständen eine schlechtere Ausbildung zu befürchten oder nicht auszuschließen ist? (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Das kann ich jetzt schwer sagen, das weiß ich erst in zehn Jahren!“) Danke! Das nächste noch, Produktionsalternativen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich mache es etwas kürzer. Wir haben, Herr Präsident Buchberger, und das ist auch dein Beitrag dazu, wir haben Produktionsalternativen, die Pferdebohne. Die Pferdebohne haben wir im Jahr 1985 mit 7200 Hektar angebaut mit einer Förderung von 3000 Schilling pro Hektar, einem Gesamtaufwand von 21 Millionen Schilling Bundesförderung. Wir haben bei dieser Pferdebohne im Jahr 1986 auf Grund des Getreidekonzeptes die Anbaufläche auf zirka 15.000 Hektar erhöht, mit einer Förderung von 3500 Schilling ein Förderungserfordernis von 52,5 Millionen Schilling, das ist eine Steigerung von 150 Prozent beziehungsweise um 30 Millionen Schilling. Aber was will ich sagen? Die Pferdebohne, Herr Präsident Buchberger, liegt jetzt in den Lagerhäusern und die Mischfutterwerke nehmen sie nicht an. (Abg. Buchberger: „Weil sie zu teuer ist! Transportkostenausgleich!“) Herr Präsident Buchberger, in Absprache mit Präsident Schwarzbeck und dem Bundesminister ist vereinbart worden, daß diese Pferdebohne mit einem Viertel in die Mischfutterproduktion eingeht und dafür der Weizen um einen Schilling, die Gerste um 30 Groschen und der Roggen um 60 Groschen verbilligt wird. Und trotzdem wird die Pferdebohne von den Mischfutterwerken nicht verarbeitet. Vielleicht noch ein Wort zur Produktionsalternative Energie. Da möchte ich unseren Herrn Landesrat bitten, daß wir in der Steiermark eine Koordinationsstelle gründen, wo wir diese Produktionsalternativen wirklich betreuen können. Ein praktisches Beispiel: Trummer von Feldbach ist ein Begriff, Herr Landesrat, der bemüht sich um eine Holzschnitzelheizung. Der hat im Jahre 1984 angefangen, er ist in der Rechtsabteilung 3 gewesen, dann war er in der Fachabteilung Ib, dann war er in der Rechts-

abteilung 4, dann war er beim Landesrat Heidinger, dann war er wieder in der Rechtsabteilung 4, und zuletzt war er beim Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, und eine Erledigung war für diese sehr positive Maßnahme zur Zeit noch nicht gegeben. Herr Landesrat, darf ich bitten, daß wir da Koordinationsstellen machen. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Nicht für alles!“) Es ist einfach nicht erledigt worden. Sie werden aber sicherlich recht haben, ich zweifle nicht daran.

Sehr geehrte Damen und Herren, was wir brauchen: Wir brauchen eine Umorientierung in der Landwirtschaft, wir brauchen eine Krisenvorsorge, was nicht Angelegenheit der Bauern ist, das ist Angelegenheit der Steuerzahler. Ich bin auch Steuerzahler. Ich zahle auch dort hinein. Wir brauchen extensive Wirtschaftsführungen, Einsparungen der Betriebsmittel, da sind wir einer Meinung. Wir brauchen den Ausbau der Direktförderung, noch bessere Direktförderung. Das Geld soll zukünftig zu den Bauern kommen. Wir brauchen Produktionsalternativen für die Körnerleguminosen, nicht Biosprit, den rechne ich nicht dazu. Eine bessere Pflege und Einsatz des Wirtschaftsdüngers brauchen wir. Wir brauchen Qualität statt Quantität.

Wir brauchen Tierzucht nach Gesundheit und Langlebigkeit und nicht unbedingt nach Spitzenleistungen und einen langen Nutzen der Maschinen.

Sehr geehrte Herren der ÖVP und des ÖVP-Bauernbundes, ich lade Sie ein, in diesen Punkten mit uns, den SPÖ-Bauern, zusammenzuarbeiten. In diesem Sinn ein herzliches Dankeschön für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura:** Sehr geehrte Frau Präsident, werte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich glaube, daß heute schon mehrfach eine Bauernregel zitiert worden ist. Der Präsident ist gekommen, der Herr Zellnig. Meine, glaube ich, stimmt sicher: „Spricht der Buchberger am frühen Morgen, haben die Bauern nix wie Sorgen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines ist vorweg einmal ganz klipp und klar festzustellen. Die Agrarpolitik und die Materie der Agrarpolitik ist eine Zwei-Drittel-Materie. Es bedarf der Mitbestimmung der ÖVP und schließlich und endlich hat sie (Abg. Buchberger: „Man muß sagen, den Staatssekretär Murer vertritt der Chibidziura!“) dieses System ja nach dem Kriege erfunden. Ich weiß nicht, warum man sich hier auf einmal aus der Verantwortung davonstehlen will, wobei man feststellen muß, daß gerade die ÖVP mit dem Bauernbund einen absoluten Vertretungsanspruch stellt und in der Kammer ja volksdemokratische Wahlergebnisse findet. Es zeigt sich gerade, daß die alten Vorschläge von Scheucher und Hartleb aus den Jahren 1949, 1950 und 1951 nicht beherzigt wurden, wo er einfach gesagt hat: „Die Bauern müssen mit dem Einkommen mit dem Index mitsteigen.“ Viele Bauern haben ihre Höfe verloren, sind weggegangen, haben es aufgegeben, Bauer zu sein, weil das Einkommen nicht mehr gestimmt hat. (Abg. Pörtl: „Ist das das FPÖ-Interesse an der Landwirtschaft?“) Nein, nein, das ist ja

mit Billigung der ÖVP erfolgt, und ich weiß nicht, ob es gut ist, wenn gerade die Bauerndemonstration abgeführt wird. Ich fürchte nur, daß viele der Bauern nicht wissen, wofür und wogegen sie demonstrieren und daß sie unter Umständen mißbraucht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, daß die Strategie halt dahin geht (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Das muß man den Bauern mitteilen, wie Sie sie einschätzen!“), daß man hier versucht, seitens der ÖVP die Überschüsse ausufern zu lassen, damit die Regierung im Milchsee oder im Getreideüberschuß ertrinkt.

Im Weinsee ist der Herr Maus schon ertrunken (Abg. Schrammel: „Und der Murer im Krebsenteich!“), meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich glaube, das soll eine Warnung sein. Und gerade weil wir vom Wein reden, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir verkennen die Problematik der Weinbauern in der Steiermark nicht, und wir wissen, wie notwendig es wäre, die Sieben-Zehntel-Flasche für den Welschriesling zu haben, aber ich glaube, da wurde immer eine Fehlinformation durchgeführt. Es ist ja nur notwendig, einen Welschriesling in die Literflasche zu stecken, wenn er die 15 Grad nicht erreicht. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Das wissen unsere Bauern auch!“) Aber nur ist es immer anders interpretiert worden, Herr Landesrat! (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Man kann es nicht anschaffen, wann 15 Grad sind und wann nicht!“) Gerade, weil Sie das jetzt gesagt haben: Sie waren ja bei der Aushandlung der Qualitätsgrenzen dabei, und Sie haben den 15 Graden zugestimmt. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Wir haben überhaupt nicht zugestimmt, wie Sie wissen!“) Sie waren mit dem Herrn Nationalrat Hittl dabei nach meinen Informationen, und Sie haben das mitgestimmt. Dann muß ich auch ganz ehrlich sagen: Sie haben gerade bei den Bauern in der Weingegend sehr, sehr – ich möchte fast sagen – gewagte Äußerungen gemacht. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ihr habt für die steirischen Bauern überhaupt kein Verständnis!“) Ich glaube, daß es wirklich gewagt ist, wenn man noch dazu auffordert, daß die Bauern die Regierung davonjagen sollen. (Abg. Buchberger: „In diesem Sinn ist das zweckmäßiger und sinnvoller!“) Herr Präsident, du weißt, ich schätze dich, nur sollte man doch zuerst reden, bevor man diese Maßnahmen setzt. (Abg. Pörtl: „Jetzt reden wir schon 15 Jahre!“) Und gerade, weil wir uns Gedanken machen, wie man den Bauern helfen kann, wie man hier weiterkommen hätte können, haben wir einen Vorschlag mit der Literflasche gemacht. Und gerade, Herr Landesrat, in der Sache waren Sie sicherlich nicht fair.

Wir wissen genau, daß Gelder vom Land im Weinwirtschaftsfonds waren, die mißbräuchlich woanders verwendet worden sind. Wenn man heute mit den Winzergenossenschaften spricht, dann sagen sie alle durch die Bank: „Wir sind froh, daß dieser Skandal aufgefliegen ist, das war unsere Rettung.“ Gar keine Frage! Und Sie wissen auch genau, daß heute bereits eine Fibel unterwegs ist, wo Durchführungsbestimmungen drinnen sind, wo eben eine leichtere Handhabung des Gesetzes da ist, und daß halt in der Steiermark keine einzige Weinbaugemeinde eine Vorführungsgemeinde sein wird.



Meine sehr Geehrten! Überschüsse müssen abgebaut werden. Ich glaube, Herr Präsident, da sind wir einer Meinung, daß die Überschüsse abgebaut werden müssen. (Abg. Buchberger: „Du kennst die Situation genau, darum verstehe ich nicht, daß du etwas anderes sagst, als du denkst!“) Jetzt hätte ich mir fast gedacht, Sie hätten auch gesagt, daß die Überschüsse abgebaut werden müssen. Oder habe ich das falsch verstanden? (Abg. Buchberger: „Du denkst in Wirklichkeit viel realistischer, als du heute sagst!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade bei der Milch wurden einige Vorschläge gemacht, die zum Abbau des Überschusses beigetragen hätten, aber Sie waren anscheinend gar nicht interessiert und Ihre Molkereien schon gar nicht, denn schließlich und endlich gibt es ja ein Motiv dafür. Man will sicherlich die Maschinen ausnützen, und gerade auf dem Milchsektor hat ja Ihr Präsident Dörfler einiges dazu beigetragen, daß die Situation jetzt so ist. (Abg. Grillitsch: „Wenn du das nicht verstehst, dann lies es wenigstens ordentlich!“) Er hat nämlich in einem Telegramm geschrieben: „Diese Zustimmung zum Absatzförderungsbeitrag wird unbeschadet der sich ergebenden Höhe des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages gegeben.“ (Abg. Mag. Rader: „Zugestimmt!“) Zugestimmt! Und mit 1. Juli 1985! (Abg. Buchberger: „Das ist ja der Witz!“) Ich halte ferner fest, daß die Präsidentenkonferenz aus der Festsetzung der Höhe des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages mit 1. Juli mit keinerlei finanziellen Forderungen an den Bund herantritt. Und was ist im Endeffekt? Wenn die Regierung ein Budgetüberschreitungsgesetz für 1,5 Milliarden Schilling beschließt, ist sie nicht einmal bereit, hier mitzugehen und es mitzubestimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt einige freiheitliche Initiativen, die sich durchgesetzt haben: die Rückvergütung des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages bei Milch an die Bergbauern der Zonen III und IV, denn sie kostet rund 100 Millionen Schilling jährlich. Die ÖVP war vehement dagegen und sagte: „Das ist agrarpolitisch keine sinnvolle Maßnahme.“ Die Auswirkungen für die Steiermark betragen schätzungsweise 20 Millionen Schilling.

Schaffung von Alternativen im Getreidebau - der Herr Präsident hat das auch angezogen - durch die Ausweitung der Eiweißfutterpflanzen von 1000 Hektar im Jahr 1983 auf 10.000 Hektar im Jahr 1985. Im Jahr 1986 werden es 15.000 Hektar sein, die bereitgestellt werden.

Die Initiative, Maissaatgut subventionslos exportieren zu können. Das hat auch Murer erreicht. Hier wird die Steiermark zusätzlich in dieses Programm eingebunden werden können, und wo es Spitzeneinkommen geben wird, auch nur, weil es eine Vereinbarung mit der UdSSR und Polen gibt. Bis 1990 sollen 30.000 Hektar Alternativfläche vorhanden sein. Beim Viehabsatz, eine Offensive im Jahr 1983, wurden 600 Millionen Bundesmittel aufgewendet, 1984 eine Milliarde, 1985 1,5 Milliarden, um den hohen Viehanfall exportieren zu können und den Preisverfall im Inland ein bißchen zu stabilisieren. Im heurigen Jahr sind es vermutlich 340.000 Stück, und es ist dem Staatssekretär Murer zu verdanken, daß wir in Italien wieder Vieh anbringen, daß die Italiener kaufen. Ich kann Ihnen eines sagen, er hat sich bemüht. (Abg. Schrammel: „Du hast ein

falsches Konzept, das ist vom vorigen Jahr!“) Ich halte es nicht ganz fair, wenn der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler mit dem Herrn Landesparteiobmann von Oberösterreich, Landeshauptmann, gemeinsam verhandelt und dann zusagt, Eins-zu-eins-Zuschüsse zu geben, bis die oberösterreichische Wahl vorbei ist. Die Steirer haben natürlich auch eins zu eins bezahlt. Warum hat man sich nicht schon vorher aufgeregt darüber und hat gesagt, machen wir die alte Regelung von einem Drittel zu zwei Drittel? Aber das, Herr Landesrat, das werden Sie sicher aufklären. Im Jahre 1985 ist das Agrarbudget im Bund um 8,6 Prozent gestiegen trotz rigoroser Sparmaßnahmen, um überhaupt die Preisausgleiche zu schaffen. Es wurde ein spezielles Hofübernehmerkonzept entwickelt, billige Zuschüsse für Agrarinvestitionskredite, kürzere Wartezeit, tilgungsfreie Anlaufzeit während der ersten zwei Jahre. Ein Wohnbauprogramm für die Landwirtschaft, eindeutige FPÖ-Initiative, ein Direkt-Bauer-Bank-Ministerium-Ablauf. Einführung einer vierten Bergbauernzone, das Mehrwertsteuerrecht ist beseitigt worden, bringt den Bauern 300 Millionen Schilling. (Abg. Purr: „Chibi, du hast damit wenig zu tun!“) Du weißt genau, daß die Bauern benachteiligt wurden, sie haben nur 8 Prozent gehabt, und durch unsere Initiative waren die 10 Prozent möglich. (Abg. Buchberger: „Du mußt dir anschauen, wie die Situation in der Bundesrepublik ist. Die müßten wir haben!“) Es hat sich eine Einheitswertsenkung bei den Weinbauern durchgesetzt. Die Inangriffnahme eines Bodenschutzprogrammes, gerade beim Düngemittelgesetz, wobei auch ein Pflanzenschutzmittelgesetz in Vorbereitung ist und auch eine Futtermittelverordnung. Hier wird der Umwelt speziell ein gutes Werk getan. Es wird hier speziell Rücksicht genommen. Wir wissen - und der Herr Präsident hat das auch angezogen -, daß gerade im steirischen Bereich, im südlich unter Graz liegenden Schotterbereich der Mur große Probleme bestehen in der ganzen Art und Weise der Bewirtschaftung, wo man heute Probleme hat mit den Rückständen, wo die Trinkwasserunreinigung stattfindet, wo man, wenn man ein gutes Trinkwasser haben will, auch nicht den Bauern zum Handkuß kommen lassen kann, wo man den Bauern möglicherweise eine Abgeltung geben muß. Und wenn Rückstände da sind von Herbiziden usw., muß man diese genau untersuchen und prüfen, was man umgehend machen muß.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe schon gesagt beim Budgetüberschreitungsgesetz, gerade für die Landwirtschaft 1,5 Milliarden zusätzlich, war es die ÖVP, die einfach nicht mitgestimmt hat. Da hat sie gezeigt, wie bauernfreundlich sie ist. (Abg. Schrammel: „Im Vergleich zum Land ist es wirklich wenig!“) Meine Damen und Herren! Sie von der ÖVP gehen draußen mit der Parole hausieren, das Bewertungsänderungsgesetz 1985 werde die Einheitswerte und damit die Steuern und Abgaben in der Landwirtschaft erhöhen. Tatsache ist, daß dieses Gesetz nicht das land- und forstwirtschaftliche Vermögen berührt, also nicht den Grundbesitz und nicht das landwirtschaftliche Wirtschaftsgebäude. Betroffen sind davon richtig Wohnungen, Wohnhäuser im Agrar- und Nicht-agrarbereich. (Abg. Ing. Stoisser: „- und die ganze Wirtschaft!“) Meine Damen und Herren! Lieber Präsident! Du hast ja recht, das ist ja richtig. Stimmt ja! Aber

es ist ja auch noch nicht ausverhandelt, das weißt du auch. (Abg. Ing. Stoisser: „Ein Entwurf liegt vor!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! (Abg. Schrammel: „Wenn der Chibi spricht, werden die Reihen licht!“) Die Schüttelverse des Abgeordneten Schrammel! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade bei den Sonderkulturen glaube ich, daß man auch etwas sagen muß: die Schwierigkeit der schwarzen Johannisbeerbauern. Es geht darum, daß man ihnen eine Hilfestellung gibt, daß man ihren Anbau und ihre Ansässigkeit, ihre Möglichkeit des Lebens im Grenzland sichert. Ich persönlich habe mich eingesetzt. (Abg. Buchberger: „Chibi, wir haben viel getan für die schwarzen Ribisel!“) Ja, ist richtig, aber die Zuschüsse sind praktisch an die Händler gegangen, die Bauern haben leider Gottes nicht so viel gesehen. (Abg. Buchberger: „Die haben die Bauern direkt ausbezahlt bekommen, 3,25 Schilling pro Kilogramm direkt ins Haus. Schön bei der Wahrheit bleiben!“) Ich weiß schon. Ich bemühe mich, daß wir wenigstens beim Bundesheer einige schwarze Johannisbeeren unterbringen. Unsere Bundesheerangehörigen sollen einen schwarzen Ribiselsaft trinken mit viel Vitamin C, das steigert die Wehrhaftigkeit und die Verteidigungsbereitschaft. (Abg. Buchberger: „Die trinken lieber einen Wein!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß schon, der Abgeordnete Zellnig hat gesagt, wir müssen die Überschüsse abbauen. Es darf natürlich nicht so gehen, daß man unter dem Motto sagt „Eine Kuh weniger, dann sind die Preise besser“. Für den Kleinen ist es natürlich so, wenn er nur eine Kuh hat, dann geht es überhaupt nicht. Also muß man einen Schlüssel und eine Regelung finden, wo man natürlich mit der Solidarität der Größeren rechnen kann und hier ein Solidaritätsoffer holen. Aber eines ist sicher, der Absatzförderungsbeitrag gehört weg. (Abg. Buchberger: „Er gehört weg!“ – Abg. Pörtl: „Sage das dem Murer!“) Jawohl! Meine sehr Geehrten! Aber eines muß man auch sagen, und wenn man Überschüsse eindämmen will, Herr Präsident, dann darf ich eine Bitte an dich richten. Wenn man heute durchrechnet, was die Apfelbaumanpflanzungen in der Zukunft bringen werden! Wissen Sie, wenn alles trägt, wie es aussieht? Daß jeder Österreicher in der Woche zehn Kilo Apfel essen muß, wenn wir das wegbringen wollen. Und das ganze Jahr hindurch. Ich glaube, das ist ein bißchen viel. Und da muß man ein bißchen sehen, daß das keine Art der Möglichkeit ist, die Förderung so gut zu machen. (Abg. Buchberger: „Das ist zuviel! Es wäre gesund, ist aber zuviel!“)

Meine sehr Geehrten, noch etwas, Herr Präsident! Ich glaube nicht, daß das gerade so eine große Idee ist, wenn man groß verkündet von der Präsidentenkonferenz, Streichung der Treibstoffrückvergütung, Düngemittelsteuer, Saatgutsteuer. Ich glaube, sich Steuern einfallen zu lassen, ist das Dummste, was wir können in der ganzen Agrarwirtschaft, weil das geht nur auf Kosten der Bauern und vor allem auf Kosten der Kleinen. Und hier ist es natürlich richtig, was bietet man an: attraktive Rückkaufaktionen, Nichtverpachten der Kontingente, Rückkaufen. Ich weiß schon, daß man hier im steirischen Bereich . . . – ich will das nicht sagen. Aber, was ist denn passiert? Es ist passiert, daß man dem einzelnen Bauern abgeredet hat, sein Kontingent zurückzugeben.

Aber hohe Funktionäre des Bauernbundes haben es wohl getan und haben sich eine „Klasse“ Rente geholt.

Es ist notwendig, daß die Alternativproduktion weiter ausgebaut wird: Pferdebohnen, Ackererbsen, Maisaatgut – Flächenstilllegung, wobei man natürlich ökologisch überlegen muß, daß man hier Gesundung des Bodens betreibt, wo wir ja gefordert haben, daß gerade im „Grünen Bericht“ auch etwas über diese Bodengesundung drinnen ist, nachdem man in der Steiermark 24.600 Bodenproben macht, und Sie haben nichts hineingeschrieben. (Abg. Buchberger: „Sehr positiv!“) Deswegen werden wir auch dem „Grünen Bericht“ nicht zustimmen, meine Herren!

Das, was notwendig ist, ist ein umfassendes Bodenschutzgesetz. Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich auch eine Reform des Genossenschaftsgesetzes. Minderheitenrechte – (Abg. Buchberger: „Murer ist Vorstandsmitglied in Leoben, er kommt nur zu keiner Sitzung!“) Jawohl, richtig – auch im Gewerkschaftsbund, Demokratie überall und auch in den Genossenschaften! Die Verzinsung der Geschäftseinlagen für die Bauern!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist eines zum Schluß zu sagen: Ich meine, wir sind immer bereit, zu reden, Herr Präsident. Ich glaube, gerade das, was Sie angekündigt haben, nämlich das mit dem Demonstrieren, ich glaube, das kann nicht gut sein, das kann nicht der Weg sein und vor allem nicht der steirische Weg, weil der steirische Brauch ist: Beim Reden kommen die Leute zusammen und nicht beim Demonstrieren. Wir Freiheitlichen wollen eines: den Bauern helfen. Weniger arbeiten und mehr verdienen. In dem Sinne ein Dankeschön. (Beifall bei der FPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grillitsch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Grillitsch:** Frau Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Es ist eigentlich unangenehm für einen Redner, wenn er die Ehre hat, nach so wertvollen Aussagen das Wort zu ergreifen. Ich kann nichts dafür, aber es hat da eine Aussage gegeben: „Wenn der Chibi spricht, werden die Reihen licht!“ Aber, bitte schön, das ist schon so. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Die Wahrheit verträgt ihr nicht!“)

Aber, meine sehr geschätzten Damen und Herren, vor allem von dieser Seite her: Die Bauern sind in großer Sorge, und es ist sehr ernst, sehr, sehr ernst. Wenn die Bauern auf die Straße gehen, dann wissen sie auch warum. Wir sind an und für sich eine Berufsgruppe, die große Geduld hat. Wir haben das immer und überall bewiesen. Wir sind eine Berufsgruppe, die in jeder Hinsicht das Gespräch sucht und zu jedem Gespräch bereit ist, und die Präsidentenkonferenz, die die Interessen der Bauern vertritt, hat es auf allen Gebieten versucht, auch auf politischer Ebene. Und, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich glaube, ich stimme mit Ihnen allen überein: Agrarpolitik ist Politik für alle Menschen im Lande. Die Ernährung ist das Wichtigste, was wir brauchen, und nicht nur in Notzeiten. Der Bauer hat auch in Notzeiten seine Pflicht erfüllt, und er verdient diese Behandlung seitens der Bundesregierung und auch von Ihnen einfach nicht. (Beifall bei der ÖVP.)



Es wurden die Probleme in der Viehwirtschaft, in der Milchwirtschaft angesprochen. Der Herr Präsident Buchberger hat auch dargelegt, wie ernst die Vorschläge seitens der Präsidentenkonferenz unterbreitet wurden. Es wird von Alternativen gesprochen, Herr Abgeordneter Zellnig. Ich habe selbst den Vortrag des stellvertretenden Ministerpräsidenten aus Baden-Württemberg, einem praktizierenden Bauern, mitangehört. Wir stimmen überein: Es ist das kein österreichisches Problem allein, es ist ein europäisches Problem. Nur, der eine Unterschied liegt dort: Die Europäische Gemeinschaft weiß, daß die Bauern entsprechend zu unterstützen sind, sie tut das auch finanziell, und die Österreichische Bundesregierung weiß das nicht. Man soll hier nicht mit falschen Zahlen operieren, meine Damen und Herren. Schauen Sie sich die Budgetentwicklung an. Ich habe im Vorjahr schon gesagt: Wir hatten 1970 einen Budgetanteil von 1,2, heute haben wir einen Anteil am Bundesbudget in der gesamten agrarischen Ausgabe von 0,47 Prozent, und wie es scheint, wird es nur mehr weniger. Und wie hat sich das Budget entwickelt? 1970 hatten wir Gesamtausgaben von 101 Milliarden Schilling, heute sind es 492 Milliarden Schilling. Das ist eine Steigerung von 384 Prozent. In der agrarischen Absatzförderung gibt es nur eine Steigerung gegenüber diesen 384 Prozent von 151 Prozent. Der Kostenanteil - und jetzt, Zellnig, hör' gut zu - für die Bauern - was die Bauern selbst zum Absatz ihrer Produkte bezahlen müssen - ist um 606 Prozent größer geworden. Das ist die Politik der Bundesregierung, und das ist die Politik, die Sie alle mittragen. Und mich wundert wirklich nichts, wenn solche fachlichen Berater dem heutigen Bundesminister zur Verfügung stehen, wie du es etwa auch in deiner Arbeit machst, daß dann nichts Besseres herauskommen kann. Du hast heute vom Bauernfleiß gesprochen. Der Bauernfleiß ist vorhanden, und er läßt sich, Gott sei Dank, nicht so schnell zermürben. Du hast immer einiges, um diesen Problemen auszuweichen: Das sind die Angriffe auf die Genossenschaft, das sind Vorschläge in der Direktförderung, und der Herr Präsident hat es ja in einem Zwischenruf schon gesagt: Direktförderung ja, aber warum habt ihr in allen Bereichen die Direktförderung gekürzt, auch in der Mittelzuteilung? (Abg. Schrammel: „In der verstaatlichten Wirtschaft wurden die Milliarden aufgeteilt!“) Denken Sie an viele Förderungen, die es vor 1970 gegeben hat, und fragen Sie die Bauern - auch wie sie hier sitzen -, daß es die heute einfach nicht mehr gibt.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich glaube, die Probleme sind so ernst, und die Bauern verlangen hier wirklich eine andere Einstellung zu ihren Problemen. Die Bauern verlangen, daß die wirtschaftliche Seite in Ordnung kommt, und Sie alle wissen es aus vielen Bereichen, daß die Verschuldung in der Landwirtschaft stark zunimmt. Sie alle wissen aber auch, daß wir uns in der Interessensvertretung immer ernstlich mit der Problematik befaßt haben, daß aber seitens der Bundesregierung die Probleme einfach nicht angenommen wurden. Wir hätten nicht das Fiasko in der ganzen Milchwirtschaft, wenn der Herr Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden die Probleme etwas ernster genommen hätte. Es ist unsererseits das letzte Mal schon verlangt worden, daß auch die agrarischen Importe miteinbezogen werden müssen, und Sie wis-

sen, daß diese im heurigen Jahr enorm zugenommen haben: 28 Milliarden insgesamt, 10 Milliarden sind es nun schon nur Milchprodukte. Sie wissen auch, daß es die Aufgabe des Herrn Ministers wäre, die handelspolitischen Dinge in den Griff zu bekommen. Auch dort ist weder bei der EG noch sonst etwas geschehen. Und wenn der Herr Abgeordnete Chibi gemeint hat, daß es Murer war, der die Exporte nach Italien wieder erleichtert hat - (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Selbstverständlich, klar!“) Ja, vielleicht war er einige Male unten. Ich habe Freunde, und sie sitzen hier, setze dich hinein, die vielleicht einige mit dabei waren in Italien und die bei den Gesprächen dabei waren und die wissen, wie ernst sich die Regierung hier auch bemüht hat. Es wäre in der Viehfrage vieles nicht passiert, meine Damen und Herren, wenn hier der Herr Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden seinen Verpflichtungen nachgekommen wäre, seinen Verpflichtungen, die im Jahre 1972 mit der landwirtschaftlichen Vertretung vereinbart und seitens der Bundesregierung immer mißachtet wurden. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, wenn man Handelspartner verliert, da sind schwer Ersatz zu finden, vor allem in der heutigen Wirtschaftspolitik. Und es ist letztlich auch das eine Sache, die dazu beigetragen hat, daß heute die Exporte so teuer kommen, weil, wäre es möglich und hätte man in der EG sich bemüht, daß die Nutzrinderexporte nach Italien aufrecht bleiben, dann wären bei weitem diese Stützungen nicht notwendig. Ich glaube, es müssen hier - (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wer hat das unterlaufen?“) „Schuster, bleib bei deinem Leisten“, hat es immer schon geheißen, und ich habe vorhin gemeint, Herr Abgeordneter, lies ordentlich, wenn du es schon selbst nicht begreifst. Du hast die Zahlen von der Krebsenzucht vor dir gehabt und hast geglaubt, es betrifft die Viehwirtschaft. So ungefähr hat es ausgesehen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Probleme in der Milchwirtschaft, am Fleischsektor und am Getreidesektor sind Probleme, wo er die die Hauptschuld trägt, und das sage ich mit aller Deutlichkeit, die Hauptschuld, weil, wenn es heiß wird im Lande, wenn etwas zu entscheiden wäre, dann ist er entweder in Mexiko oder wie jetzt in Polen auf der Jagd. Aber für die Interessen der Bauern ist er so nicht zu finden. Aber bitte, das Problem habe ich schon angesprochen, und mich wundert es nicht, wenn er eben solche Berater hat. Ich war vor einigen Tagen in Obdach und habe eigentlich, lieber Kollege Zellnig, deine Anwesenheit dort erwartet. (Abg. Zellnig: „Keine Einladung!“) Ich bin der Sache nachgegangen, das stimmt nicht. Spielt aber auch keine Rolle, du hast deinen persönlichen Berater hingeschickt. Ich habe dem auch schöne Grüße gegeben. Aber ich möchte eines sagen, meine Damen und Herren! Ich möchte eines sagen, und der Spruch von diesem Bauern, ich kenne ihn persönlich nicht, Bischof haben sie gesagt, sei er, er hat einen lieben großen weißen Bart gehabt, er hat gesagt „meine Damen und Herren, die Dinge in der Bauernschaft sind sehr ernst, und wir“ - hat er gesagt - „sind immer den richtigen Weg gegangen, weil wir uns von jeher bemüht haben, die Problematik als Berufsvertretung überparteilich im Interesse aller zu machen“. Und er hat auch gesagt, er sei ein Nachbar von dir, ich kenne ihn leider persönlich nicht, Fetzer oder so ähnlich, einen weißen Bart trägt er, ein Bischof. Es werden ja

nicht mehrere sein, ich weiß es nicht, und der Zellnig war ein guter Mann und hat auch die bäuerlichen Interessen vertreten, solange er nur Bürgermeister war. Dann, wie er als Bürgermeister darüber hinausgekommen ist, hat er nur mehr die parteipolitische Linie vertreten. Und meine sehr geschätzten Damen und Herren, das sind die Fehler, die gemacht werden. Der Haiden ist ein Parteisoldat und Zellnig ist ein Parteisoldat geworden (Abg. Brandl: „Das sind persönliche Verdächtigungen, Verleumdungen!“), weil er den Gehorsam, der euch allen in euren Argumentationen aufgetragen wird von Wien, eben auch zur Folge nimmt. Und wenn man nun, meine Damen und Herren! Ich untermauere es gerne in Ihrer Einstellung, in Ihrer Politik gibt es nur die Neidgenossenschaft und gibt es nur die Eigentumsfeindlichkeit. (Abg. Ofner: „So ein Blödsinn! Das ist unmöglich, soweit darf man sich nicht verzeigen!“ – Abg. Brandl: „So ist vor 50 Jahren geredet worden, aber nicht heute!“) Und Sie haben keine anderen Argumente als wie so, so, so, das ist leider so, und das muß man sagen. Wenn wir die Gesetzeslagen ansehen, Hubert Schwab hat es gestern sehr deutlich gesagt, wie es im Bewertungsgesetz aussieht, das hier auch im Kreditwesengesetz eine Novelle vorsieht, wo auch der Angriff der natürlich gewachsenen Genossenschaften in allen Sparten, ob Geld, sonstwo oder irgendwo – bin gleich soweit, lieber Kirner – irgendwo voll enthalten ist, die man entmachten und die man zentralisieren will. Und Sie kennen auch die Vorstellungen über das Kartellgesetz, wo nur der Zentralgedanke vorhanden ist, und Sie wollen in Wirklichkeit etwas machen, eine Politik, die aussagt, und die Agrarmittel zeigen es ja, daß im direkten Anteil des Bundesbudgets immer weniger wird, daß aber im außerordentlichen Haushalt vielleicht einiges ausgeglichen wird, damit man dann die Politik durchsetzen kann „Willst du mein Bruder sein, sonst haue ich dir den Schädel ein“. Ich sage das in aller Deutlichkeit. Sie sind, meine sehr geschätzten Damen und Herren, am falschen Weg. Setzen Sie sich durch, daß Sie auch das Alternativkonzept, das von unserer fachlichen Richtung vorgestellt wird, mitverfolgen, und bemühen Sie sich (Abg. Ofner: „So ein Stil gehört nicht in dieses Haus!“), daß Sie nicht aus dem ganzen bäuerlichen Bereich den gleichen Scherbenhaufen wie aus der verstaatlichten Industrie machen. Hier sind Sie wirklich auf dem falschen Weg (Abg. Brandl: „Man muß sich schämen für solche Aussagen!“), schon deshalb, meine Damen und Herren, in den Oststaaten fängt man heute das Eigentum an zu schätzen, und man fängt dort an zu liberalisieren, und Sie machen den falschen Weg. Sie wollen entmündigen und entprivatisieren. (Abg. Ofner: „Man sollte sich schämen, einen solchen Stil hier hereinzubringen!“) Eine Agrarpolitik im Sinne der Bauern, die nur nach Gerechtigkeit strotzt, strebt uns in Zukunft vor, und wir laden Sie ein, damit mitzutun. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Karrer das Wort.

**Abg. Karrer:** Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Nach dem Diskussionsbeitrag des Kollegen Grillitsch über die Probleme in der Landwirtschaft, für seine Art,

dies vorzutragen, er glaubt, mit einer Lautstärke, mit einer unqualifizierten, hier den Bauernstand vertreten zu müssen, das Recht steht mir nicht zu, ich sage es nur deshalb, weil ich der Meinung bin, daß man so in dieser Art über Bauernprobleme, über Berufsprobleme einfach nicht weiter kommen kann. (Beifall bei der SPÖ.) Und wenn er glaubt, meine Damen und Herren, er ist auf dem richtigen Weg, wenn er uns Sozialisten bei jeder sich bietenden Gelegenheit, und leider Gottes auch andere, versteckt oder mehr oder weniger offen vorwirft, wir wollen einen Kommunismus, wir schielen nach Osten, meine Damen und Herren, ich glaube, es ist doch hinlänglichst bekannt in Österreich: wenn einer in Österreich aufgetreten ist als Partei gegen den Osten, dann waren es die Sozialdemokraten in Österreich.

Und wenn hier, meine Damen und Herren, gesprochen wird über die Organisationen in der Bauernschaft und in ihrer Berufsvertretung von der Seite der ÖVP und SPÖ, dann muß man doch so offen und ehrlich und so tolerant sein, daß man auch einem Andersdenkenden seine Meinungen, die genauso gut sind, zugesteht. Ich würde dem Kollegen Grillitsch empfehlen, daß er sich doch den Gedanken des Präsidenten Buchberger, der mit dieser Art meines Erachtens nach persönlich nicht einverstanden ist; und des Kollegen Zellnig, beide sind Fachleute, Kollege Grillitsch, wenn du von Ihnen lernen willst, dann wirst du auch weiterkommen in deiner Berufsvertretung, das darf ich dir sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, ich habe zum Kapitel „Landwirtschaft“ schon einiges einige Jahre vorher zu den Nebenerwerbslandwirten gesagt. Ich mache es heute nicht mehr, aber in dieser Richtung glaube ich, doch eine Interessensgruppe hier in der Steiermark einmal zur Sprache zu bringen, und das sind die Bienenzüchter. Sie sehen schon, liebe Bauernvertreter, ich probiere, in der heutigen Debatte Ihr Dasein etwas zu versüßen, zumindest mit den Worten und mit dem Produkt dessen, was die Bienen hervorbringen. Es ist ja kurios, daß ich gerade vor fünf Minuten vom Kollegen Dr. Horvatek – (Abg. Schrammel: „Das ist Konkurrenz zu den Draken!“) Auch die werden dir noch versüßt werden, wart' nur! – ein Buch über die Bienenzucht überreicht bekommen habe, weil sein Vater – das habe ich nicht gewußt – ein Bienenzüchter war. Und die Produkte daraus, was der Bienenhonig für den Menschen von Nutzen ist, konnte man am Leben seines Vaters ja mitanschauen. Günther, ich danke dir für dieses Buch. (Allgemeiner Beifall.)

Nun, meine Damen und Herren, ich glaube, daß es schon wert ist, einiges darüber zu sagen. Es gibt in ganz Österreich ungefähr 30.000 Bienenzüchter und in der Steiermark 5000. Und daraus entnehme ich das Recht, daß diese Zahl hier einmal bei der Budgetdebatte oder überhaupt – wenn Sie wollen – im Land besprochen wird, denn bisher hat es noch kein einziger Bauernvertreter der Mühe wert gefunden, nachdem es ja doch auch ein Produkt der Landwirtschaft ist, nur ein Wort darüber zu sagen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Über den steirischen Honig wurde schon gesprochen!“) Das war der ausländische Blütenhonig, nicht der steirische Waldhonig.

Nun, meine Damen und Herren, eine Frage. Von diesen 5000 steirischen Imkern sind leider nur 30

vollerwerbsmäßig, wenn ich das so sagen darf. Es hat sich dazu abgewandelt, daß die Bienenzucht hauptsächlich von uns selbständig Erwerbstätigen betrieben wird. Natürlich auch von Nebenerwerbsbauern auf Grund ihrer Einkommenssituation. Aber diese 30 Imker, die davon mit ihren Familien leben müssen – das sage ich ganz offen –, die leben nicht allzu schön, sondern sie fristen ihr Leben, weil es finanzpolitische Überlegungen gibt, die sich hier nicht positiv auswirken. Die Honigproduktion in Österreich beträgt ungefähr 4500 Tonnen. Und ich komme schon dazu, warum. Weil ein benötigter Zukauf von 6000 Tonnen erforderlich ist, und dieser Zukauf, meine Damen und Herren, drückt den heimischen Preis in einem Ausmaß, daß Schwierigkeiten nicht nur für die Hobbyzüchter auftreten, sondern auch für diese 30 Imker, die davon leben müssen. Mit den sogenannten Billigstkäufen von Honig aus dem Ausland ist im Inland für unsere Imker nicht viel Staat zu machen, noch dazu, weil dieser auch nicht die Qualität hat. Hier ist die Diskrepanz, daß die Bienenzüchter sich immer wieder beschweren, daß unser Honig mit dem ausländischen Honig vermengt wird, wo doch unser Bienenhonig in der Qualität wesentlich darüber liegt.

Es gibt in der Steiermark, meine Damen und Herren, ungefähr 72.468 Bienenvölker. Diese erzeugen für die Steiermark etwa zwei Tonnen Honig. In ganz Österreich sind es zirka 500.000 Völker. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das sind nicht nur 2000 Kilogramm, das müssen mehr sein!“) Daß diese Bienenvölker von Fachleuten betreut werden müssen, ich glaube, das werden Sie verstehen, denn das ist ja eine eigene Wissenschaft. So gibt es in Graz-Andritz eine Schule unter der Führung des Verbandes der steirischen Imker, und hier werden Lehrlinge, Gesellen und Meister ausgebildet und Schulungskurse abgehalten. Diese Schule bekommt vom Land eine sehr bescheidene Subvention. Herr Landesrat, ich würde Sie bitten, im Interesse der Erhaltung, der Förderung und der Wichtigkeit dieser Schule diesen Förderungsbetrag von im Vorjahr 250.000 Schilling – so weit ich unterrichtet bin – nach Möglichkeit doch zu erhöhen. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Es gibt sogar eine Berufsschulklasse!“) Ja, habe ich gesagt. Es werden außer der schulischen Betreuung, wie der Kollege Dipl.-Ing. Schaller gesagt hat – das habe ich ja gemeint –, nämlich der Lehrlings-, Gesellen- und Meisterausbildung, werden noch dazu zirka 60 Imker fachmännisch geschult, damit sie den schädlichen Einflüssen, die ja leider Gottes auch heuer wieder sehr stark sind in Form von Parasiten, die den Bienen den Tod bringen, gewappnet sind. Die Schule hat auch eine große Forschungstätigkeit, und das ist auch anzuerkennen.

Nun einiges, meine Damen und Herren, über die Bienen. Es ist an und für sich ein fleißiges Volk. Jeder, der sich mit der Organisation der Bienen befaßt hat, muß zugestehen, daß sie ein System haben, das zum Teil abwandelbar ist. Wie wissen, es gibt Königinnen, es gibt Drohnen – das ist schon etwas umstrittener –, und es gibt die sogenannten Arbeitsbienen. Wenn ich nun, Kollege Grillitsch, so gehässig wäre wie du, dann würde ich sagen: Wenn ich das vergleichen würde mit der Organisation für die Bauern, dann würde ich sagen: Es gibt den Präsidenten als Königin, es gibt die Arbeitsbienen, die Bauern, und dazwischen die Droh-

nen, die ausgemerzt gehören. Das ist das System, um das es geht. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Buchberger: „Damit das Volk nervöser wird!“) Ja, die Drohnen haben ihre Aufgabe, dann gehören sie weg.

Der Honig, meine Damen und Herren, ist ja nicht nur süß, sondern hat ja auch eine große volkswirtschaftliche und gesundheitspolitische Bedeutung. Das darf man doch nicht außer acht lassen. Seine Anwendung ist so vielfältig und in verschiedenen Richtungen heilwiegend. Er wird in der Medizin verwendet, das wissen Sie. Jeder, der Rheuma hat, verspürt eine Erleichterung, wenn er hier etwas verabreicht bekommt. Auch auf dem Sektor der Kosmetik ist der Honig sehr wertvoll. Im Haushalt wird er verwendet, natürlich auch von den Sportlern und im Fremdenverkehr. Diese Liste ließe sich noch weiter aufzählen, ein so nützliches Produkt ist der Honig für die Menschheit. (Abg. Buchberger: „Gehört nicht in die Landwirtschaft!“) Nicht in die Landwirtschaft? Ich weiß schon, Sie sprechen mehr von Ihren edleren Produkten, von Ihren klassischen Produkten, von der Milch und vom Wein, aber ich gebe zu bedenken, daß der Wein sicher nicht so gesundheitsfördernd ist wie der Honig. Ich glaube, hier werden Sie mir beipflichten.

Es kann daher kein Ende sein, aber ich will doch mit der Aufzählung der Nützlichkeit des Honigs aufhören, weil es so gigantisch ist.

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß eines sagen: Ich bitte den Herrn Landesrat, mehr Augenmerk darauf zu legen, daß auch dieser Berufssparte, wenn sie auch in Form von Hobbys, in Form von Nebenbeschäftigung betrieben wird – es ist übrigens die einzige Produktionsmöglichkeit, wo keine Steuer bezahlt wird, außer die Völkerzahl ist zu groß – ein Anreiz geboten wird. Es würde auch, Kollege Grillitsch, ein bescheidener Nebenverdienst in der Landwirtschaft sein, wenn die Bauern, so wie in der Vergangenheit – vor 100, 150 oder noch mehr Jahren waren sie Züchter des Honigs; durch die Technik sind sie abgekommen – wieder darauf zurückkommen würden. Sie wissen schon, daß dies ein Urprodukt ist und daß die Preisgrenze letzten Endes doch irgendwie in den Griff gebracht werden muß. Genauso ist es mit den Qualitätsnormen, denn das ist ja momentan das große Hindernis in der steirischen Bienenzucht. Dann werden wir auch meines Erachtens wieder einen kleinen Teil für die Besserung der Landwirtschaft beitragen können. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Neuhold.

**Abg. Neuhold:** Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Herr Kollege Karrer hat soeben ein süßes Thema behandelt. Nachdem ich selbst auch Imker bin, darf ich mich hier gerne anschließen und darf hinzufügen, daß es außer der heuer außergewöhnlich schlechten Honigernte natürlich auch, wie bei so vielen anderen Dingen der agrarischen Produktion, die Ostliberalisierung ist, die uns immer wieder unechten Honig zu Billigstimporten beschert und somit die heimische Produktion des Bienenhonigs betrügt. Den naturwissen-

schaftlichen Wert möchte ich unterstreichen, es wäre nur zu wünschen, daß sich viel mehr bäuerliche Familienbetriebe mit der Imkerei im Gesamten beschäftigen. Das Kapitel Landwirtschaft gibt auch mir wieder Gelegenheit, um einige Betrachtungen zur Lage der bäuerlichen Familienbetriebe, der Nebenerwerbslandwirte und vielleicht auch eine kurze Betrachtung über die Funktion der bäuerlichen Familienbetriebe im ländlichen Raum anzustellen. Selbstverständlich, wenn man die Lage der Landwirtschaft, die Einkommenslage der Bauernschaft, die momentane Einkommenslage kennt, dann sei auch entschuldigt, wenn es hier auch gerade bei den Vorrednern Emotionen gegeben hat. Denn wir befinden uns in einer Situation, wo wir, im Volksmund ausgedrückt, „zappeln“ und wo wir auch die notwendige Unterstützung von jenen Stellen her vermissen, wo sie am ersten da sein müßte. Als Grundlage meiner Betrachtung muß ich das Buch „Die neue Armut“ von Reinhold Henke zitieren, hier steht im Vorwort folgendes zu lesen: „Die Lüge von der Insel der Seligen ist nicht länger aufrecht zu erhalten. Die Zahl der Armen in Österreich steigt beständig an: Im gesamten Bundesgebiet leben schon mehr als 800.000 Menschen“ – gestern wurde es auch schon von einem Vorredner zitiert – „unter der Armutsgrenze, die bei etwa 4000 Schilling liegt. Betroffen sind vor allem Pensionisten, alleinstehende Mütter, Dauerarbeitslose, beschäftigungslose Jugendliche sowie kleine Gewerbetreibende.“ Ich möchte hinzufügen, ausgehend von der kleinbäuerlichen Struktur und Situation unserer bäuerlichen Betriebe im Bezirk Feldbach, auch viele Kleinbauern, denen es nicht mehr möglich ist, einem Nebenerwerb nachzugehen, sind von dieser Situation betroffen. Wenn ich nur diese eine Zahl sagen darf, wir haben ungefähr 9000 bäuerliche Betriebe im Bezirk Feldbach, davon gehen nahezu 6000 in den Nebenerwerb, und das ist ein Zeichen hiefür, daß die Nebenerwerbslandwirte diese zusätzlichen Einkommen einfach brauchen.

Meine sehr verehrten Anwesenden, man muß in die Feststellungen dieses Buches, das sicher einige Aufregungen verursachen wird, diese Dinge mit hineinbeziehen, denn es ist wohl so, und wir haben es, schon durchgezogen durch die ganze Budgetdebatte wie ein roter Faden, vernommen und zur Kenntnis genommen, daß die Tatsache, Arbeit zu haben und für diese Arbeit einen möglichst gerechten Lohn zu erhalten, Anliegen aller Menschen ist, die arbeiten wollen. Und die Angst davor, keine Arbeit mehr zu bekommen, für viele junge Menschen, vorerst keine Arbeit zu bekommen, ist größer geworden als die Angst vor anderen Problemen des Lebens. Und auch die Landwirtschaft, die Bauernschaft muß man in die Sorgen der Arbeitswelt hineinbeziehen, zumal es nach einer Studie aufgezeigt wurde, daß es im Bereich der Landwirtschaft 50.000 verborgene Arbeitslose gibt. 50.000 verborgene Arbeitslose, die man normal auch in den Arbeitsmarkt, in den Arbeitsprozeß eingliedern müßte. Wenn es daher so ist, daß auf der einen Seite die Einkommen laufend sinken, auf der anderen Seite die Pflichtausgaben steigen, so kann das nicht mehr gutgehen. Wir wissen es alle, die steigende Arbeitslosigkeit in den ländlichen Regionen verschärft diese Situation zusätzlich und überdurchschnittlich. Die Nebenerwerbsland-

wirte, ich habe es schon erwähnt, sind auf das außerordentliche landwirtschaftliche Einkommen angewiesen.

Vielleicht auch hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Anmerkung. Die Nebenerwerbslandwirte sind nicht aus Lust, vom Hofe wegzuziehen, in den Nebenerwerb gegangen, sondern es hat sie die Not der Zeit dazu gedrängt, und sie sind in einer Zeit in die Wirtschaft hineingekommen, wo man sie notwendig gebraucht hat an allen Ecken und Orten. Und daher würde ich meinen, muß man hier vorsichtig sein mit der Äußerung, die sollen wieder nach Hause gehen. Man muß das auch bei dieser Gelegenheit einmal offen sagen. Wir haben größte Schwierigkeiten, es wurde auch von unserem Generalredner, Präsident Buchberger, schon festgestellt, vielleicht darf ich einige Dinge hier nennen, die uns schwer bedrücken, die sinkenden Erzeugerpreise, die Agrarimporte, wenn wir im Wert von 13 Milliarden Schilling mehr Agrarimporte nach Österreich hereinbekommen als wir hinausbekommen, dann stimmt einfach die Rechnung nicht mehr. Wenn es stimmen würde, die geplante Einheitswerterhöhung, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann ist das weiterhin ein Schlag gegen die bäuerlichen Familienbetriebe, wenn das Weingesetz in der derzeitigen Form bestehen bleibt, ist es eine fürchterliche Härte für die steirischen kleinen Weinbauern, wenn der Absatzförderungsbeitrag von 64 Groschen wirklich durchgezogen wird, ist es eine Zumutung, die die Milchbauern nicht mehr tragen können, wenn die massiven Kürzungen, Herr Kollege Zellnig, und ich hätte hier eine Aufstellung, eine ganze Liste, wie sie im Grünen Plan für das nächste Jahr nicht mehr vorgesehen sind, so trifft uns das indirekt bei den bäuerlichen Familienbetrieben auch sehr schwer. Und es tut uns vor allem weh, und ich sage es hier leidenschaftslos, daß wir in Minister Dipl.-Ing. Haiden einen Minister haben, der sich – wie schon des öfteren heute gesagt – sehr wenig Gedanken um die Zukunft der bäuerlichen Familienbetriebe macht. Ich muß hier auch sagen, weil der Herr Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura früher erwähnt hat, wenn der Staatssekretär Murer das in Wien bei seinem Minister durchgesetzt hätte, was er bei der Eröffnung der Leibnitzer Weintage an Vorstellungen bezüglich Novellierung des derzeitigen beabsichtigten Weingesetzes gemacht hätte, dann würde man über die Dinge anders reden und betrachten können, als es so der Fall ist. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wissen Sie, daß es auch Dinge gibt, die nicht so gehen, wie man es selber will?“) Das geben wir zu, das ist auch in unseren Bereichen so, man darf nicht so tun, als wenn ohnehin die Hilfe der Bauern gegeben wäre, wo es nicht der Fall ist. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Glauben Sie, daß ich damit eine Freude habe?“) Hier müßte es eine steirische Solidarität geben, über alle politischen Parteien hinweg, zum Wohle der steirischen Bauern und nicht immer, daß gerade jene Vertreter hinhorchen, was sagen zuerst der Minister und der Staatssekretär und dann erst handeln.

Meine sehr verehrten Anwesenden, vom seinerzeitigen Bundeskanzler Dr. Kreisky wurde uns ein breiter Gürtel des Wohlstandes für das steirische Grenzland versprochen. Von diesem Wohlstandsgürtel ist ein schmaler, enggezogener Gürtel übriggeblieben, der

uns ins Fleisch schneidet. Und es ist ja bekannt, je enger ein Gürtel geschnallt werden muß, je mehr schneidet er ins Fleisch. So muß man die Dinge betrachten. So bestraft eigentlich die derzeitige SPÖ-FPÖ-Bundesregierung den Fleiß, und das sei nicht außer acht gelassen, den Fleiß unserer immer treu zur Heimat und zum Vaterland stehenden Bäuerinnen und Bauern, meine sehr verehrten Anwesenden. Und daher meine ich, daß wir hier viel mehr Solidarität in der Vertretung unserer Sorgen und Nöte brauchen.

Ich möchte abschließen mit einem Wort des Bundespräsidenten Dr. Kirchschräger, das er bei einer Bäuerinnentagung, bei der Wintertagung der Österreichischen Gesellschaft für Land- und Forstwirtschaft, ausgesprochen hat und das wir alle sehr beherzigen sollten in der allgemeinen Wertung der Bauernschaft, insbesondere in der Wertung der bäuerlichen Familien. Ich zitiere wortwörtlich: „Volk und Staat benötigen die bäuerlichen Familien und ihre Lebenshaltung, an deren Wertcharakter sich man orientieren sollte. Die Pflege von Tradition und anerkannten Lebenswerten sind Dämme gegen exzentrische Modeströmungen jeder Art. Die Erhaltung der bäuerlichen Kultur ist ebenso wie Glaube und Wehrbereitschaft ein Beitrag zur Gesunderhaltung des ganzen Volkes.“ Ende des Zitates vom Herrn Bundespräsidenten. Ich füge hinzu, meine sehr verehrten Anwesenden, es geht um die Existenz und die Funktion der bäuerlichen Familie, und ich bitte Sie alle, uns in unseren diesbezüglichen Bemühungen zu unterstützen. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Klasnic:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Prutsch.

**Abg. Prutsch:** Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren. Liebe Freunde von der rechten Reichshälfte!

Ich bitte Sie, durch Ihre parteipolitische Miesmacherei wird den Bauern nicht geholfen. Fest steht, die Bauern werden von der Regierung nicht besser oder schlechter als andere Berufsgruppen in Österreich behandelt. (Abg. Dr. Maitz: „Leider doch!“)

Ich möchte ohne lange Einleitung gleich zu einigen wesentlichen agrarpolitischen Problemen kommen, die von Ihnen nicht immer richtig dargestellt werden. Und zwar zur Geschichte der Förderungspolitik in der Landwirtschaft.

Meine Damen und Herren! Die Belange der Landwirtschaft fielen bis 1925 in die alleinige Kompetenz der Länder. Mit Inkrafttreten der Bundesverfassung, Artikel 10, gelangte ein Teil der Gesetzgebung und Vollziehung in die Bundeskompetenz, wie zum Beispiel das Forstwesen, das Wasserrecht, die Regulierung und Instandhaltung der Gewässer, das Sozial- und Versicherungswesen, das Veterinärwesen, die Nahrungsmittelkontrolle und so weiter, nicht jedoch der Auftrag zur Förderung der Landwirtschaft.

Hohes Haus! Der Grundsatz nach Artikel 15 der Bundesverfassung lautet folgendermaßen: „Soweit eine Angelegenheit nicht ausdrücklich durch die Bundesverfassung in Gesetzgebung und Vollziehung dem Bund übertragen wird, verbleibt sie im Wirkungsbereich der Länder.“

Nun, wie hat sich die landwirtschaftliche Förderungspolitik in den letzten 40 Jahren entwickelt? Nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte eine heute kaum noch vorstellbare Nahrungsmittelknappheit, deren Bewältigung hohe Anforderungen an die Landwirtschaft stellte. Zur damaligen Zeit wurde gar nicht gefragt, wer die Kompetenz zur Landwirtschaftsförderung hat. Unsere Bauern brauchten Saatgut, sie brauchten Zuchtvieh, sie brauchten Düngemittel und maschinelle Einrichtungen, um die Produktion zu intensivieren. Auch die Beratertätigkeit hatte zur damaligen Zeit einen großen Stellenwert. In der Regierungserklärung der ersten gewählten Regierung der zweiten Republik hieß es, „das Größtmögliche aus dem Boden herauszuholen“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde daher folgerichtig das Schwergewicht der Landwirtschaft in der Förderung auf die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion gelegt. Der damit stimulierte wissenschaftliche technische Fortschritt in Form von besserem Saatgut und Zuchtvieh, mineralischen und chemischen Betriebsmitteln zeigte bereits in den fünfziger Jahren große Erfolge. Allerdings, meine sehr verehrten Damen und Herren, wurde dabei ein verhängnisvoller Fehler gemacht, dessen Hypothek wir heute zu tragen haben: die Fortführung der produktionssteigernden Förderungsmaßnahmen in einer Zeit, da sich die Überschüsse in manchen Sparten, wie zum Beispiel Milch, beim Getreide und auf dem Viehsektor, abzeichneten. Auch die Schaffung von Marktordnungen ohne wirksame mengenregulative und ohne konzentrationshemmende Bestimmungen erwies sich als kein wirksamer Weg, den Überschüssen entgegenzusteuern. Im Gegenteil: Sie haben zu einer Verschärfung der Überschussituation in den sechziger und siebziger Jahren beigetragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich verkenne nicht die Lage der Landwirtschaft. Ein Prozent Überschuß bewirkt oft für den Produzenten eine zehnzehntige Preiseinbuße. Wir haben einmal eine freie Marktwirtschaft, und man kann diese Preiseinbuße für den Landwirt ja nicht dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft anlasten. Wir müssen daher grundsätzliche Überlegungen für eine zukunftsorientierte Förderungspolitik anstellen. Erstens: Die Agrarförderung ist den geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Zweitens: Die Arbeitsplatzsicherung und die Beschäftigungseffekte müssen durch agrarische Förderungsmaßnahmen besonders beachtet werden. Drittens: Die Förderungen müssen transparent sein, das heißt klare Richtlinien für die Mittelvergabe. Viertens: Die Durchführung muß unbürokratisch sein und müssen den Bauern direkt vom Förderungswerber auch erreichen und nicht wie derzeit, daß viele Förderungen zu den vor- und nachgelagerten Sektoren der landwirtschaftlichen Produktion fließen. Fünftens: Auch volkswirtschaftliche, ökologische und soziale Gesichtspunkte müssen in der Förderungspolitik mehr Beachtung finden.

Hohes Haus! Das, was ich hier in einigen Sätzen aufgezeigt habe, ist kein spezifisch österreichisches Problem, sondern trifft die gesamte europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Kollege Zellnig hat es bereits aufgezeigt, was Minister Weiser aus Baden-Württemberg anlässlich der letzten Kammervollversammlung

gesagt hat. Ich möchte nur mehr einige Ergänzungen dazu machen: Er machte dort wirklich auf die Schwierigkeiten der Agrarpolitik im EG-Raum aufmerksam. Wenn Sie bedenken, daß der Agrarmarkt in der EG nur mehr durch einen Zuschuß von 345 Milliarden Schilling aufrechterhalten werden kann. Davon entfallen allein auf die Bundesrepublik Deutschland 126 Milliarden Schilling. Es gibt bei der Milch keine Abnahmegarantie mehr. Es wurden in der EG im Jahre 1984 112 Millionen Tonnen Milch produziert, der Verbrauch lag bei nur 86 Millionen Tonnen, abgenommen wurden den Bauern nur mehr 104 Millionen Tonnen. Auch die Produktion von Getreide bereitet der EG die größten Sorgen. Es wurden 148 Millionen Tonnen geerntet, der Verbrauch liegt nur bei 117 Millionen Tonnen. Die Einnahmen der Bauern in der Bundesrepublik sind seit Jahren rückläufig. Betrachtet man aber das landwirtschaftliche Einkommen inklusive öffentlicher Zuschüsse je Familienarbeitskraft in Österreich im Bundesmittel von 1970 bis 1984, so stieg es real im Durchschnitt jährlich um 2,9 Prozent.

Meine Damen und Herren! Und wenn die verantwortlichen ÖVP-Agrarpolitiker der Steiermark in ihren Aussagen und Publikationen die Schwierigkeiten auf dem Milch-, Getreide-, Wein- und Viehsektor nur der Bundesregierung zuschieben wollen, so erhebt sich wirklich die Frage, was haben Sie auf Landesebene dagegen unternommen. Die Kompetenz der Landwirtschaft liegt bei Ihnen. Mit Ihren allgemeinen Formulierungen und Schuldzuweisungen werden Sie die Probleme nicht lösen, sondern Sie wollen sich nur der Verantwortung entziehen. Sie stimmen bei den Marktordnungsgesetzen immer wieder mit, weil dort ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Aber im gleichen Atemzug kritisieren Sie das, was Sie dort mitbeschlossen haben. (Abg. Buchberger: „Mein lieber Freund! Du hast das falsche Blatt erwischt, das stimmt ja alles nicht, was du sagst!“) Gerade durch die Beratertätigkeit der Landwirtschaftskammer wurden die Bauern zu immer größerer Produktivität, ohne entsprechende Alternativen aufzuzeigen, bewogen.

Sie kritisieren auch die Importe von Eiweißfuttermitteln und schreiben: „Diese Entwicklung kommt einer Bankrotterklärung der österreichischen Agrarpolitik gleich.“ Gerade in einer Zeit der sozialistischen Regierung hat sich die landwirtschaftliche Außenhandelsbilanz von 1975 bis 1984 von 38,7 auf 53,7 Prozent zugunsten der Ausfuhr verschoben. Weiters muß ich die Feststellung machen, daß man im heurigen Jahr – (Abg. Buchberger: „Du sagst das alles als Landeskammerrat!“) Ich habe Ihnen auch zugehört, hören Sie mir auch zu! – nicht in der Lage war, in der Steiermark dem vom Landwirtschaftsministerium angebotenen über 1000 Hektar gestützten Anbau von Pferdebohnen als Ersatz für Eiweißfuttermittel nachzukommen. Der Bund hat im Jahr 1985 36 Millionen für diesen Zweck vorgesehen. Er konnte ja gar nicht ausgenutzt werden, weil Sie eben in ihrer Beratertätigkeit in der Landwirtschaft nicht den nötigen Einfluß finden.

Meine Damen und Herren! Sie kritisieren und stellen auch das neue Weingesetz als schikanös hin. Ich will nicht über die Vorgeschichte und über das Zustandekommen dieses Gesetzes eingehen. Die Tatsache ist, daß fast das gesamte Gremium des Weinhandels alles Funktionäre des ÖVP-Wirtschaftsbundes und promi-

nente ÖVP-Bauernbundfunktionäre sind, die beim Skandal die Hauptschuldigen sind. Der Weinwirtschaftsfonds wurde vom Bund jährlich mit 55 bis 60 Millionen subventioniert. (Abg. Buchberger: „Das Weingesetz haben die Parlamentarier in Wien gemacht!“) Diese Subventionen wurden von Ihnen überwiegend verwaltet, herausgeschmissenes Steuergeld. Sie werfen uns immer wieder vor, daß wir Sozialisten bauernfeindliche Agrarpolitik betreiben. Ich verkenne nicht die budgetären Schwierigkeiten des Bundes und auch die des Landes. Ich werde Ihnen an Hand des Landesvoranschlages 1986 das Gegenteil beweisen. Schlagen Sie die Seite 137 auf, Ansatz 71, Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft. Ein sehr wichtiger Posten. Da wurden noch im Jahre 1979 als Erfolg 107 Millionen Schilling ausgewiesen, für das Jahr 1986 sind es nur mehr 96 Millionen Schilling. Der Bund konnte immer die in den Kapiteln 60 und 62 vorgesehenen Mittel für die Landwirtschaft erhöhen. Zum Beispiel: Kapitel 60, Land- und Forstwirtschaft. Bundesvoranschlag 1985: 6445 Millionen Schilling, 1986: 6647 Millionen Schilling. Eine Steigerung von 182 Millionen Schilling, das sind 2,81 Prozent. Zum Kapitel 62, Preisausgleiche: Voranschlag 1985: 5040 Millionen Schilling, 1986: 6209 Millionen Schilling, gegenüber 1985 ist das eine Steigerung von 1168 Millionen Schilling und 23,19 Prozent.

Auch ein paar Worte zur Bauernsozialversicherung: Vom Bund wurden die Zuschüsse seit 1968 um das 10,6fache erhöht. Er betrug in ihrer Alleinregierungszeit 1968 869 Millionen Schilling, 1975 waren es 3735 Millionen Schilling, 1984 9135 Millionen Schilling, für 1986 sind bereits 9400 Millionen Schilling budgetiert.

Nun zum Ansatz 74 des Landes, Sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft: Hier waren als Erfolg für 1979 228 Millionen Schilling ausgewiesen, 1986 sind es 266 Millionen Schilling. Eine beachtliche Steigerung, aber nur für die Personalerfordernisse der rund 600 Bediensteten der Landwirtschaftskammer und Leistungen für das Personal der Landwirtschaftlich-chemischen Versuchs- und Untersuchungsanstalt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Obwohl die Anzahl der selbständigen Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark von 1961 auf 1984 von 140.000 auf 57.000 zurückgegangen ist, das sind rund 60 Prozent, steigt der Personalaufwand für den gesamten Landwirtschaftskammerapparat von Jahr zu Jahr. Er beträgt für 1986, Aufwandsentschädigungen, Reisekosten und Personalkosten zusammengekommen, bereits 248 Millionen Schilling.

Meine Damen und Herren! Trotz der gegensätzlichen Auffassungen muß es unser gemeinsames Ziel sein, den österreichischen Agrarmarkt im Interesse der gesamten Bauernschaft den österreichischen und internationalen Marktverhältnissen anzupassen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Fuchs das Wort.

**Abg. Fuchs:** Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn ich nun mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Prutsch beginne, dann muß ich sagen,



das war eine Rede, den Bauern geht es am besten, es fehlt uns überhaupt nichts. Wir haben keine Probleme. Es war sehr viel Geschichte und sehr viel Vergangenheit. Ich muß eines sagen, gleich dazu zur Pferdebohne, wenn man kein Praktiker ist, weiß man das nicht, daß uns im heurigen Jahr passiert ist, wir hätten sie ja so gerne angebaut, aber es war ein schlechtes Frühjahr, und wir konnten in die Felder nicht hinein. Und das war auch ein Problem. Wir hängen ja mit dem Wetter zusammen. Vielleicht zuerst zum Herrn Abgeordneten Zellnig als erstem Redner: Ich muß einmal sagen, für ihn gibt es kein Grenzland. Ich habe nur eines gehört, er hat gesagt, Bundesminister oder die Regierung gibt auch eine Grenzlandförderung. Ich möchte es schon richtigstellen. Der Vater von unserem jetzigen Landeshauptmann Dr. Krainer, er war es, der 1957 mit 5 Millionen Schilling die Grenzlandförderung eingeführt hat, weil er gesehen hat, daß das Grenzland rückständig ist, daß das Grenzland zum Binnenland zurückbleibt. Allmählich wurde das aufgestockt. Ich habe hier am Rednerpult schon vor einigen Jahren immer ersucht, daß auch hier der Bund nachholt, was Landeshauptmann Dr. Krainer vorgeschlagen hat, zuerst die 25, dann die 30 Millionen Schilling. Und wir haben es jetzt - ich sage Gott sei Dank - erreicht, daß wir die 60 Millionen Schilling haben. Aber es ist heute schon angeklungen mit dem Grenzland, ich möchte das ein bißchen korrekter und direkter machen. Sie sehen heute hier die Flaschen, die Sieben-Zehntel-Flaschen mit Welschriesling gefüllt. Hier haben wir wirklich ein großes Problem. Wenn vorerst gesagt wurde, was hier alles für Schweinereien passiert sind mit dem Weinskandal, hier in der Steiermark ist nichts passiert. Wir hatten einen Bundeskellereinspektor, der die Kontrolle sehr ernst genommen hat. Im Jahre 1961, als hier das Weingesetz geschaffen wurde, das war in Ordnung. Aber die Kontrolle war nicht in Ordnung. Nach 1970, als die SPÖ-Alleinregierung kam, hat man einfach Lockerungen in der Kontrolle gemacht. Ich habe einen Kriegskollegen, der einen Freund in Neusiedl am See im Burgenland hat, der 400.000 Liter Wein im Jahr produziert. Und er sagte, sieben Jahre habe er keine Kellerkontrolle gehabt, und da ist das passiert, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Lockerung, daß das mit diesem Weinskandal passiert ist. Wir haben in der Steiermark keinen solchen Fall. Wir haben auch einen guten Absatz gehabt. Aber nur eines ist jetzt, was uns sehr bedrückt, und das ist das neue Weingesetz, das geschaffen wurde. Ich möchte Ihnen eines hier sagen. Es gab am 16. September eine Resolution der Steiermärkischen Landesregierung, wo einstimmig hier über diesem Gesetz der Beschluß gefaßt wurde, das ist nicht in Ordnung für uns Steirer. Es gab am 18. September ein Schreiben, das Herr Landeshauptmann an den Bundeskanzler gerichtet hat. Es ist nur vorher am 25. August, wo auch der Herr Landeshauptmann ein Schreiben an den Bundeskanzler geschickt hat, ein kurzes Schreiben gekommen, nach diesem 18. September überhaupt keines.

Die südoststeirischen Weinbauvereine haben am 21. September an den Landwirtschaftsminister eine Resolution verfaßt, und am 28. November hat unser größter Weinbaubezirk Leibnitz anläßlich einer Kammervollversammlung eine Resolution an den Herrn Bundesminister gerichtet. Was ist übriggeblieben? Ein

neues Weingesetz, das mit der Mehrheit beschlossen worden ist, mit 20 Seiten und 71 Paragraphen. Ich möchte aber daraus nur vier Punkte nehmen, was uns dieses Weingesetz in vier Etappen, beginnend schon mit 1. Jänner 1986, bringt:

Erstens: Das Gesetz richtet sich besonders gegen kleine Weinbauern. Ich möchte dazu eines sagen: Die Grenzregion von Deutschlandsberg, diese sechs Bezirke bis Hartberg, hat 39.600 landwirtschaftliche Betriebe mit 6,7 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, und hier sind so viele Weinbauern integriert, für die das ein Nebeneinkommen ist, daß sie die Chance haben, überhaupt noch Vollerwerbsbetrieb zu sein. Diese 39.600 landwirtschaftlichen Betriebe sind 100.000 Arbeitsplätze. Und ich sage Ihnen, mit diesem Weingesetz - ich übertreibe nicht - haben mir schon viele kleine Weinbauern - im landwirtschaftlichen Bereich beim Weinbau liegt die Größenordnung ungefähr bei 40 Ar - gesagt: „Dann muß ich aufhören, wenn ich das Gesetz, das hier zum Durchbruch kommt, durchführen muß, denn dann werde ich mehr bestraft als ich bei meinem Weingarten noch einnehme.“

Zweitens: Das Gesetz diskriminiert die Weinregion der Steiermark. Kein Vergleich zu Burgenland oder Niederösterreich, wo der Flachweinbau ist, wo die Größenordnung da ist und bei uns nur das Hügelland. Und nebenbei zum Fremdenverkehr ein Wort: Hier wird noch dieser Hügel gepflegt, wo vor Millionen Jahren feuerspeiende Berge, Vulkane, waren. Im Klöcher Raum, Kindsbergkogel, sieht man noch verbrannte Erde, wo gepflegter Weinbau - der Bergwein - gemacht wird.

Drittens: Das Gesetz ist in einigen Punkten nicht vollziehbar.

Viertens: Das Gesetz ist fehlerhaft und enthält einige schikanöse Bestimmungen.

Ich habe nicht die Zeit, diese einzelnen vier Punkte, die ich aus den 71 Paragraphen herausgenommen habe, noch zu verlesen. Meine Zeit ist bemessen und zu kurz. Aber ich kann Ihnen eines sagen: Wir werden uns darüber in der nächsten Zeit noch mehr unterhalten müssen, weil uns das Problem große Sorgen bereitet.

Ein Schwerpunkt in dieser kleinwirtschaftlichen Struktur sind vor allem die Spezialkulturen, die Sonderkulturen und der Feldgemüsebau. Wir haben 2016 Hektar, wo auf kleinsten Flächen nur Feldgemüse gebaut wird. Und ich möchte Ihnen hier ein Beispiel sagen: Ich habe schon vor Jahren hier immer ersucht, weil vor allem der Herr Landeshauptmann damals noch als Agrarlandesrat, Landesrat Dipl.-Ing. Riegler damals noch im Nationalrat als Agrarsprecher tätig war und 1976, 1977 und 1978 ersucht haben: „Wir brauchen ein Obst- und Gemüsegesetz, einen sogenannten Zollschutz!“ Gebraucht hat es bis zum Juli 1982, daß wir verstanden wurden. Es ist erreicht worden, daß wir bei Kren 4 Schilling und bei den Kürbiskernen 10 Schilling abschöpfen. Das ist doch ein Geld für die Regierung, und es funktioniert, wo wir die größten Probleme gehabt haben, wo wir vom Land einige Millionen Schilling brauchten, daß wir die Krenbauern auszahlen konnten, weil wir auf Lager gestanden sind und schon gesagt haben, dieses auf den Müllberg zu führen, weil wir es nicht wegbringen. Dasselbe war

erst in den Jahren 1981/1982 beim Kürbiskern, wo wir mit 270.000 Kilogramm hängengeblieben sind. Und warum? Weil wir von den Oststaaten einfach mit Dumpingpreisen überschüttet worden sind, dem Landwirt einen Vertrag gegeben haben, der damals 12,40 Schilling beim Kren und 45 Schilling beim Kürbiskern betragen hat und beides um 6 Schilling billiger verkaufen mußten. Wenn das Land uns nicht geholfen hätte, hätte diese Produktion nicht aufgebaut werden können. Und wie steht es heute? Es funktioniert der Kren und es funktioniert der Kürbiskern. Wir haben heuer auf 6000 Hektar am Kürbissektor aufgestockt, und diese Region paßt pannonisch und klimatisch mit dem feuchtwarmen Klima so gut, daß wir nächstes Jahr noch einmal 1000 Hektar dazunehmen können. Ich glaube, das ist eine Alternative. Und es ist nicht so, daß wir Bittsteller sind, daß wir nur von Subventionen leben wollen. Wir brauchen einen Zollschutz. Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura hat „Johannisbeeren“ gesagt – es ist ihm lieber, wir sagen halt „schwarze Ribisel“. Da gehört auch ein Gesetz, und dann sind noch die Paprika, die Paradeiser und noch so viele Dinge, wo es möglich ist, daß wir einen Zollschutz haben und für unsere kleinen Betriebe einen Arbeitsplatz sichern können. Es hilft uns nichts, wenn die Schwierigkeiten am Agrarmarkt dadurch entstehen, daß wir immer mit Importen – und es ist heute schon ein paarmal von meinen Kollegen hier angezogen worden –, mit Dumpingpreisen, hier konkurrenziert werden.

Lieder Freund Chibidziura, ich möchte dir nur eines sagen: Ich habe Reden über die Landwirtschaft von dir, vorjährig und vorvorjährig, die ganz gut waren, gehört, wo du auch aus so einem Bezirk kommst, aber heute hat dich der Murer mit solchen Zetteln vollgeschmissen; ich habe mich nicht ausgekannt, denn da waren Kraut und Rüben beieinander. Von dem Zeug kann man wirklich nichts mehr herausnehmen, das sage ich ehrlich und ganz offen.

Ich möchte noch ein paar Sachen zum Abschluß bringen: Es ist in den siebziger Jahren von der sozialistischen Fraktion immer gesagt worden: „Wir machen Politik für die Kleinen“. Ich sage Ihnen, daß jährlich viele in der ganzen Grenzlandregion den Betrieb aufgeben, weil sie einfach nicht mehr die Chance und die Möglichkeit haben, hier weiterzuleben. Sie haben schon mit den Bestandsgrenzen der Tierhaltung angefangen. Wir haben dort die Probleme bekommen, daß gerade die größeren Betriebe im Burgenland und in Niederösterreich einfach, weil 38 Groschen Absatzförderung beim Getreide war, angefangen haben, zu veredeln, also Veredelungswirtschaft am Rinder- und Schweinesektor zu beginnen. Das ist uns jetzt voll auf den Kopf gefallen. Wir stehen gar nicht so groß in Überproduktion, wenn es möglich wäre, Alternativflächen – was immer auch der Herr Präsident heute gesagt hat –, ob das jetzt Biosprit, Ölsaaten oder anderes ist, zu schaffen. Schauen Sie, nur bei der Pferdebohne: Wenn 3500 bis 4000 Schilling Flächenprämie bezahlt werden und wir 2,53 Schilling beim Weizen bezahlen, wo der Hektar mit 12.000 bis 14.000 Schilling subventioniert wird, dann muß ich fragen: „Ja, kann man nicht einmal umdenken?“ Wir fordern das! In der Präsidentenkonferenz wird das gesagt, von den Landwirtschaftskammern und auch vom Landesrat Dipl.-Ing. Riegler als Agrarsprecher.

Ich möchte zum Abschluß dem Herrn Landeshauptmann und dem Agrarlandesrat ein herzliches Danke sagen. Sie haben immer schnell geschaltet und immer Verständnis gehabt, wenn bei uns der Hut gebrannt hat. Und es war erst wieder im November, und das war auch ein Versäumnis vom Herrn Minister Dipl.-Ing. Haiden – das möchte ich noch sagen, sonst hätte ich das vergessen, weil es erst ganz kurz war und uns jetzt wieder so schwer trifft –, und zwar: Bei den Preisverhandlungen der Rinder im November hat es auf einmal im Bundesministerium geheißt: „Wir machen nur mehr am Rindfleischsektor die Weiblichen mit halbb.“ Das heißt, halb Bund und halb Land die Stützung zu geben.

Das Land kann sich so einfach das nicht leisten, und so ist ein Verhandlungsweg, fünf Wochen, vergangen. Wir konnten nichts exportieren, weder die Agrosserta noch der Viehhandel, und was ist übrig geblieben. Wir konnten erst im Dezember, wo Landesrat Dipl.-Ing. Riegler und Landesrat Dr. Klausner zu Verhandlungen hinausgefahren sind, erreichen, daß wir bis 31. Dezember noch 7000 Rinder in Export geben können. Aber wir haben einen Schilling bei den Stieren verloren und drei Schilling bei den weiblichen Tieren, weil in der Zwischenzeit, in den fünf Wochen, aus der EG von Deutschland und Frankreich nach Italien das Fleisch geliefert wurde und wir wieder dahinter stehen. Daher muß immer rasch entschlossen nur die Möglichkeit darin gegeben werden.

Ich schließe mit den gleichen Gedanken, was hier Zellnig gesagt hat vom Ministerpräsidenten aus Baden-Württemberg. Wir haben vor zwei Jahren Ministerpräsident Albrecht mit Präsident Wegart in unserem Grenzland gehabt, zwei Tage. Er hat das Grenzland besucht. Und wie er weggegangen ist, hat er eines gesagt: „Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Grenzland nach dem Osten ist tot, aber Ihr Grenzland lebt.“ Das ist der Verdienst unserer Bauern und unserer Landesregierung. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Klasnic:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Pöttl.

**Abg. Pöttl:** Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich vorerst herzlich bedanken beim Kollegen Dipl.-Ing. Chibidziura für seine Slogans, die er in diesen Raum gestellt hat. Der erste hat gelautet: „Spricht der Buchberger am Morgen, haben die Bauern keine Sorgen.“ Meine Damen und Herren! (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Nichts wie Sorgen, habe ich gesagt! Da hast du nicht richtig zugehört!“) Zum Glück habe ich das richtig gehört, weil, wenn unser Freund Buchberger die Agrarpolitik langfristig und vor allem auch auf Bundesebene, sprich auch in den entscheidenden Gremien, treffen könnte, würde dieser Slogan sicher passen. (Abg. Preamberger: „Aber das glauben wir dir nicht alles!“) Zum Abschluß hast du einen herrlichen Slogan gesagt, und zwar: „Wir Bauern hätten den Wunsch“ – du bist keiner – „wenig zu arbeiten und viel zu verdienen.“ Wir sind schon froh, wenn es nicht umgekehrt passiert, lieber Freund. Viel arbeiten, wenig oder gar nichts verdienen, meine Damen und Herren! Die Zuhörer und wir alle haben vernommen bei den Debatten im Rahmen dieser Bud-

getdebatte, nicht nur bei der Agrardebatte, daß sehr vehement die sozialistischen Bauernvertreter Haiden massiv und die Regierung vertreten haben. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist in einer zweiten Folge auch spürbar und hörbar gewesen, Kollege Zellnig, das ist ein Faktum, daß du auch in deiner Partei nur das Reden hast, aber nicht die Dinge selbst in die Hand nehmen kannst und deine Partei nicht zu jenen agrarpolitischen Konsequenzen bringen kannst. Das ist dein Problem, und ich erkenne sehr klar, daß man das demokratische Verhalten einer Partei in der Behandlung von Minderheiten erkennen kann. Und denken wir an die Minderheiten in ihrer eigenen Partei, meine Damen und Herren, wenn wir diese Volkspartei nicht hätten, wären wir eine verlorene Minderheit in der gesamten österreichischen politischen und gesellschaftlichen Bühne. (Abg. Preamsberger: „Wir glauben dir nicht alles!“) Lieber Freund! Du zweifelst sehr stark bei dieser Feststellung. Es gibt da sehr interessante Fakten, die man – glaube ich – in den Raum stellen müßte. Es gibt die neue Theorie des vernetzten Denkens. Und da muß man hineinschauen, was wird intern gesprochen.

Meine Damen und Herren! Beim sozialistischen Parteitag wurde sehr lautstark und vehement einerseits verkündet, wir sind die Partei der Arbeit. Das stimmt auch. Die historische Entwicklung ist richtig. Aber ich bin der Überzeugung, daß diese Regierungspartei nach 15 Jahren auch eine staatstragende Funktion auch in der jetzigen Zeit haben muß. Wenn dort ein Sepp Wille als Klubobmann auftritt und die Behauptung vertritt, die Landwirtschaft ist bereits verstaatlicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, da sollen wir uns nicht fürchten vor der Direktförderung, wenn jetzt schon jede Förderung genau vorgerechnet ist in tausend Millionen Schilling und nicht in Milliarden, wie bei der Bundesbahn zum Beispiel uns vorge-rechnet wird. Meine Damen und Herren, dort sagt der Herr Kollege Wille, 8 Prozent Bauern erwirtschaften 4 Prozent Sozialprodukt, produzieren 45 Milliarden an Wert und erhalten eine Förderung von 21 Milliarden Schilling vom Staat. In Wahrheit produzieren wir 70 Milliarden Schilling, meine Damen und Herren, und die Förderung macht um die 6 Milliarden Schilling aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wissen sehr genau – und der Herr Kollege Loidl hat in seiner Budgetrede vor allem das Bauernpensionsversicherungsgesetz mit all seinen Konsequenzen und vor allem auch der Herr Kollege Prutsch hat es zitiert. Es ist ja hoch interessant, und man hat Verständnis, wenn man das ein bißchen ausleuchtet. Im Jahre 1969 gab es zwei Abänderungsanträge vom sozialistischen Kollegen Häuser und vom Kollegen Pansi. Einerseits, daß diese Bauernpension, um die Hälfte gekürzt, erst in fünf Jahren in Kraft tritt, damaliger Antrag, zweitens, daß die Beiträge für die mittätigen Kinder nicht den Drittelbetrag, sondern die Hälfte des Betrages ausmachen. Das ist das soziale Verhalten, meine Damen und Herren, an der Wurzel dieses Gesetzes. Und es ist für mich selbstverständlich, daß die Exekution dieses Gesetzes diese Steigerung im Bereich der Bauernpension möglich gemacht hat.

Meine Damen und Herren! Wir wissen sehr genau, und ich sage das auch begründet, Kollege Dr. Kreisky – ist kein Kollege, weil ich nicht die Absicht habe,

Bundeskanzler zu werden –, aber der Freund Dr. Kreisky hat zum Beispiel – (Abg. Preamsberger: „Da habe ich gestern vom Herrn Landeshauptmann wegen Sekanina etwas anderes gehört!“) nein, Ihr wißt, wann der politische Gegner zum Freund wird, wenn er nicht mehr auf der Bühne ist, dann ist das möglich – (Abg. Brandl: „Keine Widersprüche!“) Du sollst dich ja nicht so alterieren. Kollege, er ist ja noch gar nicht weg von der Bühne, weil es der Sinowitz nicht schafft, er spricht ja immer noch bei der Verstaatlichten aktiv und indirekt mit. All die Dinge, die er selbst angestellt hat, kritisiert er jetzt ganz mutig.

Meine Damen und Herren, er hat damals gesagt: „Meine Regierung wird den Vorteil, daß sie jetzt Brotgeber der Agrarier ist, politisch zu nützen wissen, den Subventionskorb der Bauern je nach Widerstand der ÖVP höher oder niedriger hängen.“ Zitat vom SP-Landesparteitag vom 31. Mai 1970. Das ist ein Faktum, hat Dr. Bruno Kreisky bei diesem Parteitag gesagt. Und vor kurzem der Herr Finanzminister Dr. Vranitzky sehr direkt am 26. September zu einer Bauerndelegation, daß sich die SPÖ von den Bauern ohnedies politisch nichts erwarten kann, habe er den Auftrag, er sagte konkret: „habe ich den Auftrag, im Namen meiner Partei gerade in diesem Bereich besonders zu sparen“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und jetzt konkret zu den Ausgaben. Die Entwicklung der Agrarförderung vom Jahre 1970 bis 1986 ist im Vergleich zur Gesamtbudgetentwicklung vom Jahre 1970 bis zum Jahre 1986 um 384 Prozent gestiegen, das Agrarbudget um 151 Prozent. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, dort liegt jene Begründung, wo ich an der demokratischen Einstellung zweifle. Im gleichen Gegensatz hat aber vor allem beim Anteil der eigenen Beitragsleistungen für Absatzförderungsbeiträge von den Bauern her eine Steigerung von 606 Prozent stattgefunden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte vor allem sehr massiv unterstreichen, daß wir nicht nur im Bereich der Förderung, vor allem wie es der Kollege Schwab gestern erklärt hat, ganz speziell im Bereich der Belastung an erster Stelle stehen, gemeinsam jetzt mit den Eigentumswohnungs- und Häusbesitzern. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wissen, daß diese Einheitsbewertung im Rahmen der Landwirtschaft ein Ertragswert ist und kein Wert nach dem Verkehrswert. Denn ansonsten wären die Landwirte im konkreten alles Millionäre, und wir wissen sehr genau die Verschuldungsentwicklung innerhalb der Landwirtschaft. 1970 4300 Schilling, 1985 17.000 Schilling pro Hektar Nutzfläche.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde vom Kollegen Prutsch ganz massiv einleitend betont, daß verhängnisvolle Fehler passiert sind. Ja, meine sehr verehrten Freunde, in dieser 40jährigen Geschichte in Österreich sind die verhängnisvollen Fehler in der Agrarpolitik in den letzten 15 Jahren passiert. Wir haben Einschränkungen bei Milch und Schweinen, was den Absatz betrifft. (Abg. Zellnig: „Bei der Alleinregierung der ÖVP ist überhaupt nichts passiert! Da sind Senkungen gemacht worden!“) Damals waren die Überschüsse, lieber Freund, ohneweiters verkraftbar. Das Agraraußenhandelsdefizit ist um das Zwölfwache gestiegen. (Abg. Zellnig: „Weil wir nicht so viel produziert haben, waren Über-

schüsse verkräftbar!) Jawohl! Und wenn diese Änderung eintritt, ist es die Verpflichtung der Regierung, Abhilfe zu schaffen. Ich bin auch für Produktionseinschränkung bei Milch und Fleisch, aber, bitte, nicht „gesund schrumpfen“ nach einer alten These der sozialistischen europäischen Bewegung, sondern umlenken in den Energie-, Eiweiß- und Ölbereich. Die Zustimmung ist mir zuwenig, lieber Freund Zellnig. Und das habe ich mit dem „Reden“ und mit dem „Handeln“ gemeint.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß kommen und einige positive Dinge anziehen, wie wir intern versuchen, die bestmöglichen Ziele im Rahmen unserer Landwirtschaft selbst zu erreichen. Wir versuchen es im Energiebereich sehr massiv mit einer forcierten Nutzung der Bioenergie im Holzschnitzelbereich. Wir wissen, daß wir derzeit um die 6 Prozent bei der Nutzung der Bioenergie sind, und haben das Ziel, 10 bis 12 Prozent zu erreichen. Es liegt ein Förderungskonzept und es liegen Förderungsrichtlinien für die Errichtung von solchen Energieholzanlagen vor.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir glauben vor allem, daß diese kleinalternativen Ansätze, wie es der Kollege Fuchs umrissen hat, wie wir es selbst versuchen, in die Hand zu nehmen, unter allen Umständen eine breite Förderung brauchen. Ich glaube vor allem, daß wir immer mehr und immer näher auch im Bereich des Biosprits – der rechnet sich bereits ganz konkret, und ich möchte sagen, daß es in Wahrheit eine Kurzsichtigkeit sondergleichen ist, wenn man bei einer solchen Entwicklung nicht rechtzeitig die Entscheidungen trifft.

Für die Industrie und Wirtschaft sind moderne Technologien das Lebenselixier, und uns in der Landwirtschaft möchte man in die reine Nahrungsmittelproduktion abstempeln. Wir haben 20 bis 30 Prozent unserer Flächen von der Energie- in die Nahrungsmittelproduktion umgelegt – durch die Technisierung –, und wir müssen diese Rückentwicklung massiv einleiten, aber nicht nur mit einer Zustimmung, sondern mit jenen Entscheidungen, die wir längst von der Bauernvertretung dem Ministerium vorgelegt haben, wo aber immer wieder eher andere Interessensgruppen berücksichtigt worden sind.

Meine Damen und Herren! Ich möchte abschließen und sagen, daß wir in Zukunft immer mehr versuchen müssen, uns bewußt zu werden, welche Bedeutung die Landwirtschaft im konkreten in der Gesellschaft hat. Ich möchte das mit einem Satz sagen: Ich fürchte, wenn man nicht bald einsieht, wenn man die Importentwicklung und den Stand der Landwirtschaft betrachtet, daß man erst dann draufkommt – auch wenn man die Landschaft betrachtet –, daß man Landschaft nicht importieren kann, denn derzeit scheint es so, daß die Landwirtschaft nur nach den Überschüssen bewertet wird und nicht in ihrer Gesamtfunktion. Deshalb leiten wir auch das volle Recht ab, genauso wie die Industrie, wie die Arbeitnehmerschaft und die Wirtschaft, daß wir auch als Landwirtschaft diese gesamte Unterstützung und Förderung von dieser gesamten Gesellschaft und speziell von der Regierung erwarten können. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Klasnic:** Das Wort hat Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler.

**Landesrat Dipl.-Ing. Riegler:** Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist meines Erachtens angebracht, gerade bei der Diskussion über das Kapitel Land- und Forstwirtschaft und gerade angesichts einer Situation, die von hohen Spannungen in der Agrarpolitik und von einer echten Bedrängnis unserer Bauernschaft gekennzeichnet ist, zunächst einmal in Erinnerung zu rufen, daß in den 35 Jahren seit der Bewältigung der Nachkriegsnot ungeheuer viel aufgebaut wurde. Wir haben in der steirischen Land- und Forstwirtschaft ein Leistungsniveau erreicht, im Bereich der tierischen Produktion genauso wie im Getreide- und Maisbau, ganz besonders im Obstbau, bei den Spezialkulturen im Weinbau, das österreichweit und international zu den Spitzenfeldern gehört. Das war in erster Linie nur möglich, weil wir in diesem Land – und der Herr Abgeordnete Pörtl hat mit Recht darauf hingewiesen – fleißige und tüchtige Bauern haben, weil wir leistungsfähige bäuerliche Organisationen haben. Ob das die Erzeugerringe sind, die Erzeugergemeinschaften, die Maschinenringe, die Betriebshilfe und ganz besonders auch unsere Genossenschaften. Mit der Bauernschaft zusammen wurde diese Leistung erbracht. Als Grundlage dafür war maßgeblich, was vor 30 und 35 Jahren an agrarpolitischen Weichenstellungen erfolgt ist, mit dem Schwerpunkt „Ausbau des landwirtschaftlichen Schulwesens“. Dem haben wir es zu verdanken, daß unsere Bauern heute zu den bestqualifizierten innerhalb der Berufsgruppen unserer Gesellschaft gehören: durch das Beratungs- und Förderungswesen unserer Landwirtschaftskammern, unserer Landjugendorganisation, durch die Maßnahmen zur Strukturverbesserung. Wir sollen auch noch festhalten: Es ist in diesen Jahrzehnten ungeheuer viel geleistet worden: in der Verkehrs-, Telefon- und Stromerschließung, in der Gebäudeverbesserung, in der Schaffung landwirtschaftlicher Vermarktungseinrichtungen. Das sind Dinge, die es möglich machen, mit den Problemen, teilweise zumindest, in einem sehr harten internationalen Konkurrenzkampf fertig zu werden. Wir haben uns bemüht, auch mit dem Landesbudget 1986 einen Schritt in diese Entwicklung weiterzusetzen. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß einiges erreicht wurde. Nach jahrelangem Drängen insbesondere durch den Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer und durch Mitziehen des Landwirtschaftsministers bei der Aufstockung der Grenzlandförderung und beim Hügellandprogramm. In der Viehabsatzförderung haben wir im Budget 38 Millionen Schilling für dieses Jahr, 15 Millionen Schilling wurden inzwischen nachbedeckt. Weitere 45 Millionen Schilling brauchen wir in diesem Jahr noch, wenn wir einigermaßen mit geordneten Verhältnissen in das nächste Jahr gehen wollen. Der Herr Landesfinanzreferent hat in Aussicht gestellt, daß er noch einen entsprechenden Antrag einbringen wird. Ich hoffe, daß er in der Größenordnung ausfällt, damit die bereits eingegangenen Verpflichtungen und bereits getätigte Ausgaben der Exportfirmen, meine Damen und Herren, auch durch die Bereitstellung der öffentlichen Stützung abgedeckt werden können.

Wir haben in der Gesetzgebung in diesem Jahr mit dem Jagdgesetz einen wichtigen Schritt vor allem auch im Interesse der Bauernschaft setzen können. Wir sind dabei, mit dem in Anhörung befindlichen Boden-

schutzgesetz eine ganz entscheidende Vorkehrung zur Erhaltung dieser wichtigsten Produktionsgrundlage unserer Bauernschaft zu legen. Aber ich sage es auch unumwunden, wir haben das Problem im Landesbudget, daß die Land- und Forstwirtschaft in erster Linie im Bereich der Ermessensausgaben rangiert und bekanntlich die Budgetanweisung für 1986 gelautet hat: bei den Ermessensausgaben Vorjahresansatz minus 10 Prozent. So wurden von den beantragten Förderungs- und Ermessensausgaben im Entwurf des Finanzreferenten 102 Millionen Schilling gekürzt. Es war erst im Zuge der Budgetverhandlungen möglich, einiges an Aufstockungen zu erreichen. Wenn man die 14 Millionen Schilling heranzieht, um die einige Budgetposten erhöht wurden, und die 52 Millionen Schilling berücksichtigt, die in einer Vereinbarung für die Viehabsatzfinanzierung zusätzlich für das Jahr 1986 nachbedeckt werden, so sind es 66 Millionen Schilling, die insgesamt zusätzlich bereitgestellt werden. Und trotzdem – das sollte man bei einer Diskussion wie der heutigen nochmals festhalten: Es war das keine Übertreibung, eher eine Untertreibung, meine Damen und Herren, wie hier argumentiert wurde, wenn man die Situation und wenn man die Stimmung innerhalb der Bauernschaft kennt und richtig einschätzt. Ich sage Ihnen, Herr Abgeordneter Zellnig, das Zusammentreffen der wirtschaftlichen Bedrängnis und der unverständlichen politischen Maßnahmen ist es, was die Stimmung innerhalb der Bauernschaft zum Überkochen bringt. Man soll das ja nicht falsch einschätzen, um nicht eine Entwicklung herbeizuführen, die wir alle miteinander nicht haben wollen, gerade in einer so ernsten Zeit, wo wir im Bereiche der Industrie und der Arbeiterschaft vor derart großen Problemen stehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich kenne die agrarpolitische Entwicklung in Österreich nun auch seit Anfang der siebziger Jahre im direkten Miterleben. Pöttl hat es zitiert, Bundeskanzler Dr. Kreisky hat im ersten Anlauf seiner Alleinherrschaft geglaubt, über die Bauern hinwegfahren zu können. Ich erinnere an sein Wort 1971: „Keinen Groschen für die Bauern“. Diese Einstellung hat nicht lange angehalten, weil die politische Einsicht dazu kam, daß man eine so wichtige Berufsgruppe in unserem Staat nicht übergehen und auch ihre Interessensvertretung nicht an die Seite stellen kann, sondern miteinander reden muß, um zu Lösungen zu kommen. Ich habe den Verdacht, daß der derzeitige Parteivorsitzende und Bundeskanzler Dr. Sinowatz diesen Lernprozeß noch vor sich hat. Ich hoffe, daß der Lernprozeß rasch genug gelingt. Jedenfalls ist es ein Tatsache – ich werde das nur in Stichworten erwähnen – daß wir den Eindruck haben, nun tritt die Sozialistische Partei Österreichs und damit durch ihre derzeitige Position die Bundesregierung so quasi zu einem Generalangriff auf die Bauernschaft an. (Abg. Hammer: „Das stimmt ja nicht, das redet ihr euch nur ein!“) Ich sage Ihnen das schon, lassen Sie mich das aufzeigen. Die Personalpolitik ist angesprochen worden, darf ich Ihnen das sagen, vielleicht wissen Sie es nicht. Wir haben nichts gegen die Leute als solche, sondern wir haben etwas dagegen, daß berufs Fremde Personen in Positionen gesetzt werden und dann mit den Problemen natürlich nicht so zu Rande kommen können. Die Leidtragenden sind die Bauern, weil die Probleme

nicht gelöst werden. (Abg. Ileschitz: „Wer stellt denn die Leute in der Bauernkammer ein?“) Getreideexport: Herr Präsident, der Minister Dipl.-Ing. Haiden untersagt einen möglichen Getreideexport, weil er sagt: zuerst müssen die Bauern die zusätzliche Mittelzahlung sicherstellen, obwohl das Geld derzeit vorhanden ist. Ich möchte gar nicht sagen, das ist Erpressung. Aber es geht in diese Nähe, so wie man hier die Probleme behandelt. Viehabsatz: man versucht einerseits die Last auf die Länder weiterzuwälzen – ich werde auf die Budgetentwicklung Bund und Land noch zurückkommen – und andererseits auch die gesamte Belastung auf die Bauern weiterzuwälzen. Sie haben gesagt, Alternativen. Wir haben ein halbes Dutzend an Vorschlägen seit Jahren immer wieder präsentiert. Ich darf Ihnen nur eines in Erinnerung rufen, Herr Abgeordneter Zellnig: In der EG – weil Sie gesagt haben, das ist so furchtbar dort – haben sie einen riesigen Vorsprung für ihre Bauernschaft herausgearbeitet in den vergangenen zehn, fünfzehn Jahren. In der EG ist beispielsweise die Rapsfläche um 949 Prozent gestiegen. Das heißt, dort hat man die Forcierung dieser Alternativen wahrgenommen. In Österreich stehen wir auf dem Stand Anfang der sechziger Jahre. (Abg. Zellnig: „Es gibt ja Förderungsmittel!“)

Das Weingesetz ist angesprochen worden. Ich habe das miterlebt in diesem Sommer. Wir haben versucht, den Minister zu überzeugen, was sachlich möglich und notwendig ist. Ich habe eine Spur von Hoffnung gehabt, daß er zumindest in der Frage Bergwein einlenken wird. Nichts ist geschehen. Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landeshauptmann, wir haben uns gemeinsam bemüht, es ist weggewischt worden. Dann soll man nicht der Bauernschaft den Vorwurf machen, wenn ihr das zuviel wird und wenn man sagt: wir haben geredet, verhandelt, geredet und noch einmal verhandelt und alles wird trotzdem vom Tisch gewischt. Irgendwann muß man dann deutlich machen, daß man sich über die Belange einer Berufsgruppe nicht auf Dauer hinwegsetzen können. Und Herr Abgeordneter Zellnig, wenn Sie nun ein Konzept zur Diskussion stellen, dann sage ich zunächst, über jeden Vorschlag muß man natürlich reden, selbstverständlich. Ich mache darauf aufmerksam, daß hier einige Denkfehler und einige gefährliche Dinge für die Bauernschaft stecken. Im übrigen hat sich der Bauernbund im Nationalrat bekanntlich bemüht, eine gewisse praxisgerechte Verbesserung für den Abhofverkauf bei Milch zu erreichen. Diese ist von Minister Dipl.-Ing. Haiden abgelehnt worden, wie Ihnen auch bekannt ist. Wenn Sie generell den Abhofverkauf freigeben wollen, dann gefährden Sie unser Ausgleichssystem in der Milchwirtschaft und dann gefährden Sie gerade die Bauern, die am weitesten von den Molkereien und von den Absatzzentren entfernt sind. Das muß man wissen. Wenn Sie sagen, allgemeiner Absatzförderungsbeitrag weg, wird sich niemand mehr darüber freuen, als die Bauern, die unter dieser Belastung leiden. Nur müssen Sie dann auch dazusagen, daß Ihr System auf einen gespaltenen Milchpreis hinausläuft beziehungsweise auf das totale Abdrehen der Exporte von Milchprodukten und daß Sie dann natürlich die Bauernschaft auf ein Produktionsniveau zurückdrängen, das nicht mehr so positiv aussieht, wie Sie das in Ihren Zahlen hier zunächst

dargestellt haben. Ich wollte das nur sagen, weil man immer wissen muß, daß gerade bei diesen Dingen der Teufel im Detail steckt und man sich über alle Konsequenzen im Klaren sein muß, bevor man zu irgendwelchen Schritten kommt.

Ich darf nun ganz kurz zur Budgetsituation etwas sagen. Was war eigentlich der Grund, warum die Stimmung in der Agrarpolitik meines Erachtens völlig unnötig in diesem Jahr in jene Situation gebracht wurde, wie wir Sie jetzt haben? Maßnahmen der Agrarstrukturförderung sind von einem Tag auf den anderen im Bundesbudget auf null gestellt worden. Die Beratungsfinanzierung eliminiert, jawohl, 4 Millionen Schilling sind drinnen von 90 Millionen Schilling. Ich darf anschaulich aufzeigen, meine Damen und Herren, weil stereotyp gesagt wird, das sollen die Länder übernehmen. Sie finden das auch im Grünen Bericht auf Seite 32, wenn Sie die Entwicklung der Ausgaben im Bundesbudget seit dem Jahre 1970 von etwa 100 Milliarden Schilling auf 500 Milliarden Schilling anschauen.

Daß die Schulden noch schneller gewachsen sind, ist leider eines der Probleme der Budgetpolitik des Bundes. Sie sehen hier daneben die Ausgabenentwicklung des Landesbudgets in gleich hohen Milliardenbeträgen dargestellt, heuer auf etwa 24 Milliarden Schilling. Darunter sehen Sie die Schuldenentwicklung des Landes Steiermark. Und nun, meine Damen und Herren, sehen Sie die Unseriosität, wenn ständig so getan wird, als könnte das Land einfach diese oder jene Förderungsmaßnahmen übernehmen, wovon sich der Bund zurückzieht, sei es die Viehabsatzförderung, sei es der Wegebau, sei es die Beraterfinanzierung, die Grundzusammenlegung, die gesamte Agrarstrukturförderung und vieles andere mehr. Sie sehen, daß das einfach nicht vergleichbar ist und daß man es sich nicht so billig machen kann, sich aus der Verantwortung aus der Agrarpolitik davonschleichen zu wollen. (Beifall bei der ÖVP.)

Dann kommt noch etwas dazu. Es ist unbegreiflich, warum man nun mit Gewalt durch Gesetzgebungsmaßnahmen einen Bereich der Bauernschaft, wo Sie sagen: „Mehr Demokratie!“, ich meine unsere Genossenschaften, in eine riesige Zentralgenossenschaft umwandeln will. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Kartellgesetz!“) Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Chibidziura, informieren Sie sich, bitte. Vielleicht wollen Sie das auch nicht, aber wahrscheinlich wissen Sie es nicht, was mit dem Kartellgesetz beabsichtigt ist: Daß ein Zusammenwirken autonomer Einzelgenossenschaften in einem Verbundsystem, um die Probleme lösen zu können, durch den Gesetzgeber künftig unterbunden werden soll. Das können Sie ja doch alle nicht wollen, meine Damen und Herren! Aber bitte, dann müssen wir auch schauen, daß auf Bundesebene die Mehrheit im Nationalrat nicht Entscheidungen trifft, die wieder einmal ein Stück vernünftiger Einrichtungen und Organisationen in Österreich zunichte machen. (Abg. Mag. Rader: „Das ist schwarz-weiß!“) Nein, nein, das ist nicht schwarz-weiß, das ist leider bitter, daß man überhaupt solche Überlegungen hat. (Abg. Pinegger: „Das ist rot-blau!“) Ja, das ist vielleicht richtig: rot-blau, nicht schwarz-weiß. Kennen Sie den Entwurf zum Kartellgesetz und wissen Sie daher, daß das darauf hinauslaufen würde, das zu vollziehen, was Konsum

Österreich vollzogen hat, nämlich aus einzelnen eigenständigen Genossenschaften eine riesige Zentralgenossenschaft „Konsum Österreich“ zu haben.

Vielleicht ist das die Doppelstrategie, daß Sie dann sagen: „Jetzt haben wir den Raiffeisenriesen, den wir kraft Gesetz dazu gezwungen haben, aus vielen eigenverantwortlichen Genossenschaften eine Riesengenossenschaft machen zu müssen.“ Diesen Weg werden wir nicht mitgehen und alles tun, daß hier der Vernunft doch noch eine Gasse geschlagen werden kann.

Ich möchte mich mit der FPÖ nicht sehr auseinandersetzen, weil ich weiß, wie schwer ihre Position in der Bundesregierung ist. Das ist gar nicht polemisch, wenn ich sage, daß der Staatssekretär Murer im Grunde ein armer Mensch ist, sich in dem Ressort irgendwie durchschlagen zu müssen. Vom Vizekanzler Dr. Steger ist gesagt worden, daß er als Preisminister Standhaftigkeit bewiesen hat, leider auch bei den Erzeugerpreisen der Bauern. Da hat sich ja vieles geändert von dem, was man vorher zu hören bekommen hat – gerade von der freiheitlichen Seite.

Noch eines, ganz im Ernst gesagt: Wenn man glaubt, nun nur mehr eine Agrarpolitik mit Flächenstillegung, Stillegung von Milchlieferrechten betreiben zu können, dann frage ich Sie: Was schlagen Sie vor, wovon die Bauern leben sollen? Denn mit den Direktzahlungen wird es nicht möglich sein. Und die Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft? Sie wissen genau, wie problematisch das geworden ist. Ist es nicht unsinnig, wenn man sagt: „100.000 Hektar Ackerland sollen stillgelegt werden, und der Staat soll dafür Prämien bezahlen“, und wir gleichzeitig für 300.000 Hektar Ackerland Eiweißfuttermittel und Ölsaaten importieren. Ja, ich frage Sie: Wo ist hier agrarpolitisch und volkswirtschaftlich ein Sinn? Diesen Weg werden wir sicher nicht mitgehen können.

Ich möchte abschließend sagen, und ich meine das wirklich sehr ernst: Wir haben die Sorge, daß man zum teil systematisch das zerstören will, was in diesem Land und in diesem Staat durch mehr als 35 Jahre miteinander im Bereich der Agrarförderung und der Landwirtschaftsentwicklung aufgebaut wurde. Ich bin überzeugt, daß Sie hier in diesem Hause das auch nicht wollen – davon bin ich überzeugt. Darum muß man aber aufzeigen, was vor sich geht, und vielleicht haben Sie auch die Möglichkeit, innerhalb Ihrer eigenen Reihen das eine oder das andere zu korrigieren. Wir merken nur – und das merken nicht nur die Bauern –, daß in der Ära Sinowatz-Haiden es einfach sehr „kalt“ geworden ist. Das merken viele, und das sagen ja auch Ihre Anhänger, Herr Abgeordneter! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Horvatek: „Das ist eine reine Wahlrede! Sie mißbrauchen das Schlußwort für eine Wahlrede!“) Herr Abgeordneter Dr. Horvatek, ich gebe die Eindrücke wieder, die ich in den Gesprächen und Verhandlungen persönlich gewonnen habe, die wir geführt haben. (Abg. Dr. Strenitz: „Das ist eine politische Wortblase, die Sie loslassen!“) Ich sage Ihnen noch etwas: Mit der Engelsgeduld, mit der Präsident Derfler immer und immer wieder hinmarschiert und Gespräche führt und verhandelt, und es wird nicht das mindeste akzeptiert, dann kommt einmal ein Punkt, wo man sagen muß: So geht das nicht mehr weiter, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Hammerl: „Sie gehen wirklich zu weit!“)



Was wir wollen, meine Damen und Herren: Agrarpolitische Arbeit für unsere Bauern, und zwar miteinander: die Bundesregierung, die Landesregierung, die Interessensvertretung. Nur verhindert man das bisher, meine Damen und Herren, weil man nicht in Verhandlungen eintritt. (Abg. Brandl: „Da braucht ihr uns auch – nicht uns angreifen und verdächtigen!“) Ja selbstverständlich! Wir brauchen den Gewerkschaftsbund, wir brauchen die Arbeiterkammer, wir brauchen die Wirtschaft, wir brauchen die Bundesregierung, wir brauchen die Landesregierungen, wir brauchen die Kammern, wir brauchen die Genossenschaften, wenn wir Probleme lösen wollen. Aber, es liegt nicht an uns, bitte! Wir wollen verhandeln, wir machen Vorschläge, nur muß man auch von der anderen Seite her verhandeln wollen. (Abg. Brandl: „Ich habe Besseres von Ihnen erwartet, Herr Landesrat!“)

Lassen Sie mich eines noch sagen: Das politische Augenmaß ist eben auch etwas, was jenem ein Anliegen sein muß, der die politische Verantwortung trägt, und das ist in der Bundespolitik eben derzeit die Bundesregierung in ihrer derzeitigen Zusammensetzung. (Abg. Dr. Strenitz: „Wir haben Sie bisher für sachlich gehalten, wir haben uns geirrt!“ – Abg. Dr. Hirschmann: „Das ist wirklich kein Problem, wenn Sie sich irren, Herr Kollege Dr. Strenitz!“ – Abg. Hammerl: „Das kann man woanders sagen, aber nicht hier!“) Man muß es auch in der Öffentlichkeit sagen, Herr Abgeordneter Hammerl, und Sie haben sich immer sehr lautstark zu Wort gemeldet, wenn Sie Anliegen haben, die man auch in der Öffentlichkeit aufzeigen will. Wir brauchen gar nicht davon zu reden, wenn man konstruktive Verhandlungen mit dem zuständigen Minister, mit dem Bundeskanzler führen kann. Wenn das nicht möglich ist, dann muß man das auch der Öffentlichkeit aufzeigen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Hammerl: „Aber man kann die Leute nicht fertig machen! Sie ziehen den Weg des Fertigmachens vor!“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das glaubst du selber nicht, Hammerl!“ – Abg. Hammerl: „Ihr wollt den Bauern Angst einjagen!“ – Abg. Dr. Maitz: „Die Angst haben die Bauern vor Haiden! Politischer Terror!“)

Meine Damen und Herren! Wir sehen uns verpflichtet, die Dinge so aufzuzeigen, wie sie derzeit sind, (Landeshauptmannstellvertreter Gross: „Politischer Terror – das ist eine Frechheit, Herr Abgeordneter Dr. Maitz! Wenn wir einen Zwischenruf machen, sind Sie angerührt, Sie unterbrechen unsere Redner ununterbrochen!“) verpflichtet den Bauern gegenüber, auch unserer Demokratie gegenüber, denn man soll den Ernst der Situation darstellen, weil das die Voraussetzung ist, daß man hoffentlich auch vernünftig zu Lösungen kommen kann. (Beifall bei der ÖVP.) Ich sage Ihnen, wir würden uns diese Diskussion hier ersparen, die Bauernschaft würde sich demonstrative Maßnahmen ersparen, wenn man vorher in dem Sinne verhandeln würde, wie wir das angestrebt haben. Nur um das geht es, meine Damen und Herren! Es ist das gute Recht in einer Demokratie, daß eine Berufsgruppe auch ihre Sorgen nach außenhin aufzeigt und damit auch versucht beizutragen, daß es zu Lösungen kommt. Der Abgeordnete Zellnig hat im Schlußteil seiner Rede gesagt, was wir brauchen ist Umorientierung in der Produktion, ist Krisenvorsorge, ist der Aufbau von Produktionsalternativen, ist mehr Ökolo-

gie in der Landwirtschaft. Meine Damen und Herren, wir stimmen voll überein. Das ist genau das, was wir seit Jahren anstreben. Nur ich frage mich, warum hindert man uns daran, das zu realisieren, im Nationalrat, in der Gesetzgebung, in der Bundesregierung, in Budgetierung und Vollziehung. Ich darf eines dazu sagen, weil Sie das auch angesprochen haben, Herr Abgeordneter, für die Förderung Biomasse. Wir haben Vorkehrungen getroffen, daß ab 1. Jänner 1986 für den bäuerlichen Bereich die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft, das Referat Dipl.-Ing. Plank, die Anlaufstelle ist und sich um die Koordinierung der Förderung bemüht, und im gewerblich-kommunalen Bereich wird es der Landesenergieverein übernehmen, für den auch eine entsprechende budgetäre Vorkehrung getroffen wird, auch durch das Bemühen unseres Landeshauptmannes, der Landesräte Dr. Klausner, Dr. Heidinger, im Zusammenwirken mit der STEWEAG. Wir werden daher in der Lage sein, diesen wichtigen Schritt konzentriert und koordiniert zu unterstützen. Ich bin davon überzeugt – und wir wollen da gar nicht herumreden – daß die Probleme der Bauernschaft auch in Österreich nicht einfach weggewischt werden können. Die Probleme der Landwirtschaft sind in allen Industriestaaten sehr groß und in den anderen Staaten noch viel größer, wenn wir die Dritte Welt ansehen oder die Staaten mit staatswirtschaftlichen Systemen. Wir versuchen es gar nicht so darzustellen, als würde mit einer anderen Bundesregierung auf einmal alles an Problemen weg sein. Natürlich nicht! Nur eines möchten wir aufzeigen: Wenn man jahrelang die notwendigen Maßnahmen nicht trifft und die Dinge schleifen läßt, dann landet man dort, wo wir jetzt in Gefahr sind, hineinzugeraten, nämlich in eine totale Sackgasse, wo der einzelne Bauer nicht mehr weiß, was er überhaupt noch tun soll. Was können Sie denn heute empfehlen? Statt der Milch, der Rinder, der Schweineproduktion, der Getreideproduktion, rundherum stehen wir an. Hier kann man nur herauskommen, wenn man nicht ein Flickwerk von Einzelmaßnahmen vornimmt, sondern ein Gesamtkonzept anstrebt, das auch miteinander entwickelt und miteinander vollzogen werden muß, durch Bundesregierung, Bundesgesetzgeber, Landesregierungen, Landesgesetzgeber und die bäuerlichen Organisationen. Das anzustreben, ist unser Ziel, und wir werden besonders dort die Probleme sehr deutlich ansprechen, wo man den Eindruck hat, daß systematisch versucht wird, eine solche Entwicklung hintanzuhalten. (Abg. Dr. Strenitz: „Das ist es, was nicht stimmt, das sind Unterstellungen!“)

Ich möchte, weil es dem Brauch entspricht, abschließend ein Danke sagen den steirischen Bauern und ihren Familien, den Helfern – Herr Abgeordneter Dr. Strenitz, das sind keine Unterstellungen, das sind jahrelange Erfahrungen. Ich habe das in vielen Verhandlungen erlebt. Vielleicht wissen Sie das nicht? (Abg. Dr. Strenitz: „Es ist eine Unterstellung, wenn behauptet wird, daß systematisch verhindert wird, die Dinge zu bessern!“) Das ist unser Eindruck. Wir können dann weiter diskutieren. Ich sage Ihnen, daß sich das so abspielt.

Ich möchte meinen Dank aussprechen allen Helfern der steirischen Bauernschaft, den zuständigen Einrichtungen des Landes, Rechtsabteilung 8, Fachabteilung II e, Veterinärabteilung, Forstabteilung und allen Ein-

richtungen, die wir haben, der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft und der Landarbeiterkammer, den Landwirtschaftlichen Schulen und den bäuerlichen Gemeinschaften und Genossenschaften. Ich darf letztlich, weil, das glaube ich, auch angebracht ist, drei Persönlichkeiten ein Danke sagen, die mit Ende dieses Jahres ihre aktive Berufslaufbahn beenden müssen, weil es das Geburtsdatum mit sich bringt. Ich danke dem Direktor der Landwirtschaftlichen Fachschule Grabnerhof, Dipl.-Ing. Herbert Ebner. (Allgemeiner Beifall.) Er stammt aus Greith bei Gußwerk, hat nach dem Kriegsdienst die Universität für Bodenkultur absolviert. Ist 1955 in den Tierzuchtförderungsdienst der Steirischen Landwirtschaftskammer eingetreten, 1961 Lehrer im Grabnerhof geworden und hat sich ganz besondere Verdienste im Bereich der Tierzucht unseres Landes erworben. Er wurde 1977 mit der Leitung der Fachschule Grabnerhof betraut, war ein Schulmann ganz großer Klasse und – wie ich schon gesagt habe – jemand, der für die Tierzucht in unserem Lande auch sein Allerbestes gegeben hat.

Ich danke weiters dem Direktor Hofrat Wilhelm Kahlbacher, Leiter des Volksbildungswerkes St. Martin, 1920 in einer Bergbauernfamilie in der Gaal bei Knittelfeld geboren, nach dem Kriegsdienst und nach der Kriegsgefangenschaft ab 1947 Studium der Theologie, Diözesanenseelsorger und Lehrer an landwirtschaftlichen Schulen und seit 1961 Leiter des Volksbildungsheimes St. Martin. In der Zeit seiner Verantwortung ist dieses Volksbildungsheim St. Martin zu jener Institution ausgebaut worden, die wir heute aus unserem Land nicht mehr wegdenken können. Er hat das Werk von Josef Steinberger in einer Form weitergeführt und es zur Größe geführt. Was er vermittelt hat, war nicht nur Bildung und Kultur für unsere ländliche Jugend und unsere ländliche Bevölkerung, sondern er hat diesem Land durch seine Arbeit viele Persönlichkeiten geschenkt. (Allgemeiner Beifall.) Ich wünsche vor allem Gesundheit und bin überzeugt, daß die Aktivität in vielen Bereichen weitergehen wird.

Auch das ist leider durch das Geburtsdatum so erzwungen: Der Chef unserer Landesveterinärabteilung, Hofrat Dr. Neubauer, wird ebenfalls mit Ende dieses Jahres in den Ruhestand treten müssen. 1920 in Oberwart im Burgenland geboren, nach dem Kriegsdienst und viermaliger Verwundung, Studium der Veterinärmedizin, 1947 Heimkehr, 1949 Promotion und seit damals als Tierarzt in Stainz tätig. Er war Landesbezirkstierarzt, von 1972 bis 1982 Amtstierarzt in Deutschlandsberg und seit 1. Jänner 1982 Leiter der Veterinärabteilung des Landes. Ich sage das nicht, weil ich überschwengliche Ausdrücke bevorzuge, sondern weil ich das miterlebt habe: Er hat in diesen vier Jahren als Chef der Veterinärabteilung mehr in Bewegung gebracht als mancher andere vielleicht in Jahrzehnten. Es ist nur ein Schade, daß eben nun das Geburtsdatum den Ruhestand erzwingt, aber ich bin überzeugt, daß er nicht Ruhe geben wird, und wir werden das auch in anderer Form sicher für unsere Bauernschaft und für seine Lebensaufgabe weiter nützen können. Alles Gute! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Klasnic:** Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 7, Fremdenverkehr. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Dorfer:** Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Aufwärtsentwicklung des Fremdenverkehrs, die seit Jahrzehnten für uns geradezu eine Selbstverständlichkeit gewesen ist, ist seit einigen Jahren zumindest gebremst. Über das Warum muß zweifellos nachgedacht werden. Allerdings darf diese Entwicklung längerfristig kein Anlaß zur Resignation werden, was tatsächlich auch unbegründet wäre. Der gesamtösterreichische Fremdenverkehrstag in Graz hat das wieder einmal unter Beweis gestellt. Die derzeitige Stagnation in der Fremdenverkehrsentwicklung ist – ich möchte sagen – ein geradezu logischer Ausfluß der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Stagnation der Masseneinkommen in praktisch allen unseren Gästeländern genauso wie bei uns in Österreich. Diese Stagnation wird natürlich noch durch überproportional hohe Besteuerung der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft, gemessen an allen wesentlichen Konkurrenzländern, die unsere Fremdenverkehrswirtschaft hat. Längerfristig – und das kann uns doch mit einem gewissen Optimismus erfüllen – kann man sagen, daß man wieder von einer wenn auch unterschiedlichen, aber doch Aufwärtsentwicklung des Fremdenverkehrs reden und ich würde sagen, mit einiger Sicherheit damit auch rechnen kann.

Ich kann Ihnen nicht vorenthalten, daß anläßlich des gesamtösterreichischen Fremdenverkehrstages in Graz in diesem Jahr eine Prognose der österreichischen Fremdenverkehrsentwicklung der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, und ich darf aus diesem Bericht von Spitzenfachleuten doch einiges zitieren.

Die wesentlichen Ergebnisse bestehen in einem jährlichen zwei-prozentigen Bruttoinlandsproduktwachstum der westeuropäischen Industrieländer und in einem jährlichen Anstieg der Gästenächtigungen in Westeuropa um 2,75 Prozent. Und jetzt kommt das ein wenig Unerfreuliche: Für Österreich wird ein weiterer Verlust von Marktanteilen im gesamteuropäischen Tourismus prognostiziert. Die Nächtigungen werden demnach in Österreich 2 Prozent per anno zunehmen, währenddem im übrigen Europa um 2,75 Prozent. Allerdings wird der Anteil der Wintersaison auf 48 Prozent gegenüber der Sommersaison ansteigen. In absoluten Zahlen ausgedrückt, werden im Jahr 2000 162 Millionen Gästenächtigungen in Österreich erreicht werden; im Jahre 1983 waren es 116 Millionen. Bei saisonaler Unterscheidung der Entwicklung ergibt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Winter- und Sommersaison. Die Winternächtigungen nehmen von 43 Millionen auf 78 Millionen, also überproportional mit etwa 3,5 Prozent jährlich zu, dagegen erhöhen sich die Sommernächtigungen „nur“ von 72 Millionen auf 84 Millionen (Glockenzeichen des Präsidenten – Präsident Klasnic: „Darf ich um etwas mehr Ruhe im Raum bitten!“), so daß bei Sommernächtigungen nur mit einer Zunahme von jährlich 0,9 Prozent gerechnet werden kann. Unter regionaler Perspektive betrachtet, ergeben sich ebenfalls bedeutende Veränderungen, Veränderungen, die unterschiedlich sind, je nachdem, ob es sich um städtische Gebiete handelt, ob es sich um touristische Intensivgebiete handelt – auch hier muß man wieder die Zweisaisongebiete und die Sommergebiete unterscheiden – oder ob es sich überhaupt – und dazu gehört leider

ein großer Teil der Steiermark – um sogenannte touristische Extensivgebiete handelt. Unter der Annahme, daß sich der regionale Trend der Phase 1970 bis 1982 fortsetzt – und das wird allgemein angenommen –, ergibt sich für das Jahr 2000 in etwa folgendes:

Die Städte können ihren Anteil am Fremdenverkehr etwa halten und gewinnen zusätzlich sechs Millionen Nächtigungen dazu. Die Zweisaisongebiete entwickeln sich wie in der Vergangenheit überdurchschnittlich und nehmen um 39 Millionen Nächtigungen zu. Ihr Anteil an allen österreichischen Nächtigungen steigt damit auf 69 Prozent. Dementsprechend fallen die Sommergebiete nördlich und südlich der Alpen weiter zurück und nehmen nur um 1,2 Prozent per anno zu. Noch radikaler ist das Zurückfallen der Extensivgebiete, und dazu gehört, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, der größte Teil Oberösterreichs, Niederösterreich, Burgenland und wohl auch der größere Teil der Steiermark. Hier gehen die Nächtigungen jährlich um 2,7 Prozent zurück. Insgesamt würde das bis dahin – also bis zum Jahr 2000 – eine Abnahme um fünf Millionen Nächtigungen bedeuten. Die Folge davon, Hohes Haus, ist, daß man dieser Prognose in der faktischen Entwicklung in der Steiermark entgegensteuern muß und, wie einzelne Beispiele in der Vergangenheit und Gegenwart zeigen, entgegensteuern kann. Es besteht die Tendenz, auf Grund der starken Nachfrage im Winter und weniger Gästen im Sommer, die Gastgewerbe- und Beherbergungsbetriebe im Sommer zu schließen. Das heißt, die Entwicklung zum Einsaisonenfremdenverkehr mit Intensivierung der Landschafts- und Infrastruktur während weniger Monate liegt in der Luft. Und einen letzten Satz aus diesem Bericht: Für die Zweisaisongebiete gilt das Verhältnis 48 zu 52 Wintersaison zu Sommersaison schon 1981/82. Bis zum Jahr 2000 verändert sich die Relation auf 59 zu 41 zugunsten der Wintersaison.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Die praktischen Konsequenzen dieser Entwicklung müssen wir in unserer gesamten Fremdenverkehrspolitik in der Fremdenverkehrsförderung, so gut wir es können, ziehen. Wir müssen im allgemeinen Trend zur Kenntnis nehmen, daß in Zukunft der Schwerpunkt bei Qualität – und zwar in allen Gebieten des Fremdenverkehrs – und im übrigen bei der Wintersaison liegen wird. Unsere großen Fremdenverkehrsextensivgebiete müssen sich Spezialangebote einfallen lassen. Eine Angelegenheit, die gerade für die Steiermark sehr wichtig sein wird. Gute Beispiele in diese Richtung sind vorhanden, wie etwa Loipersdorf, Waltersdorf und die verschiedensten steirischen Versuche der Gestaltung des sogenannten Aktivurlaubs unter Anleitung von Animatoren. Dort, wo sich der Fremdenverkehr einseitig auf den Winterfremdenverkehr und Skitourismus hinorientiert, wird die Errichtung zusätzlicher Infrastruktur auch ein ökologisches Problem. Eine Übererschließung einiger Regionen unserer steirischen Alpen könnte, ich würde glauben, ja müßte ökologische Schäden mit allen Folgen, insbesondere auch mit allen ungeheuren Sanierungskosten nach sich ziehen. Der Gefahr, daß sich regionale Disparitäten verstärken, müssen fremdenverkehrspolitische Maßnahmen entgegengesetzt werden, die die Angebotsstruktur verbessern. Das heißt, die Förderung alternativer Tourismusformen zum Skitourismus ist notwendig, und vor allem

werden auch ökologische Kriterien in Zukunft mehr als bisher noch berücksichtigt werden müssen.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zur selbstgewählten Vertretung der Gastronomie und der Hotellerie vorbringen. Die in der gesetzlichen Interessensvertretung der Wirtschaft, eben in der Handelskammer, heuer neu gewählte Sektionsleitung des Fremdenverkehrs mit Kommerzialrat Kaiserfeld an der Spitze, hat im Juli dieses Jahres ihre Arbeitsziele der Öffentlichkeit vorgestellt. Ich möchte die Diskussion hier zum nächstjährigen Budget im Kapitel Fremdenverkehr nicht vorübergehen lassen, um Ihnen aus diesem Merkblatt, das die Sektion über ihre Zielvorstellungen erarbeitet hat, doch einige Schwerpunkte vorzutragen. Die wesentlichste Zielsetzung ist vor allem die gewinnorientierte Erhaltung und Stärkung der Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Fremdenverkehrsbetriebe. Meine Damen und Herren, und das muß immer wieder gesagt werden, der Fremdenverkehr in Österreich ist zwar eine ungeheuer wichtige Wirtschaftssparte, gemessen am Gesamtvolumen unseres Bruttosozialproduktes, vor allem der Ausgleichsfaktor in unserer Zahlungsbilanz nach wie vor, und trotzdem ist der Fremdenverkehr bei uns so hoch besteuert wie nirgends in unseren Konkurrenzländern. Die Folge davon ist, daß der Fremdenverkehr die höchstverschuldete Wirtschaftssparte innerhalb der verschiedenen Berufsgruppen der Wirtschaft überhaupt ist. Man kann nur sagen, die Kuh, die gemolken wird und schon lange gemolken wurde, wird ausgehungert. Die Frage ist nur, wie lange man diese Kuh noch wird melken können. Es ist daher allen Ernstes notwendig, hier eine gewisse Entlastung auf dem Gebiet des Steuerrechtes insbesondere durch die Reform der Getränkebesteuerung zumindest bei Frühstücksgetränken und in anderen Teilbereichen durchzuführen, wobei ich betonen möchte, daß gerade die fremdenverkehrsintensivsten Gemeinden dieses Landes, wie etwa im oberen Ennstal von Gröbming bis hinauf nach Schladming, dies schon seit immer geradezu als selbstverständlich tun, weil sie wissen, daß eine Höchstbelastung des Fremdenverkehrs letzten Endes auch für die Gemeinde und für die Gemeindekasse zu geringeren Ergebnissen führen müßte. Vor der Tür steht das Bewertungsgesetz: Wenn diese Novelle zum Bewertungsgesetz von der Parlamentsmehrheit so beschlossen werden sollte, wie das der Herr Finanzminister vor hat, dann würde das zum Teil eine mehrfache Erhöhung der Einheitswerte mit allen Folgekosten für die Fremdenverkehrswirtschaft mit sich bringen. (Abg. Loidl: „Jawohl!“) Ich kann nur hoffen, lieber Kollege Loidl, daß das nicht so wird. (Abg. Loidl: „Ich habe jawohl gesagt!“) Ich habe gemeint, du hast mich gerade kritisiert. Danke!

Ein besonderes Anliegen der neuen Sektionsleitung Fremdenverkehr in der Handelskammer ist auch, daß man in Richtung einer flexibleren Arbeitszeitregelung kommt. Einer Regelung, die auf die Besonderheiten der saisonalen und tageszeitlichen Nachfrageschwankungen und auf die notwendigerweise langen Öffnungszeiten Rücksicht nehmen kann. Es soll dabei niemandem Sozialpolitisches genommen bzw. soll niemand schlechter gestellt werden, aber es kommt eben der Gast dann, wenn er kommen will. Dann will er auch bedient werden und nicht nur dann, wenn eben

nach unserer starren Arbeitszeitregelung gerade der Betrieb geöffnet ist. Wichtig wird es auch sein, und man wird weiter verhandeln, es sind Verhandlungen in die Wege geleitet über die Modernisierung der Jugendbeschäftigungsbestimmungen. Auch hier betone ich immer wieder, um nicht mißverstanden zu werden, daß das niemals gegen die Bestimmungen zum Schutz von Gesundheit und Leben der jungen Menschen laufen kann und darf, aber es ist doch mehr Flexibilität dort notwendig, wo es eben nicht schadet. Dann schließlich keine Beschränkungen und Belastungen des dualen Berufsausbildungssystems, wobei das für uns kein Dogma ist. Es ist nur so, daß in der bisherigen Wirtschaftsgeschichte doch der Beweis erbracht wurde, daß die duale Berufsausbildung die beste, praxisnächste und auch erfolgreichste ist. Und schließlich soll die Flexibilität bei Ferienterminen erhalten und zum Teil noch verbessert werden. Ich weiß nicht, ob es diesem Hohen Haus bekannt ist, daß heuer schon vom Westen Österreichs her der Ruf laut wurde und die Bestrebungen sehr in Gang gesetzt wurden, eine einheitliche Semesterferienwoche im Winter zu erreichen. Wir haben mitgeholfen, diese Entwicklung zu verhindern. Ich hoffe auf Dauer, aber der Westen hat die Bestrebungen mit Rücksicht auf die Urlaubszeiten eben in Deutschland; nur für unseren steirischen Fremdenverkehr wäre das ein riesiger Verlust. Die Teilung dieser Semesterferien, ich bitte mitzuhelfen, die muß bleiben. Schließlich ist es ein wesentliches Anliegen der gewählten Fremdenverkehrsvertretung, wie sie hier wörtlich schreiben, „für eine gesunde Umwelt vorzusorgen“. Ich glaube, das ist auch unser aller Anliegen, und wenn es auch viel kostet, es sind dies die bestausgegebenen Kosten, und wenn die Umwelt zerstört ist, ist nicht nur der Fremdenverkehr kaputt, ist die Lebensqualität von uns allen weg, und auch die übrige Wirtschaft kann in einer kranken Umwelt mit Sicherheit nicht gedeihen.

Die Verbesserung des Förderungssystems, wobei der indirekten steuerlichen Förderung gegenüber der direkten Förderung der Vorzug gegeben werden soll, ist ein weiteres Anliegen der Fremdenverkehrswirtschaft, das man – glaube ich – unterstützen sollte. Die Schaffung eines steiermärkischen Landesfremdenverkehrsgesetzes als Grundlage für verbesserte Organisations- und Werbemaßnahmen im steirischen Fremdenverkehr ist ein weiteres Anliegen. Schließlich der Ausbau der Beratungsinstrumentarien der Handelskammerorganisation, das ist sozusagen unser hausinternes Problem, das wir ständig natürlich wesentlich verbessern müssen. Zur Durchsetzung dieser Zielsetzungen gehören die Bedeutung und die Probleme des Fremdenverkehrs sowohl in der Öffentlichkeit als auch kammerintern verstärkt darzustellen. Schließlich geht es um den Ausbau der Zusammenarbeit mit dem Landesfremdenverkehrsamt, dem Steirischen Landesfremdenverkehrsverband und sonstigen Fremdenverkehrsorganisationen, wie zum Beispiel Regionalverbänden und Fremdenverkehrsvereinen, durch verschiedene Maßnahmen, die aufgezählt sind, die ich aber nicht verlesen möchte. Ich möchte nur sagen, daß bei der Vielzahl unserer fremdenverkehrsfördernden Institutionen und Organisationen, die an sich gut ist, sehr oft die Gefahr besteht, und in der Vergangenheit ist das mehrmals passiert, daß es hier zu einer Doppel-

geleisigkeit kommt, manchmal zu einer Dreigeleisigkeit, die nicht gut ist bei der Werbung, die niemandem etwas bringt und die sich oft gegenseitig bremst. Ich habe in dem Zusammenhang vor allem auch unserem Landesrat Dr. Heidinger zu danken (Beifall bei der ÖVP.), daß er sehr wesentlich zur Koordination dieser Entwicklung in der Steiermark beigetragen hat.

Schließlich ist ein besonderes Anliegen, daß Bemühungen ständig aufrecht bleiben zur Hebung der Qualität der steirischen Fremdenverkehrsbetriebe, wieder aufgezählt durch eine ganze Menge von Maßnahmen, die ich nicht bekanntgeben brauche. Die Mitgliederbetreuung, vor allem in der Richtung, daß die Betriebe qualitativ verbessert werden, liegt auf der Hand.

Und zu dem Kapitel abschließend eine Feststellung: Sehr, sehr wichtig für die Fremdenverkehrsinteressenvertretung ist die Nachwuchsausbildung. Die Förderung der Fremdenverkehrsschulen des Steirischen Hotelfachschulvereines sowie der Landesberufsschule in Bad Gleichenberg durch den Ausbau des Schulgebäudes vor allem auch für die Höhere Lehranstalt für Fremdenverkehrsberufe. Ich konnte vorgestern hier schon darüber sprechen und früher auch schon einmal, das Land hat ja bekanntlich ein Drittel der Baukosten, die in nächster Zeit entstehen werden, übernommen, mit etwa 10,5 Millionen Schilling in fünf Raten. Wir werden sehr bald gezwungen sein, diesen Bau in Angriff zu nehmen, weil der Zugang gerade zu dieser Schulform besonders hoch ist, wie überhaupt die Fremdenverkehrsschulen noch immer voll sind. Und ich habe für diese Hilfe seitens des Landes Ihnen allen, insbesondere aber dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer und dem zuständigen Landesrat Dr. Heidinger, zu danken. (Beifall bei der ÖVP.) Es sind die Schulen mit den modernsten Unterrichtsmitteln auszurüsten, laufend zu modernisieren, und im übrigen ist auch verstärkter Kontakt mit den jungen Menschen notwendig, was verständlicherweise insbesondere ein Anliegen der praktizierenden Gastwirte und ihrer Vertreter in der Handelskammer sein muß, wobei natürlich diese gesamte Förderung des Schulwesens auch der Handelskammerorganisation und den Fachgruppen der Gastronomie und Hotellerie jährlich sehr viel Geld kostet. Insgesamt, Hohes Haus, ist daraus ersichtlich, daß es den Gastwirten selbst völlig klar ist, daß ihre wirtschaftliche Entwicklung schwieriger geworden ist, daß sie aber gewillt sind, die Herausforderung künftiger Entwicklungen anzunehmen und zu meistern.

Ich wünsche abschließend allen Beteiligten, vom Herrn Landesrat Dr. Heidinger angefangen bis zum kleinsten Gastwirt, hierzu viel Initiative, viel Optimismus, der wahrlich notwendig ist, und viel Erfolg. Wir können ihn sicher brauchen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Wegart:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Brandl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Brandl:** Herr Präsident, Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Neu – Touristikbombe: Rainer Friedl geht! Das ist eine der Schlagzeilen in der heutigen „Kleinen Zeitung“. Nach Traffler, nach Schmied, nach Dr. Pögl nun auch Rainer Friedl.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man wäre fast zu der Aussage verleitet, daß unsere Manager im Landesfremdenverkehrsverband schneller wechseln als unsere Gäste in den Betten. Ich bedaure außerordentlich, daß ein Mann – wenn diese Zeitungsmeldung stimmt – wie Rainer Friedl, der vor kurzer Zeit unter vielen anderen Bewerbern als ausgesprochen guter Mann ausgesucht und eingesetzt wurde, nun das Handtuch wirft und in die Schweiz geht. Er selbst hat den Ausdruck gebraucht: „Ich habe mir meine Möglichkeit der Zusammenarbeit anders vorgestellt.“ Das sind eigentlich keine guten Vorzeichen, unter denen ich meine Überlegungen zum Fremdenverkehr beginne. Ich werde diese Überlegungen kritisch, aber optimistisch gestalten, meine Damen und Herren.

Die Entwicklung im Fremdenverkehr in Österreich genauso wie in der Steiermark ist weitgehend von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst. Das gilt im Inland, das gilt im Ausland, und wenn man weiß, daß die Steiermark das Inländerfremdenverkehrsland Nummer eins ist, dann kann man besonders schätzen, daß in unserem Lande Wirtschaftsfakten, wie Beschäftigungspolitik, Lebensstandard und dergleichen, im Vergleich zu vielen anderen Ländern weit besser sind. Und dann darf man auch vielleicht einmal hinzufügen, daß auch die sozialen und arbeitsrechtlichen Errungenschaften in unserem Lande, wie die Erhöhung des Mindesturlaubs, ein sehr wesentlicher Beitrag zur Stützung des Fremdenverkehrs sind. (Beifall bei der SPÖ.) Denn wir spüren ja jede Krise sehr deutlich, wenn auch nicht sofort, mit etwas Zeitabstand, aber wir spüren sie. Ich kann Ihnen das ja sehr deutlich am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland sagen. Der Sommerreiseverkehr aus der Bundesrepublik ist von 1980 bis 1984 um 10 Millionen Nächtigungen geringer geworden. Die Krisenerscheinungen allgemein und die Krisenerscheinungen besonderer Art in der Bundesrepublik haben dazu beigetragen. 1980 noch 45 Millionen Nächtigungen, 1984 35 Millionen Nächtigungen, die erwähnten 10 Millionen Nächtigungen sind eine Senkung um 23 Prozent.

Und hier an dieser Stelle, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ja auch die Frage nach den Ursachen berechtigt. Es liegt eine sehr interessante Studie vor. Außer den Krisenerscheinungen, die es im allgemeinen gibt, hat sich auch eine grundsätzliche Änderung des Urlaubsverhaltens bemerkbar gemacht. Diese Frage wird immer mehr ein Generationsproblem; das Reiseverhalten ändert sich. Die Nachkriegsgeneration hat andere Vorstellungen über das, was die Vorkriegsgeneration von Urlaub, Erholung und auch zusammen mit Leistung in diesem Zusammenhang hatte. Die Kinder von einst, die mit den Eltern damals in die Berge gegangen sind, einfachere Quartiere bevorzugt haben, diese Kinder sind inzwischen groß geworden, und diese Kinder, diese heutigen Urlauber muß man ja sagen, die wünschen sich etwas anderes. Der Marktanteil Österreichs – jetzt international betrachtet – im Fremdenverkehr sinkt.

Ich darf Ihnen vier Zahlen sagen: Österreich hat 1975 noch einen Marktanteil von 15,1 Prozent, 1984 einen Anteil von 9,7 Prozent. Italien, ein Konkurrenzland auf diesem Gebiet, 1975 einen Anteil von 8,8 Prozent und 1984 13,2 Prozent. Man sieht aus dieser Entwicklung sehr deutlich, was ich vorhin gesagt habe, daß Werte

von einst nicht mehr das sind, wie wir uns das heute vorstellen, daß halt der Süden – sicheres Wetter, Sehnsucht nach fernen Ländern, und das könnte man fortsetzen – bei der Jugend heute einen ganz anderen Stellenwert hat als Vorstellungen, die eben wir insgesamt noch haben und vor allem gehabt haben.

Nach diesen grundsätzlichen Aussagen zum steirischen Fremdenverkehr: Ich möchte vorweg sagen: Wir haben eine Menge von Problemen. Mit einem habe ich ja eingeleitet, aber wir haben andererseits auch eine Fülle von Chancen. Das möchte ich auch dazusagen.

Zu den Problemen – einiges davon hat Kollege Dr. Dorfer schon aufgezählt – gehört zweifellos, daß die Steiermark auch in Betrachtung und im Verhältnis zu anderen Bundesländern eine zu geringe Bettenauslastung hat. Wir haben beispielsweise nur 3 Prozent der Gemeinden, wo wir eine 50prozentige Bettenauslastung erreichen, und die sinkt bis in Promilleprozent herab, möchte ich fast sagen. Wir haben andererseits eine zu geringe Anzahl gehobener Kategorien von Gaststätten und Hotels. Es zeigt sich immer deutlicher, daß diese gehobenen Kategorien eigentlich die Schwierigkeiten viel leichter überwunden haben und daß die Haupteinbrüche in den unteren Kategorien, vor allem in den Privatzimmern, festzustellen waren. Wir haben – und das ist eine sehr entscheidende Frage, meine Damen und Herren – zu wenig Mittel für Werbung und Angebotsgestaltung. Ich sage das immer mit den deutschen Wörtern, das ist mir lieber als Marketing. Aber dazu etwas später.

Und nun zu den Chancen unserer Fremdenverkehrspolitik in der Steiermark. Wir sind sicher ein Land der Vielfalt wie wenig andere Bundesländer. Wir haben, wie Kollege Dr. Dorfer gesagt hat, nur ganz wenig Gebiete, wo es bereits Übererschließungen gibt, die eine gewisse Gefahr für einen Tourismus werden können. Wir haben großteils noch eine heile Umwelt, und wir haben damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch die Möglichkeit für den sogenannten sanften Tourismus, eine Möglichkeit, die uns unter Umständen, wenn wir es geschickt verstehen, neue Urlauberschichten bringen könnte, die wiederum ihre eigenen Vorstellungen über die Gestaltung ihrer Erholung in diesem sanften Tourismus haben. Das heißt, alles auf einen Nenner gebracht, wir müssen mehr bessere – und was vor allem sehr entscheidend ist –, wir müssen originellere Angebote in unserem Fremdenverkehr zusammenbringen. Und hier bin ich eigentlich bei der Kernfrage der Fremdenverkehrspolitik. Ich habe eingeleitet, welche Schwierigkeiten, welche Probleme es gibt, und jetzt geht es um die Frage, wie werden wir diese Umstellung und diese Anpassung an diese neuen Marktgegebenheiten, die wir ja überall an allen Ecken und Enden spüren, wie werden wir diese Umstellungen bewältigen? Die Förderungsansätze für den Fremdenverkehr im ordentlichen Haushalt sind ungefähr gleichgeblieben wie im heurigen Jahr, also für das nächste Jahr 3 Millionen Schilling Erhöhung ist ja keine so beachtliche Zahl, es ist schon zu schätzen, wenn nicht gekürzt wird. Das muß man ja auch dazusagen. (Landesrat Dr. Heidinger: „Du bist der Finanzspezialist, wir sind uns da immer einig!“) Ja, im Arbeitsplatzförderungs- und Strukturprogramm des außerordentlichen Haushaltes sind für das Jahr 1986 statt 5 Millionen 7,5 Millionen Schilling

eingesetzt. Das ist immerhin auch etwas, mit dem man etwas anfangen kann, vor allem als Marketing-Sonderprogramm. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, darüber sind wir uns auch einig, daß wir mit diesen Mitteln allein die heranstehenden Probleme nicht erfüllen können. Es steht außer Streit, daß viel geschehen ist. Und ich möchte hier einfügen, ich gehöre nicht zu jenen, die sagen, dort ist ein Minister unfähig, dort muß eine Regierung abtreten, weil sie unfähig ist, sondern ich billige jedem, der an verantwortungsvoller Stelle steht zu, daß er sich nach besten Kräften bemüht, seine Aufgabe zu erfüllen. Ich glaube, so dienen wir dem Lande besser (Beifall bei der SPÖ.), und so soll man auch anerkennen, was im Rahmen der finanziellen Gegebenheiten möglich ist. Bettenaktion beispielsweise, Privatzimmer, Komfortzimmer, dort liegen wir besonders schwierig, dort sind die Mittel beachtlich verbessert worden. (Abg. Kröll: Aufarbeitung des dreijährigen Rückstandes!) Das wollte ich nicht sagen, weil da kommt Ihr ein bißchen in Schwierigkeiten bei den Dingen, das wollte ich nicht so hier ausbreiten. Aber es ist ja sehr viel geschehen, es ist völlig richtig, wir sind auf das Laufende gekommen. Das ist sehr wertvoll, weil man sich dann für die Zukunft etwas leichter tut. Wir wissen, daß Qualitätsverbesserung absoluten Vorrang hat, daß ganz entscheidend auch die Werbung und die Angebotsgestaltung sind, und das Entscheidende sein wird, daß wir viel stärker als bisher zu regionalen Aktivitäten kommen werden müssen; weil ganz einfach die Landeswerbung diesen Bereich nicht voll ausfüllen kann. Sie kann es weder finanziell, das ist die erste Frage, sie kann es aber auch wegen der Vielfalt nicht, weil diese großen Unterschiede bestehen und wir das Land regional in seinen Eigenheiten besser verkaufen wollen.

Und jetzt, meine Damen und Herren, das werden Sie ja sicher erwartet haben, bin ich also dort, wo ich in den vergangenen Jahren immer gewesen bin. Ich bin ja ein Mensch, der weiß, daß man in der Politik Geduld braucht, ungeheure Geduld bei gewissen Dingen, das muß ich auch dazusagen. Jahrzehnte haben wir schon über ein notwendiges ... (Landesrat Dr. Heidinger: „Hans, das ist das Fremdenverkehrsgesetz!“) Der Herr Landesrat hat es erraten, jawohl! Ich habe es wollen spannend machen und hätte Sie wollen im Ungewissen lassen, aber er hat es erraten. Aber ich muß es wiederholen, es ist das Fremdenverkehrsgesetz. Ja, meine Damen und Herren, es ist ja schwer mit der ÖVP. Und wenn ich nicht so ein gestandener Politiker wäre, müßte ich ja sagen, es ist zu verzweifeln mit der ÖVP (Beifall bei der SPÖ.), da wird immer so geredet von der ungeheuren steirischen Kraft und von dieser ganzen steirischen Breite, die alles überdeckt hat, alles überdeckt. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Laß dich ja nicht verwirren Brandl!“) Und dann haben wir, Herr Landeshauptmann, ein Fremdenverkehrsgesetz, hätten wir gerne, wo wir alle wissen, daß es notwendig ist, und da beweist die steirische ÖVP eine Mutlosigkeit, eine Ratlosigkeit – es gäbe noch viele Wörter in der deutschen Sprache, wo ich sie ganz einfach nimmer verstehen kann. (Abg. Dr. Dorfer: „Gut Ding braucht Weile!“) Auch vor allem – lassen Sie mich das noch sagen – deshalb nicht verstehen kann, denn ich habe mir ja eingebildet, damals, Herr Dr. Dorfer – ja, er sitzt dort –, wie er das erste Mal – ich glaube, vor zwei Jahren – gesagt hat, „und nun werden wir uns für ein

steirisches Fremdenverkehrskonzept einsetzen“, habe ich mir gedacht, Kammeramtsdirektor, gewichtigste Persönlichkeit in diesem Bereich, nun ist das Eis gebrochen. Das habe ich mir gedacht gehabt, ja! Und dann geht es weiter: Ich will nicht mehr von dem Wechsel reden, das ist irgendwo schon verfllossene Milch schön langsam (Abg. Dr. Dorfer: „Brandl, der Teufel sitzt immer im Detail!“), aber als letzten Endes der Herr Landesrat Dr. Heidinger gekommen ist, hat er von sich aus – ich billige zu – in ehrlicher Überzeugung gesagt, „dieses Fremdenverkehrsgesetz wird kommen“. Das war beim Amtsantritt, ist nachzulesen, wer neugierig ist und wer es nicht mehr weiß. Und dann das Dritte: Dann haben wir in einer Budgetberatung, Finanz-Ausschuß, Landtag, einen gemeinsamen Resolutionsantrag beschlossen, wo wir alle Parteien, wir haben keine Schwierigkeiten gehabt mit Euch, die Freiheitlichen habe ich jetzt gemeint, wo wir da der Meinung waren, sehr rasch zu einem steirischen Fremdenverkehrsgesetz zu kommen. Und dann hat es eine sehr gründliche und sachliche Diskussion auf dem Landesfremdenverkehrstag des vorigen Jahres gegeben, und selbst für mich ein bißchen überraschend einstimmig die Forderung der dort Delegierten, also der Praktiker in der Fremdenverkehrswirtschaft, endlich einmal diese finanzielle Grundlage zu schaffen, und endlich einmal die Funktionäre in der Fremdenverkehrswirtschaft davon zu befreien, daß sie mühsam durch ihre Region betteln müssen, um diese Beträge aufzubringen, die ganz einfach notwendig sind zur Erfüllung regionaler Aufgaben, aber auch zur Erfüllung von Landesaufgaben. Das habe ich mir gedacht. Aber die Mühlen mahlen anscheinend doch etwas langsamer, denn Sie wissen alle, damit wäre ja letzten Endes die finanzielle Basis für eine regionale Entwicklung geschaffen. Experten haben uns ja ausgerechnet, daß dieses Gesetz so bei 40 bis 50 Millionen Schilling bringen würde. Das wäre ja etwas, wo wir etwas tun könnten, unsere neuen, unsere originellen Ideen besser im Inland und auch im Ausland zu verkaufen.

Noch etwas muß ich Ihnen sagen. Und das ist jetzt das Eigenartige: Wir haben viele Diskussionen geführt, und es trennt uns ja nichts Wesentliches. Wir haben in den Grundsätzen Übereinstimmung zwischen den beiden Fraktionen, wie das geschehen soll, wie man das aufbaut, wie man das auch erträglich gestaltet. Das gehört ja auch dazu. Das ist selbstverständlich, wie man aber andererseits doch auch die Fremdenverkehrswirtschaft selbst einbindet, selbst einmal einen Beitrag zu leisten und dann mit Hilfe des Landes das Nötige dazu zu tun, um wirklich zu einer besseren Entwicklung zu kommen. Wir haben ja großteils Übereinstimmung. Und daher ist es unverständlich. Allerdings (Abg. Dr. Dorfer: „Der Teufel liegt immer im Detail, gerade bei einem solchen Gesetz!“), meine Damen und Herren, kann ich Ihnen hier eine ganz kleine Neuigkeit verkünden. Ich habe erfahren, daß die Landesfremdenverkehrsabteilung nun amtsintern einen Entwurf ausgesendet hat, der gar nicht schlecht sein dürfte – ein bißchen was habe ich davon gehört. Ja, nicht zur allgemeinen Begutachtung – das möchte ich auch gleich sagen –, weil das zu schnell gegangen wäre. (Abg. Dr. Dorfer: „Es wird ein gutes Gesetz werden!“) Ja, ja, genau! Das wäre zu schnell gegangen. Bei dieser amtsinternen Begutachtung hat man einen Termin mit 30. Juni gesetzt. Dreimal dürfen Sie



raten, warum der 30. Juni? (Abg. Dr. Dorfer: „Warum nicht?“) Das ist völlig klar! Schauen Sie, sein tut es ja immer so – das ist ja das Schicksal der Sozialdemokratie –: Was wir verlangen, wo wir zuerst belächelt werden und alles mögliche gesagt wird – in zehn Jahren schreibt es dann die ÖVP auf ihr Konto. Das ist unser Problem. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Dorfer: „15 Jahre!“ – Abg. Dr. Maitz: „Aber gar so geschlagen schaut ihr nicht aus!“) Na, da hat es 15 Jahre gedauert. Da kann man nichts machen, so kleine Zeitunterschiede spielen ja keine Rolle.

Meine Damen und Herren, ich sage ja nur, daß es schade ist um die Zeit. Das ist die Problematik. Weil wir ja letzten Endes alle zusammen wissen: Die Situation wird nicht besser, die anderen schlafen ja nicht. Heute gibt es ja eine beinharte Konkurrenz von den anderen Bundesländern her, es gibt die Konkurrenz weltweit – man braucht sich ja nur anschauen, was da los ist –, und da wäre es ja wirklich schade, wenn wir nicht die nötigen Voraussetzungen treffen, nur weil sich halt die Österreichische Volkspartei mit so viel Kraft und mit solcher Breite nicht traut, vor den Landtagswahlen ein so entscheidendes Gesetz zu bringen. Herr Landeshauptmann, das verzeihe ich Ihnen nicht ganz, das muß ich Ihnen sagen. (Beifall bei der SPÖ. – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das tut mir sehr leid, das geht mir sehr nahe!“) Ich glaube es ja! Weil ich ja den Verdacht nicht ganz losbringe, der Herr Landesrat Dr. Heidinger ist ja doch ein nüchterner Politiker – ein Banker –, der weiß, zuerst muß ein Geld her, und dann kann ich etwas tun. Daß er – glaube ich – das getan hätte, aber dann ist halt der große Auftrag gekommen. Was kann man machen? Na ja, schön ist etwas anderes. Es wird jetzt niemandem von euch gelingen, das so zu begründen, daß diese Verzögerungen Notwendigkeiten sind. Das wird niemandem gelingen, das muß ich euch sagen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Landesrat Dr. Heidinger wird das schon erklären!“) Ja, ja!

So, meine Damen und Herren, ich habe die Zeit so ungefähr – glaube ich – eingehalten und möchte zum Schluß noch einmal sagen, daß wir sicher in unserem Lande Chancen haben. Wir haben landauf, landab tüchtige Menschen in der Fremdenverkehrswirtschaft, die mit allen ihren Kräften alles tun, um mit den Problemen zu Rande zu kommen. Aber sie brauchen unsere Unterstützung, sie brauchen eine sinnvolle Unterstützung. Und ich habe schon gesagt: Wir sind ein Land mit einer Vielfalt, wie es wenige Regionen in Europa gibt. Der Satz ist nicht von mir, er ist aus dem CA-Bericht, wo sehr deutlich über den steirischen Fremdenverkehr gesprochen worden ist. Und was wir brauchen – und das wird neben dem Gesetz notwendig sein –: neue Ideen, vor allem im Regionalbereich, um uns besser verkaufen, besser vermarkten zu können. Wir brauchen natürlich auch längerfristige Strategien und mehr Kontinuität an der Führungsspitze. Das Karussell darf nicht mehr so weitergehen, sowohl in der Regierungsverantwortung als auch in der Fremdenverkehrsverantwortung. Dort muß ein bißchen Ruhe eintreten, und dort müssen gute Leute auf den richtigen Platz, und die muß man dann auch entsprechend arbeiten lassen. Dazu soll letzten Endes ein Gesetz mit entsprechenden finanziellen Möglichkeiten die Grundlage schaffen, um all das auch verwirklichen zu können. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Wegart:** Ehe ich die Sitzung unterbreche, darf ich mitteilen, daß der Raumordnungs-Ausschuß sofort im Nachbarraum zu seinen Beratungen zusammentreten soll.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung von 13 bis 14 Uhr.)

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und teile dem Hohen Haus mit, daß der Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 773/4, Beilage Nr. 99, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Raumordnungsgesetz 1974 geändert wird (Steiermärkische Raumordnungsgesetz-Novelle 1985), beraten hat und antragstellend dem Hohen Haus berichten kann.

Ich schlage im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hohen Haus vertretenen politischen Parteien vor, diese Regierungsvorlage als Tagesordnungspunkt 7 auf die Tagesordnung zu setzen.

Gemäß Paragraph 27 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist hiezu die Zustimmung von zwei Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtages erforderlich. Gleichzeitig wäre von der Einhaltung der im Paragraph 31 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages vorgesehenen Auflagefrist Abstand zu nehmen.

Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kröll. Ich erteile es ihm.

**Abg. Kröll:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 7 der heutigen Budgetverhandlung, die Diskussion über die Wirtschaftsgruppe, zeigt die aktuelle Problemstellung in der Landwirtschaft genauso – und hat sie schon gezeigt, sie wurde schon durch meine beiden Vorredner Dr. Leopold Dorfer und Hans Brandl deutlich gemacht – wie im Fremdenverkehr, und sie wird sicherlich noch in bezug auf industrielle oder gewerbliche Wirtschaft aufgezeigt werden.

Es ist daher, sehr geschätzte Damen und Herren, über die Entwicklung und Bedeutung des Fremdenverkehrs wegen der aktuellen Problemstellung wirklich einiges hinzuzufügen. Der Herr Kollege Brandl hat seine Rede damit begonnen, indem er eine aktuelle Schlagzeile von heute als Einstieg wählte. Die vorgegebene Redezeit wäre allein für Organisation oder, wenn man will, für Personaldiskussionen oder, wenn man will, für neue Verkehrsmethoden oder für Trends allein für diese große Aufgabe schon ausgefüllt. Aus dieser Berichterstattung – und wegen der Anwesenheit des Betroffenen, Herrn Rainer Friedl, möchte ich es auch sagen – kann ich nur das entnehmen, was drinnensteht, daß er sich wieder für die Schweiz entschieden hat. Persönlich weiß ich keinen Grund, warum? Wir haben mehrere Begegnungen gehabt. Ich zuletzt eine sehr erfreuliche auch in Berlin, in jeder Weise, auch im menschlichen Bereich, aber er hat scheinbar doch als gelernter Hotelier und durch seine familiäre Bindung in die Schweiz durchaus auch Gründe für seinen Schritt. Das ist seine Sache, ich möchte aber nur sagen: Ich selber weiß in dieser Zeit

seiner Tätigkeit keinen Grund, daß man nicht gut, vernünftig und entsprechend gut gemeinsam arbeiten konnte. Ich möchte das gerne sagen, für ihn und seine Arbeit, die hier war.

Die Problemstellung des Fremdenverkehrs ist aber – wie gesagt – nicht nur von einer personellen Entscheidung abhängig oder durch eine solche zu diskutieren. Die Budgetansätze in der Gruppe 7, meine Damen und Herren, für das Jahr 1986 erlauben uns die Feststellung, daß der steirische Fremdenverkehr und die Fremdenverkehrspolitik mit Schwerpunktbildung fortgesetzt werden kann, ja, in wichtigen Bereichen verstärkt wurde. Gelang es doch anlässlich des Gastwirtstages in Murau durch ein großes Engagement auch des Herrn Landeshauptmannes persönlich und die Bemühungen unseres Landesrates für den Fremdenverkehr Dr. Helmut Heidinger, in Zeiten, wo es nicht einfach ist, Budgetaufbesserungen zustande zu bringen. Im einzelnen wurden die Zahlen schon genannt, ich brauche das aus Zeitgründen nicht wiederholen.

Meine Damen und Herren! Das, was heute für die Landwirtschaft und auch für die Industrie gilt, muß auch für den Fremdenverkehr gelten. Ich würde mich daher auch wirklich sehr freuen, könnte man trotzdem auch den Problemen des Fremdenverkehrs jene Aufmerksamkeit schenken, die die Landwirtschaft und die Industrie und die Sorgen, die damit verbunden sind, auch voll und ganz verdienen. Denn auch im Fremdenverkehr ist es generell viel schwieriger geworden. Das gilt für den ganzen Alpenraum insgesamt, im Sommer speziell; automatische Zuwächse an Nächtigungen gibt es überhaupt nicht mehr, und es sind der Verkauf und die Werbung in verstärktem Maße von geschulten Fachleuten, amtlichen Managern oder Mitarbeitern – wenn man das schönere Wort gebrauchen will – zu tragen. Diese Damen und Herren, die sich diesem Berufe zueignen, müssen viel Einsatzfreude haben, einen großen Fleiß entwickeln und auch ein großes Herz für diese schwierige Arbeit im Fremdenverkehr aufbringen.

Nun, wie hat die Steiermark punkto Gästenächtigungen im Sommer 1985 und im gesamten Fremdenverkehrsjahr 1984/85 abgeschnitten: Ich weiß schon, meine Damen und Herren, die Nächtigung alleine ist zwar das vordergründig ins Auge Springende, sie ist aber nur eine magische Zahl. Kaufkraft, Ankünfte etwa sind andere Zahlen; sie sind mitunter sogar bedeutender als die Nächtigungsaussage allein.

Aber bleiben wir bei der Nächtigungsaussage, damit wir uns mit dieser Zahl auseinandersetzen. Der Sommer, meine Damen und Herren, hat den Trend in Österreich, der schon längere Zeit anhält, er war nur etwas unerkannt, leider Gottes weiter verstärkt. Der Sommer brachte in Gesamtösterreich einen Rückgang um 2,6 Prozent, während die Steiermark um 1,8 Prozent hier deutlich besser liegt als Gesamtösterreich. Also mit diesem Ergebnis kann man durchaus zufrieden sein, auch bei kritischer Betrachtung. Es könnte besser sein, natürlich! Ein Plus wäre uns noch viel lieber, da sind wir uns alle einig. Aber wenn man hier nicht am Schluß, sondern in der Mitte liegt, es gibt bessere, aber auch schlechtere Bundesländer, muß man das sagen. Es kann nicht alles im Lande schlecht gewesen sein. Im Gesamtergebnis allerdings liegt es

nicht ganz so günstig. Hier ist der österreichische Wert 0,8 und der steirische 1,8. Leider Gottes auch beides im Minus zu sehen. Im Bundesländervergleich dürfen wir daher im Sommerhalbjahr als sechstbestes Bundesland zufrieden sein, immerhin liegen Bundesländer wie Oberösterreich, wo seit vielen Jahren auch ein Gesetz ist, hinter uns mit minus 3,7 Prozent, oder Salzburg, meine Damen und Herren, ein ganz klassisches Land mit den Sommerfestspielen, mit Mozart und so weiter, mit minus 4,3 Prozent, oder gar Tirol, wo es überhaupt immer heißt, Geld spielt keine Rolle, ist hier mit 4,4 Prozent in der Sommerentwicklung an letzter Stelle. Die Glanzlichter in dieser Sommerentwicklung liegen im Städtetourismus, und daher hat auch Wien hier ein besonders gutes Ergebnis zu verzeichnen. Sie sehen also, meine Damen und Herren, Licht und Schatten liegen hier sehr nahe beisammen.

Ich möchte mich als Bürgermeister von Schladming und als Vertreter der Dachstein-Tauern-Region natürlich nicht nur mit diesem an sich erfreulichen Sommerergebnis für die Steiermark allein beschäftigen. Ich möchte gerne hinzufügen, daß schon im Bezirk Liezen mit minus 3,3 Prozent gesamt, gegenüber Steiermark gesamt 1,7 Prozent, oder, wenn wir den Sommer nehmen im Bezirk Liezen mit 4,9 Prozent gegenüber 1,8 Prozent Steiermark, schon die Probleme wesentlich größer und deutlicher werden. Hier kann man sagen, je weiter man in dieser Regionalbetrachtung nach Westen kommt, umso mehr sind wir bei den oberösterreichischen und bei den Salzburger und Tiroler Ergebnissen. Es hat sicherlich auch tiefere und mehrere Ursachen. Der Bezirk Liezen würde mich noch nicht so nachdenklich stimmen, wäre nicht die engere Kernregion, die Dachstein-Tauern-Region, noch schlechter. Die liegt schon ganz bei diesen Werten um die 6 Prozent herum. Hier ist es nur ein kleiner Trost, daß die Stadt Schladming mit 3 Prozent wieder etwas besser liegt, und obwohl in der Minusbewegung, haben wir – das ist das Los einer Statistik, wie man das spielen kann – noch nie den dritten Platz in der Steiermark gehabt. Heuer haben wir ihn, und trotzdem reden wir über eine Minusentwicklung und Rangverbesserung. Das ist wirklich ein schlechter Trost. Ich sage es nur, weil Sie heute die Statistik mit den Gesamtergebnissen ausgeteilt bekommen haben.

Meine Damen und Herren, wir müssen noch zwei Dinge genauer ansehen. Wir haben nämlich bei dieser Betrachtung des Nächtigungsrückganges eine Zunahme bei den Ankünften um einen Prozent. Es sind ja nicht weniger Leute zu uns gekommen. Sie kommen aber kürzer, zum Teil ist auch die ganze Meldegeschichte wegen kürzerer Aufenthalte auch ein Problem, und wir haben, meine Damen und Herren, eine nicht unwesentliche Unterscheidung. Wir haben bei den Inländernnächtigungen eine Abnahme von minus einem Prozent, und wir haben bei den Ausländernnächtigungen minus 3 Prozent, und bei den Inländern fällt besonders die Abnahme der Wiener Gäste ins Gewicht. Und das spielt für uns eine große Rolle, und daher freut es mich ganz besonders, das ist schon ein Vorgriff auf spätere Punkte meiner Rede, daß hier ein Schwerpunkt gesetzt wird, wie wir im Präsidium hören konnten für Wien und für die ausländischen Gäste. Das ist auch deshalb besonders dramatisch bei uns, weil die Bundesrepublik einen überproportionell hohen Anteil aller Ausländergäste hat. Das ist besonders in der

Dachstein-Tauern-Region enorm hoch ausgeprägt. Die Zunahmen, die man wieder mit großer Freude registrieren kann, sind zum Beispiel die der Holländer mit 8,8 oder die der Ungarn mit 27 Prozent. Das macht es jetzt unter dem Strich noch nicht aus, weil die Menge noch fehlt. Aber der Trend ist interessant, daß es hier doch gelingt, auch ein neues Publikum anzusprechen.

Da der Sommerfremdenverkehr Ergebnisse gebracht hat, die wirklich nicht erfreulich sind, wurden daher unter den Betroffenen Gespräche geführt, und zwar unter den Partnern, die den Fremdenverkehr in ihrer Gesamtheit ausmachen, – das beginnt beim Bauern mit dem Urlaub am Bauernhof, beim Privatzimmervermieter, bei den Gemeindeleuten, bei den Vereinen, bei den Verbänden, beim Landesverband, bei der Landesregierung, beim Referenten. Alle zusammen, vor allem auch die Wirtschaft, Hotellerie, Gastronomie usw. haben sich zusammengesetzt und gesagt, wie kann das weitergehen, was ist ein Trend, liegen wir falsch, was sollten wir für die Zukunft tun?

Meine Damen und Herren, das ist aus meiner Sicht ein sehr erfreuliches Zeichen, und ich darf mich hier bei Herrn Landesrat Dr. Heidinger dafür herzlich bedanken, daß man sich sofort auch von der Spitze des Verbandes, von der Spitze des Fremdenverkehrsamtes, von der politischen und der beamteten Spitze auch dieser Diskussion sofort gestellt hat, immer wieder geschaut hat, was können wir gemeinsam an Unterlagen beistellen, Erfahrungsaustausch sammeln, um den Trend zu stoppen und auch wieder einen Gegentrend herauszuarbeiten. Diese wichtigen Grundlagen und Fachmeinungen wurden uns immer wieder gerne zur Verfügung gestellt. Ich glaube, in diesem Zusammenhang sei es besonders erwähnt, wenn auch manches drinnen steht, was nicht jeder immer gerne hört, aber ich sage Ihnen ganz offen und ehrlich, es ist manches auch zu einseitig und überzeichnet dargestellt durch die Präsentation dieser berühmten Gästebefragung. Aber bitte, man muß zuerst überhaupt einmal wissen, wie der Gast aus 1985 über die Angebotsmöglichkeit und über das, was er vorfindet und erwartet hat, denkt. Und wenn man das weiß, ob es paßt oder nicht paßt, dann kann man schauen, was kann man dazusagen, wie sieht es aus unserer Sicht aus oder was kann man ergreifen, um dem einen oder anderen Rechnung zu tragen. Ich glaube daher, es ist ein ganz, ganz wichtiger Beitrag, daß außer der Allgemeinbeurteilung und der Allgemeinbefragung bundesweit, eine solche Spezialbefragung für die Steiermark und wiederum eine Regionalisierung in mehreren Regionen und Orten zusätzlich vorgenommen wurde. Das ist ein ganz erfreulicher Schwerpunktaspekt der bisherigen Fremdenverkehrspolitik, die auch hier der Herr Landesrat Dr. Heidinger mit seinen Mitarbeitern eingeleitet hat. Ich glaube, man kann aus dieser Situation vieles wissen. Die Ratschlüsse daraus und den richtigen Weg zu ziehen, da gehört natürlich realistischer Wirtschaftssinn, aber auch die Erkenntnisse, von denen auch der Hans Brandl gesprochen hat und Dr. Leopold Dorfer, daß sich auch im Trend etwas verändert hat. Daß wir es mit anderen Menschen heute zu tun haben, die zu uns vor allem im Sommer auch auf Tourismus kommen.

Ich möchte daher aus meiner Sicht folgende Dinge klarer zum Ausdruck bringen. Der Sommergast ist

kritischer geworden. Er erwartet einerseits eine intakte Landschaft und Umwelt, besonders junge Gäste im Sommer, andererseits eine sehr gehobene Infrastruktur, vor allem für jenen Gast, der der Fitneßwelle, der Gesundheitswelle nachgeht und auch einiges für seine Gesundheit oder, besser gesagt, vorbeugend für das Nichtkrankwerden oder die Überforderung im Berufsleben tun will. Immer stärker spielt auch eine kritische Beobachtung des Preis-Leistungs-Verhältnisses eine große Rolle. Das ist aber bei weitem nicht nur eine Frage des Preises allein, sondern das ist in erster Linie eine Frage der Leistung und der Qualität. Durchaus kommt auch in dieser Studie zum Ausdruck, daß für gute Qualität und gute Leistung der Gast sehr wohl bereit ist, auch einen entsprechenden Preis zu zahlen. Unter „entsprechend“ ist zu verstehen, wenn das Verhältnis stimmt.

Verehrte Damen und Herren! Auf eines können wir in besonderer Weise stolz sein im Steirerland – in erster Linie erwartet der Gast nach wie vor, und daran hat sich erfreulicherweise nichts geändert, und das sehe ich als unsere ganz große Chance und Stärke an, Freundlichkeit, Herzlichkeit, Wärme und persönliche Ansprache nach wie vor, Gott sei Dank. Und gerade in diesen Werten wird der Steiermark hohe und höchste Benotung beschieden. Sowohl die Landschaft wie die Menschen, wie die Eigenart sind etwas, wo wir unter den Bundesländern einen Spitzenwert einnehmen. Diesen Wert – glaube ich – müssen wir erhalten und ausbauen, aber auch durch eine Vermarktung hinausbringen. Ich möchte nur ein Wort dazusagen, daß wir gerade jetzt gemeinsam mit dem Herrn Landesrat Dr. Heidinger – es war auch der Messepräsident Dipl.-Ing. DDr. Götz teilweise dabei – bei der Weihnachtsbaumaktion in Berlin wieder besonders verspüren konnten, daß diese steirische Note ankommt. Das wollen sie auch, das nehmen sie uns auch ab. Da sagen sie auch: „Bitte sehr, das ist noch natürlich, das kann man glauben“, und so weiter. Die Zeit reicht nicht.

Ich möchte auch auf die steirische Eigenart an Produkten hinweisen, die man noch viel stärker herausstellen sollte. Es beginnt beim Speisezettelkonzipieren. Da spielt natürlich auch der steirische Welschriesling eine ganz große Rolle. Auch ein steirisches Markenzeichen. Das haben wir sehr gerne eingeführt. Die Touristen greifen danach. Das ist auch ein sehr wichtiger Beitrag für unsere Landwirtschaft im Süden. Da können wir Exporte für steirische Agrarprodukte betreiben, wenn internationale Gäste steirischen Wein trinken, noch dazu den guten Welschriesling. Ganz ein wichtiger Aspekt. (Abg. Brandl: „Das ist eine Abwertung!“) Oh, nein, durchaus nicht, weil wir auch gerne einen besseren Gast haben, der auch noch eine Flasche Wein kauft. Das ist keine Abwertung, aber wir wollen uns um solche Gäste bemühen, die auch nach dem Essen noch eine Flasche Wein trinken. Wir wollen uns sehr um sie bemühen.

Für den Sommer besonders wichtig – und das ist auch aus regionaler Sicht, bitte, von mir zu sagen – der unbedingt vorrangige Ausbau der Pyhrnautobahn, und zwar wurde bei der Straßendebatte alles gesagt – vor allem auch der Herr Kollege Erich Tschernitz und Richard Kanduth haben aus meinem Bezirk ausführlichst dazu Stellung genommen –, aber bitte, wir wissen aus der Sommergastentwicklung, daß der Som-

mergast gerade auf die Lärmbelastung so sehr reagiert. Und was sich hier durch das schmale Ennstal und auch zum Teil durch das Salzkammergut an schweren Überlandsbrümmern Nord-Süd, von einem Meer zum anderen durchwälzen muß, weil die Pyhrnautobahn nicht durchgeht, obwohl sie, wenn sie ausgebaut wäre, um 60 Kilometer kürzer ist und man Zeit gewinnt und das ganze Gebiet von Salzburg durch das Salzkammergut oder Ennstal erst gar nicht befahren müßte, meine Damen und Herren, ist ein ganz großer, wichtiger Aspekt für unsere regionale Fremdenverkehrsentwicklung im Sommer. Ich möchte daher alles, was in der Straßendebatte gesagt wurde, und besonders diesen Aspekt aus Fremdenverkehrsgründen dreifach unterstreichen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Ich habe das letzte Mal schon gesagt, daß es natürlich nicht förderlich sein kann, wenn wir einen Schießplatz haben. Aber damit ist heute Schluß, denn ich habe schon mehrmals darüber gesprochen. Das ist auch ein Faktor.

Meine Damen und Herren, es wurde hier im Hause aber besonders bei Natur und Umwelt über die guten Chancen gesprochen, die es im Lande gibt, einen Nationalpark in den Niederen Tauern zu bekommen. Ich darf Ihnen sagen, daß gerade die Erwartung von intakter Landschaft heute bei den Gästen im Sommer einen so hohen Stellenwert hat, vor allem beim neuen Publikum, bei den jungen Gästen, daß wir eine solche Prädikatisierung ganz einfach brauchen, daß man weiß, eine solche Gegend gibt es. Da brauche ich nicht viel dazusagen, denn jeder weiß, unter vielen schönen Landschaften ist halt der Nationalpark oder ein Naturpark eine herausragende Schönheit. Und allein um eine solche Prädikatisierung geht es. Infrastruktureinrichtungen sind ebenfalls notwendig, und die Raumplanung hat sich gerade jetzt als ganz, ganz notwendig erwiesen, weil die Frage nach intakter Landschaft immer stärker wird.

Über die Kultur wurde gesprochen. Hier, meine Damen und Herren, ist aus regionaler Sicht die Bedeutung von Schloß Trautenfels besonders zu erwähnen. Die Arbeit von Professor Haiding bis heute ist ein wichtiger Kulturbeitrag für unsere Fremdenverkehrsentwicklung und für das Brauchtum sowie für den Heimatpflegebereich.

Über Sport und Fremdenverkehr wurde schon gesprochen.

Und nun natürlich finanzielle Mittel und organisatorische Möglichkeiten: Das ist selbstverständlich ein Bereich – der andere hat ja weniger Geld gekostet –, der auch Geld kostet. Das ist natürlich mit einem Gesetz zu klären, und darüber haben wir heute schon manches und auch Neues gehört. Ich kann mich einmal auf das berufen, daß bei der letzten Präsidiumssitzung der Herr Landesrat Dr. Heidinger uns – wir waren ja beide anwesend – gesagt hat, daß er noch in diesem Jahr einen offiziellen Entwurf in die interne Begutachtung bringt. Du sagst, daß das schon geschehen ist. Ich freue mich, daß es soweit ist. Ich habe nämlich jetzt bei dir, lieber Hans, nicht genau gewußt, ob du dich heute gefreut oder weniger gefreut hast, daß es nun da ist. Ich sage, wir freuen uns beide (Abg. Brandl: „Langsam gefreut, würde ich sagen!“), daß es das gibt, und es ist eine wirkliche Notwendigkeit – das darf ich auch dazusagen –, weil damit das Fundament

für die örtliche, regionale und landesweite Fremdenverkehrsarbeit gelegt wird.

Meine Damen und Herren! Die große Herausforderung ist der Bergsommer. Dieser Idee müßte man sich wirklich anschließen. Es ist ein Thema der Alpenländer geworden, was sich aus dem Bergsommer entwickelt. Wir müssen Werte ergründen, wir müssen Werte für den alpinen Raum, für den Urlaub in den Bergen neu artikulieren und damit in einen offiziellen Wettstreit mit den Argumenten des Meeres gehen. Vielleicht soll man in der Werbung auch sagen, daß man auch in den Bergen braun werden kann, nicht nur am Strand und vieles andere mehr.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß kommen und Ihnen folgendes sagen: Es sind viele Bemühungen unternommen worden, in einer schwierigen Aufgabe auch neue Wege zu gehen: an Organisation, an Einbau von neuen Formen. Es sind viele Menschen dabei am Werk, ich habe die natürlichen Partner schon genannt. Ich glaube, wir sind am richtigen Weg. Es ist nur eine mühsame und eine schwere Aufgabe. Gemeinsam werden wir sie aber schaffen – davon bin ich überzeugt –, und in diesem Sinn dem steirischen Fremdenverkehr für die Zukunft ein kräftiges Glückauf! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Wegart:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ofner. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ofner:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Meine Vorredner haben sich schon sehr eingehend über die Wichtigkeit des Fremdenverkehrs und über seine Auswirkungen unterhalten. Ich möchte dies noch mit einigen Zahlen verstärken und ergänzen, denn der Fremdenverkehr ist ein ganz, ganz wesentlicher Bestandteil unserer Wirtschaft und trägt sehr wesentlich zur Arbeitsplatzsicherung bei. 250.000 Menschen sind durch den Tourismus beschäftigt, davon 190.000 unselbständig Erwerbstätige. Der Tourismus in Österreich trägt zirka 10 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei, wobei gesagt werden muß, daß es etwa der höchste Satz innerhalb aller OECD-Staaten ist. Interessant ist dabei vielleicht auch, daß die Einnahmen aus dem Ausländertourismus 50 Prozent höher sind als die Einnahmen aus dem Maschinenexport. Im Jahre 1984 haben 3.142.000 ausländische Gäste in Österreich übernachtet; das waren zirka 1,4 Prozent weniger als im Jahre 1983. Die Inländernachtungen betragen für das Jahr 1984 5.563.000; das ist auch genau ein Minus von 1,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Steiermark hat bei der Übernachtung bei weitem nicht so gut abgeschnitten. Im heurigen Jahr dürfte sich – es ist heute ja schon angesprochen worden – etwa ein Minus von 1,8 Prozent bis 2 Prozent ergeben. Daher ist es, glaube ich, wichtig, daß man dem Fremdenverkehr ein ganz besonderes Augenmerk schenkt. Regional gesehen sind die Zuwächse oder die Abgänge ja grundsätzlich verschieden. Auch die Auslastung der Beherbergungsbetriebe ist sehr unterschiedlich. Es konnte festgestellt werden, daß die gastgewerblichen Beherbergungsbetriebe, vor allem die A- und B-Betriebe, in letzter Zeit wesentlich mehr an Bedeutung zugenommen haben als Privatunterkünfte trotz allgemeiner Abnahme im Fremdenverkehr. Der Rückgang

bei minderwertigen Unterkünften, also bei C- und D-Quartieren, nimmt weiterhin ständig zu. Daher glaube ich, ist es richtig, daß im Budget 1986 etwa drei Millionen Schilling für die Komfortbettenaktion enthalten sind. Es muß in Zukunft sicherlich mehr auf Komfort und auf eine bessere Qualität Rücksicht genommen werden. Genauso wäre es daher wichtig, daß diese Aktion auch in den nächsten Jahren, Herr Landesrat, weitergeführt wird. Überhaupt glaube ich, daß durch eine Verbesserung des touristischen Angebots die Erschließung einkommensstärkerer Schichten erfolgen könnte und dies als geeignete Maßnahme für eine wachsende, für eine wachstumororientierte Tourismuspolitik angesehen werden kann. Es ist verständlich, daß je niedriger das Einkommen des Urlaubsgastes umso höher die Preisempfindlichkeit ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der zweite Aspekt: Was mir sehr wichtig erscheint, ist die regionalwirtschaftliche Bedeutung, auf die man ganz besonders achten soll. Das soll heißen, daß gerade diese Problemregionen – und hier möchte ich den Bezirk Murau mit einflechten oder die Bezirke Radkersburg, Feldbach, Deutschlandsberg und andere mehr, die nicht die Möglichkeit haben, Industriebetriebe zu besitzen oder neue Betriebe anzusiedeln – die Möglichkeit haben sollen, sich im Fremdenverkehr besonders zu betätigen. Alle diese Problemregionen haben eine wunderschöne Landschaft, eine reine Umwelt, eine saubere Luft aufzuweisen. Und wenn ich den Bezirk Murau noch einmal zitiere, so hat dieser Bezirk – das geht auch den anderen ganz gleich – eine Arbeitslosenrate von etwa 8 Prozent im Jahresdurchschnitt und in den Wintermonaten eine Arbeitslosigkeit von 15 Prozent und mehr. Im heurigen Winter werden es sicherlich um einige Prozentpunkte mehr sein. Die durchschnittliche Pendlertätigkeit beträgt zirka 55 Prozent und in manchen Gemeinden geht das bis etwa 75 Prozent. Die arbeitenden Menschen müssen täglich weite Anfahrtszeiten zu ihren Arbeitsstellen auf sich nehmen. Und auf Grund dieser Zahlen und dieser Schwierigkeiten ist es verständlich, daß immer mehr junge Menschen aus diesem Bezirk abwandern und ihr Heil in einer Großstadt suchen. Die Möglichkeit, Lehr- und Arbeitsstellen zu bekommen, wird immer geringer. Die einzige Chance, meine Damen und Herren, ist für solche Regionen der Fremdenverkehr. Diese Gebiete brauchen aber, und das möchte ich besonders erwähnen, im besonderen Maße die Hilfe des Landes. Sie sollten und müssen, wenn man ihnen eine Chance geben will, eine spezielle Förderung erhalten. Ganz egal, ob es hier sich um eine finanzielle Hilfe handelt oder durch besondere Projekte – und hier möchte ich Loipersdorf als Vorbild nehmen – oder vielleicht durch eine besondere Werbung hier geholfen wird. Ohne Unterstützung des Landes kann es keinen Aufschwung geben, und die derzeitige Situation wird sich sicherlich noch mehr verschlechtern. Es wird einfach notwendig sein, daß die Finanzierung örtlicher Werbeaktivitäten im Tourismus verbessert wird. So soll aber auch die Mittelaufbringung durch örtliche Fremdenverkehrsämter beziehungsweise -verbände gesetzlich geregelt werden, meine Damen und Herren. Nun, darüber ist heute schon von meinem Vorredner und ganz besonders von meinem Kollegen Brandl gesprochen worden. Es gibt

nach wie vor kein Fremdenverkehrsgesetz und daher wird, und davon bin ich überzeugt, diese Regelung und die Mittelaufbringung noch sehr lange auf sich warten lassen. Trotz oftmaliger Ankündigungen des Herrn Landesrates Dr. Heidinger ist bis jetzt auf diesem speziellen Gebiet nichts – ich würde sagen – fast gar nichts geschehen. Ein Manager gab dem anderen die Hand, das war wohl alles. Dieses Debakel wird sich sicher wahrscheinlich bis zu den kommenden Landtagswahlen noch hinausziehen. Ich habe manchmal auch das Gefühl, meine Damen und Herren, daß viele Veranstaltungen, die in letzter Zeit abgeführt werden, zum Beispiel der steirische Gastwirtetag in Murau, eine reine politische Veranstaltung für viele Leute war und überhaupt mit Fremdenverkehr nichts zu tun hatte. (Abg. Pörtl: „Das gibt es ja nicht!“) Sehr wohl, lieber Kollege. Du warst ja leider nur am Anfang ganz kurz dort und dann nicht mehr, und folgedessen kannst du leider nicht sagen, wie es wirklich weitergegangen ist. Ich war ja bis zum Ende dort. Es wird notwendig sein, meine Damen und Herren, daß endlich ein Fremdenverkehrskonzept erstellt wird. Nach vielen Jahren der Einarbeitung, Herr Landesrat Dr. Heidinger, könnte und müßte es wirklich höchste Zeit sein, die notwendige Hilfe, die die Problemregionen und das Land Steiermark brauchen, wird weiterhin wahrscheinlich ausbleiben. Der steirische Fremdenverkehr wird weiterhin, wie einmal die „Kleine Zeitung“ als Überschrift gesetzt hat, ein „schlummernder Riese“ bleiben. Davon bin ich überzeugt. (Beifall bei der SPÖ. – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Eine sehr pessimistische Interpretation!“)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

**Abg. Mag. Rader:** Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Wir haben vor zwei Tagen vereinbart, daß die Hauptredner in den einzelnen Gruppen uns 20 Minuten strapazieren und alle anderen zehn Minuten. Ich habe heute nur bei dreien mitgestoppt. Der Herr Abgeordnete Buchberger hat statt 20 Minuten 38, der Herr Abgeordnete Zellnig statt 20 40 Minuten, der Herr Abgeordnete Kröll statt 10 22 Minuten geredet. Seit heute spätestens weiß ich, daß in der Steiermark die Uhren wirklich anders gehen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ziemlich spät, das haben wir gar nicht erwartet!“ – Abg. Dr. Maitz: „Manche kommen früher drauf, manche später!“)

Meine verehrten Damen und Herren! Ich habe immer Uhren, die die Uhrzeit normal zeigen, so wie auch in anderen Bundesländern in der ganzen Welt. Aber vielleicht muß ich mir eine eigene Uhr besorgen, die ich dann am Wechsel umändern muß, damit ich woanders pünktlich sein kann. Meine verehrten Damen und Herren! (Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba: „Die Uhr müßten Sie in Wien vor Steger verstecken!“) Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba, auch der Steger weiß, wie die Uhren gehen!

Ich darf mich zu Beginn gleich mit einer Entschuldigung melden. Mit einer wirklichen Entschuldigung. Ich habe in der Generalrede irrtümlich, aber nicht entgegen besseren Wissens, den Herrn Landesrat Dr. Heidinger gelobt und ihm zu seinen Umstrukturie-

rungsmaßnahmen gratuliert. Spätestens seit gestern weiß ich, daß ich mich geirrt habe. Sie finden ja nun doch nicht statt, und ich nehme daher dieses Lob mit einer tiefen Entschuldigung zurück. Wissen Sie, meine Damen und Herren, der Herr Landesrat Dr. Heidinger will ja an sich schon ein öffentliches Lob, nur Kritik möchte er nicht. Ich lese nämlich jetzt, im September hat er geschrieben, Kritik spricht man, wenn sie ehrlich gemeint ist, am besten unter vier Augen aus. Das ist eine völlig neue Situation, Herr Landesrat, daß man unter vier Augen kritisieren darf und loben öffentlich. Lassen wir es dabei, diskutieren wir öffentlich aus, wie es weiter geht. Wissen Sie, ich habe nämlich diesen Irrtum, den ich bei der Generaldebatte begangen habe, aus der „Kleinen Zeitung“ vor etwa drei Wochen entnommen, weil dort ist nämlich skizziert worden, daß Sie nunmehr endgültig die Organisation so einteilen wollen, daß ein aus der Privatwirtschaft kommender Manager wirklich ohne viel Hemmnisse arbeiten kann. Das hat mich riesig gefreut, weil das habe ich im August auch schon gemeint. Sie haben es damals zwar als inkompetent bezeichnet. Aber macht nichts, lassen wir es weg. Das haben Sie übrigens auch nicht unter vier Augen getan, Herr Landesrat, sondern in einer Presseaussendung. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist ja der Sinn der Zeitung!“) Ja, ich nehme das ja zur Kenntnis. Ich habe nichts gegen Kritik. Aber wie gesagt, spätestens seit gestern weiß ich, daß das nicht funktionieren wird, und es ist mir daher seit gestern bekannt, daß der Herr Friedl gehen möchte. Seit heute allerdings entnehme ich erst der Zeitung – und das ist mir wirklich neu –, daß Sie die Absicht gehabt haben, Herr Landesrat – und das wollte ich nachfragen –, diese Tatsache, die eigentlich für den steirischen Fremdenverkehr und sein Management schon sehr wesentlich ist, möglichst bis Ende des Jahres oder immerhin bis über den Landesfremdenverkehrstag hinaus geheimzuhalten. Das würde heißen, Herr Landesrat, daß Sie die Absicht gehabt hätten, heute in dieser Budgetdebatte dieses Haus nicht zu informieren und es im Glauben zu lassen, daß es so weitergeht. Verehrter Herr Landesrat, seien Sie mir nicht böse, ich will Sie ja um Gottes Willen nicht mit Ihren Damen und Herren vergleichen, die Sie im Nationalrat haben, aber wenn das ein Minister in der Bundesregierung so gehandelt hätte, dann hätten Sie zumindest eine dringliche Anfrage, wenn nicht einen Abwahantrag gestellt. Das ist nämlich Ihre Vorgangsweise in einer solchen Situation. (Abg. Kröll: „Vielleicht hätte er es uns heute mitgeteilt!“) Ja, er wird Gelegenheit haben, jetzt zu sagen, daß er es ohnehin mitteilen hätte wollen, und damit ist die Geschichte ja wieder erledigt.

Meine Damen und Herren, der Herr Landesrat hat in eben diesem Artikel im September, den ich schon zitiert habe, völlig zu Recht festgestellt, daß die Steiermark mit anderen Bundesländern in der Fremdenverkehrswirtschaft nicht vergleichbar ist. Er hat damals Tirol zitiert, und er meint, daß man dort, wo so viel Fremdenverkehr ist, natürlich ein anderes Verhältnis hat als etwa in der Steiermark. Ich stimme dem an sich zu, nur der Ansatzpunkt, meine Damen und Herren, ist für mich eigentlich ein anderer, weil ich glaube, daß die Steiermark deshalb nicht mit anderen Bundesländern vergleichbar ist, weil wir jene Fremdenverkehrsgesinnung, die Gesinnung gegenüber dem Gast, noch

nicht in jenem Maße entwickelt haben, wie es notwendig wäre. Sie wissen, es ist ein Steckenpferd von mir, ich reite es jedes Jahr und ersuche wirklich, daß wir auch von der Politik her beispielgebend vorgehen. Wenn wir die Statistik nehmen, die heute freundlicherweise ausgegeben worden ist, dann könnte man ergänzend zu dem, was der Kollege Kröll getan hat – der nämlich ein Ost-West-Gefälle gesehen hat, nur eine Ausnahme ist jene spezifische Region, aus der er selbst kommt –, folgendes sagen: In jenen Bereichen, in denen es einen relativ hohen Fremdenverkehr gegeben hat, was auch zu einer bestimmten Saturiertheit geführt hat, sind die Rückgänge viel deutlicher als in jenen Bereichen, wo man aufbauen wollte und sich wirklich bemüht hat. Das könnte man zum Beispiel mit folgenden Ziffern sagen: Gewonnen hat bekanntlich Fürstenfeld mit 36.000; okay, bitte, da kann man sagen: Loipersdorf plus Bemühungen und so weiter; Leibnitz 34.000, die Stadt Graz etwa 21.000, Radkersburg 20.000, Leoben, Feldbach. Abnahmen im Bezirk Liezen mit über 120.000 Gästen, Bruck an der Mur minus 37.000, Murau, von dem gerade so viel die Rede war, mit 26.000. Das könnte auch ein Ansatzpunkt sein. Nicht zuletzt – und daher wage ich ja diese – (Abg. Pörtl: „Ankünfte und Nächtigungen bitte zu unterscheiden!“) Nein, ich rede von den Nächtigungen. Wenn du, bitte, in der Statistik die Seite 2 nimmst, du hast nur bis zur Seite 1 gelesen, dort sind die Ankünfte. Es ist die Seite 2.

Ich würde diese These nicht wagen, meine Damen und Herren, wenn nicht aus jener Studie, die heute auch schon hier zitiert wurde, nämlich der Gästebefragung, hervorgegangen wäre, daß an erster Stelle der Wunschliste der Gäste die freundliche, warme Atmosphäre für den Gast ist, an zweiter Stelle der Wunsch nach einem herzlichen Willkommen und erst dann all die anderen Punkte kommen: Umwelt, möglichst frei, lässige Kleidung, gutes Essen und, und, und. Daher nehme ich noch einmal daraus den Beweis für mich, daß wir uns in der Steiermark bemühen müssen, auch durch das Management, auch durch die vielen Fremdenverkehrsverbände und Vereine mehr Gesinnung gegenüber dem Gast herbeizuführen.

Meine Damen und Herren, ich will sonst die Ziffern im wesentlichen nicht zitieren. Der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer hat einen interessanten Aspekt herausgearbeitet, der mich etwas skeptisch macht. Es ist richtig, daß wir in der Steiermark eine Verlagerung vom Sommerfremdenverkehr zum Winterfremdenverkehr haben. Es ist die Frage, ob wir diesen Trend, meine Damen und Herren, mit aller Gewalt verstärken sollten, weil – und auch das hat Dr. Dorfer und auch Brandl, wenn ich mich richtig erinnere, völlig zu Recht gesagt – die ökologischen Probleme, die sich durch eine endgültige Entwicklung des Winterfremdenverkehrs mit dem totalen Vollausbau ergeben, irreparabel sind, und wir sollten uns ersthaft überlegen, ob wir hier mit aller Gewalt weitermachen sollen.

Meine Damen und Herren, jetzt lande ich bei dem einen Thema, das ich am liebsten deshalb nicht ansprechen möchte, weil ich es nicht so exzellent zelebrieren kann, wie es der Herr Abgeordnete Brandl gekonnt hat, nämlich bei der Frage des Fremdenverkehrsgesetzes. Mein Gott, lieber Kollege Brandl, du hast beim Resolutionsantrag natürlich keine Probleme



mit uns gehabt; wir haben ihn ja gestellt, daher war das kein Problem. Ich würde auch hier ein Zitat des Landesrates Dipl.-Ing. Riegler aufgreifen wollen, das er in der heutigen Debatte gegenüber Murer verwendet hat. Ich würde es abgewandelt so nennen: Ich würde mich in dieser Frage nicht sehr mit dem Landesrat Dr. Heidinger beschäftigen, weil er an sich ein armer Mensch ist, er kann sich in seinem Bereich in dieser Frage nicht durchsetzen. Wie ich zu dieser These komme, auch wenn es überall immer wieder bestritten wird? Schauen Sie, meine Damen und Herren, natürlich ist es nicht lustig, ein Fremdenverkehrsgesetz zu beschließen, wo mehr Menschen als jetzt mitzahlen müssen. Selbstverständlich ist das nicht lustig. Wenn die „Tagespost“ selbst am 20. Juni 1984 die Geschichte so bezeichnet, daß das „Mitzahlergesetz“ noch lange nicht beschlossen ist – „Fremdenverkehrsfinanzierung vorerst nur ein Entwurf“ –, dann heißt das ja, daß man schon frühzeitig im Entwicklungsprozeß dieses Prozesses schon alle möglichen darauf hinweist: „Du wirst zahlen müssen, du wirst zahlen müssen, du wirst zahlen müssen.“ Auch der Herr Landesrat Dr. Heidinger schreibt ja in seiner Geschichte im September, wo er einen Arzt herausnimmt und fragt: „Um Himmels Willen, wie soll ich denn den Arzt dazu bringen, hier mitzuzahlen?“, wobei er noch gar nicht weiß, was herauskommt. Ich weiß, meine Damen und Herren, das ist die Problematik, und das sind die Schwierigkeiten, die es gibt. Da werden wir noch viel arbeiten müssen, damit wir zu diesem Fremdenverkehrsgesetz kommen.

Und jetzt zur Frage mit dieser internen Begutachtung. Bitte, sind Sie mir nicht böse, eine interne Begutachtung ist in Wahrheit nichts, absolut nichts. Da gibt es einen Entwurf, und da schauen ihn andere Mitarbeiter an. Nicht einmal eine Begutachtung im normalen Begutachtungsverfahren sagt irgendwas davon aus, daß dieses Gesetz überhaupt jemals beschlossen werden wird. Der Herr Kollege Brandl hat das hier so mit: „Das Leid der Oppositionspartei“ – zumindest in einer bestimmten Frage sind Sie hier gelegentlich Oppositionspartei – geschildert. Wie das halt so ist, wie man die Dinge durchsetzt, und es dauert halt so lang, und zum Schluß war es ja doch wieder derjenige, der vorher nichts getan hat. Wissen Sie, ich kann Ihnen gerne sagen, wann Dinge beschlossen werden, auf die man lange drängt: Wenn derjenige, der sie zu machen hat, nicht mehr weiter weiß. Das war bei all den vielen positiven Dingen, die es jetzt gibt, so, zum Beispiel: Objektivierung der Personaleinstellungen. Na selbstverständlich, weil der Druck auf die Aufnahmen so groß ist, daß man auch unter den Parteifreunden nicht mehr selektieren kann. (Abg. Dr. Hirschmann: „Das Recht haben Sie nicht, Herr Kollege!“) Genauso bei der Objektivierung der Direktoren. Es gibt so viel Parteidirektoren, daß man auch dort nicht mehr allein selektieren will, sondern plötzlich objektive Richtlinien haben will. (Abg. Kröll: „Man kann nicht zuerst sagen, ihr macht es nicht aus Parteigründen, und dann, ihr macht es aus Parteigründen!“) Das war beim Landesrechnungshof so. Na, wie die Skandale so groß geworden sind, daß man nicht mehr weiter wußte, hat man den Landesrechnungshof gemacht und, und, und, und, meine Damen und Herren! (Abg. Kröll: „Das ist ein Widerspruch, zu sagen, wenn es nicht gemacht wird, wegen der Partei,

und wenn es gemacht wird, auch wegen der Partei!“) Lieber Kollege Kröll, die besten Entscheidungen trifft ihr erst dann, wenn ihr mit eurem Latein am Ende seid. Das ist die Realität, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine verehrten Damen und Herren, jetzt in zwei Sätzen zu dem, was schon angeschnitten worden ist. Ich bin froh, daß es im nächsten Jahr von allen Gebietskörperschaften mehr Mittel für den Fremdenverkehr geben wird, sowohl von Landesseite als auch von Bundesregierungsseite. Auch hier hat man aufgestockt. Das ist vernünftig so. Da müssen wir weitermachen, und ich bin auch sehr froh, daß selbst in der Steiermark hier dargelegt wurde, daß im Jahre 1984 und 1985 die Zusammenarbeit im Rahmen der Bürger eine positive war. Das ist gut so. Da werden wir weitermachen können. Vor allem wenn wir sehen – und das ist auch ein Ergebnis der Statistiken –, daß wir in Graz nun doch mit dem Fremdenverkehr und Kongressfremdenverkehr weiterkommen. Da bin ich bei einer Problematik, die ganz einfach zur Ausweitung des Kongressfremdenverkehrs dazu gehört, zu der ich doch einige Sätze sagen möchte. (Abg. Pörtl: „Herr Kollege Mag. Rader, die Uhren gehen bei dir auch anders!“) Bitte? Meine Uhren gehen goldrichtig. Ich bin noch unter 20 Minuten, falls du mitgestoppt hast.

Und da bin ich zum Schluß bei einem Thema. Außerdem, wenn der Kollege Buchberger 40 Minuten redet, dann erlaubst du mir, daß ich 21 Minuten rede, in aller Bescheidenheit. (Abg. Dr. Hirschmann: „Er hat auch etwas zu sagen gehabt!“) Er hat lang zu sagen gehabt. Das ist richtig. Möglicherweise zu lang zu sagen gehabt. (Abg. Dr. Hirschmann: „Hoffentlich hat er noch lange etwas zu sagen, das wird nicht von euch abhängen!“) Und da bin ich schlußendlich bei einem Thema, das zum Kongressfremdenverkehr ganz einfach dazu gehört, das ist die Frage der flexiblen Ladenöffnungszeiten. Meine Damen und Herren, es ist gestern eine Umfrage von der Arbeiterkammer veröffentlicht worden, bei der die Handelsangestellten befragt wurden, wie sie sich zu flexibleren Öffnungszeiten stellen. Da haben 43 Prozent nein gesagt, ich sage nur 43 Prozent. Da haben 22 Prozent zugegeben, daß dies etwas flexibler möglich wäre, und 18 Prozent, der große, wirklich große Anteil von 18 Prozent der Handelsangestellten haben gesagt, daß eine völlige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten möglich wäre. Ich sage Ihnen, ich bin positiv überrascht von diesem Ergebnis. Dasselbe, meine Damen und Herren, gibt es auch im Bereiche der Wirtschaft. Da hat etwa der Ring freier Wirtschaftstreiber vor kurzem eine Umfrage gemacht, die in etwa dasselbe Ergebnis ergeben hat. 60 Prozent zwar nein, aber 25 Prozent – also ein Viertel der Geschäftsleute dafür, daß man wirklich flexibel werden sollte innerhalb eines bestimmten Rahmens, und 13,2 Prozent, also ebenfalls ein großer Anteil, für völlige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Meine Damen und Herren, das ist doch ein großer Anteil, den man nicht mehr länger verdrängen sollte. Und ich sage Ihnen, ich habe in den letzten Wochen wirklich zwölf Veranstaltungen in Graz gehabt und habe hier gesprochen mit Gewerbetreibenden, mit Handelsangestellten und mit Konsumenten, die ja in der Sozialpartnerschaft nicht vertreten sind. Im wesentlichen hat sich dasselbe Bild ergeben, wie es

sich schon bei einer ganz brandneuen Studie des Ordinariates für Werbewissenschaft und Marktforschung der Wirtschaftsuniversität Wien ergeben hat. Ich will Sie mit Details nicht langweilen. Im wesentlichen das Ergebnis, und das ist die dritte Gruppe, die ich ebenfalls zur Debatte stelle: Zwei Drittel der Konsumenten wollen andere Ladenöffnungszeiten als die, die es jetzt gibt. Meine Damen und Herren! Das muß uns zu denken geben. Da kann das, was der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba jetzt gemacht hat mit diesen vier Mittagen an den vier Samstagen ja nur ein wirklich kleiner Anstoß sein, zu zeigen, daß man überhaupt weiterreden sollte. Da muß man ganz einfach weiterreden, meine Damen und Herren! Aber ich glaube, es wird im wesentlichen nur dann ernsthaft gehen, wenn man eines tut, meine Damen und Herren. Das ist das Schwierige an der Situation. Wir müssen endlich zur Kenntnis nehmen, daß es nicht sinnvoll sein kann, daß zwei Organisationen Ergebnisse verhandeln, die vom ersten bis zum letzten Geschäft, vom ersten bis zum letzten Handelsangestellten Gültigkeit haben können und müssen. Wir müssen zu Ende dieses Jahrhunderts endlich wieder dazu kommen, daß wir akzeptieren, daß der einzelne Gewerbetreibende mit seinen Mitarbeitern sinnvollerweise auf Betriebsebene ausreden kann, was für seinen Betrieb und für die konkreten Arbeitnehmer das Ideale ist. Wir müssen endlich dazukommen, damit beiden die Flexibilität zu geben, die sie brauchen. Ich weiß, daß möglicherweise in einem Einzelbetrieb die Ladenöffnungszeit, die dem Betriebsinhaber als die allerbeste erscheint, nicht die optimalste für seine konkreten Angestellten ist, dann wird man reden können und wird zu einem Kompromiß kommen. Abzulehnen ist aber, daß an der Spitze zwei wissen, was für die Letzten unten und für den Allerletzten am besten ist. Da werden wir ganz einfach auf die Betriebsebene zurückkehren müssen.

Ich glaube, und damit schließe ich ab, daß die Frage der Ladenöffnungszeiten ein Beispiel gefunden hat schon vor etwa eineinhalb Jahrzehnten. Als wir in den Städten begonnen haben, meine Damen und Herren, daran zu denken, ob es vielleicht Fußgängerzonen geben sollte, wo man mit dem Auto nicht hinfährt, hat es ungeheure Proteste gegeben. Ich kann mich noch gut erinnern, die waren der Meinung, in der Herrengasse kauft niemand mehr ein, wenn er mit dem Auto nicht hinfahren kann. Heute gibt es Wünsche auf Ausweitung dieser Fußgängerzonen. Ich bin überzeugt, meine Damen und Herren, wenn man einmal die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten probiert hat, dann werden schlußendlich auch alle dafür sein. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rainer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Rainer:** Frau Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist nicht sehr erfreulich, wenn bei diesem Kapitel die Interessen der Handelsangestellten – und immerhin sind es 40.000 – in dieser Form abgehandelt werden, daß den beiden Sozialpartnern Schuld zugemessen wird, weil sie nicht flexibler in der Vorgangsweise sind, bei der Regelung ihrer Arbeitszeit.

72 Prozent der Beschäftigten im Handel sind Frauen. Frauen mit all den Zwängen, die sich aus ihrem Berufsleben ergeben. Sehr viele davon, und zwar etwas mehr als ein Drittel, sind alleinstehend und haben für Kinder zu sorgen. Kinder, die in Kindergärten unterzubringen sind, Kinder, die sonstwie versorgt werden, ein Ehepartner, der versorgt werden muß. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit würde aber bedeuten, daß sich deren Arbeitszeit so verschiebt, daß sie diesen zwingenden Erfordernissen nicht mehr nachkommen können. Das ist der Grund, warum sich die Handelsangestellten in ihrer Interessensgemeinschaft der Gewerkschaft der Privatangestellten ganz vehement gegen eine Änderung der Ladenschlußzeiten aussprechen. Diese völlig falsche Interpretation der Erhebungen, die heute in den Raum gebracht wurde, sagt ja in Wahrheit nicht aus, was die Handelsangestellten, die tatsächlich für eine sogenannte Liberalisierung sind, wirklich wollen. Die wollen schon, das stimmt, eine Veränderung der Arbeitszeit, aber in folgender Form: durchlaufende Arbeitszeiten, damit man am Abend früher nach Hause gehen kann. Eine Fünftagewoche im Handel, die so ohne weiteres wahrscheinlich nicht machbar sein wird und zusätzliche Regelung der Freizeit, die auch wahrscheinlich bei den heute gegebenen Öffnungszeiten, die im Durchschnitt etwa bei 56 Stunden liegen, nicht machbar sein wird. Wir stehen aber darüber hinaus, meine Damen und Herren, unmittelbar auch in diesem Bereich vor einer Arbeitszeitverkürzung. Und da ergeben sich neue Probleme, neue Fragen der Abdeckung, der größeren Öffnungszeiten und neue Belastungen für diese Beschäftigten. Daher sollte man das tun, was die Sozialpartner veranlaßt haben, auch wenn wir in der Steiermark in einer Detailfrage gescheitert sind. Wir sollten jene Fragen der Ladenschlußregelung in aller Ruhe durch Erhebungen, dann durch Überlegungen einer Regelung zuführen, die bundesweit zu einheitlichen Normen führt. Die aber Regelungen beinhaltet, wo sichergestellt ist, daß die Interessen der Beschäftigten dabei nicht unter die Räder kommen. Und eines bitte sei in aller Deutlichkeit besonders herausgestellt, das, was immer wieder in die Öffentlichkeit gebracht wird, daß es ohnehin möglich sei, daß man die Arbeitszeit des einzelnen verschiebt, das ist vom Arbeitsrecht her nicht machbar, und das ist auch moralisch und auch sonst rechtlich nicht verantwortbar. Ich sage Ihnen auch ganz offen, es ist von den Interessensvertretungen der Arbeitnehmer in keinsten Weise beabsichtigt. Wir verschließen uns nicht grundlegend diesen Überlegungen. Wir haben auch gerade in der Steiermark in der Frage der Öffnung an den vier verkaufsoffenen Samstagen jetzt vor Weihnachten versucht, einen Kompromiß zustande zu bringen. Wir haben es sehr bedauert, daß dies nicht möglich war. Aber dennoch, ich habe erklärt, ich akzeptiere die Entscheidung des zuständigen Referenten, die Entscheidung des Landes, wo die Verordnungsermächtigung liegt. Aber trotzdem, meine Damen und Herren, wir würden hier jeden Widerstand entgegensetzen, wenn die Interessen der Beschäftigten einseitig verletzt würden, und ich gebe es auch der Freiheitlichen Partei zu bedenken, es sind immerhin 40.000 Arbeitnehmer, die davon betroffen sind. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Rader: „Die nicht entmündigt werden wollen!“)

**Präsident Wegart:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dr. Heidinger. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Dr. Heidinger:** Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst darf ich mich herzlich bedanken für die fundierten und zum Teil weit ausgreifenden Betrachtungen zum Fremdenverkehr im allgemeinen und dem steirischen im besonderen. Ich möchte auch einen Grundsatz voranstellen, weil sonst der Eindruck, vor allem für Zuhörer oder in der Öffentlichkeit entstehen könnte, der Fremdenverkehr hängt von Befehlen von oben ab. Auch der Herr Kollege Ofner hat das wieder so deutlich formuliert: Ohne Land geht nichts. Ich bin nicht so eingebildet zu glauben, daß der Fremdenverkehr nicht auch ohne Landeshilfe wachsen könnte. Ich glaube aber, daß der richtige Weg der des „Sowohl-Als-auch“ ist. Eines geht sicher nicht: daß man einer Region den Fremdenverkehr einfach aufkrotyiert, selbst wenn sie landschaftlich noch so schön ist. Wenn die dort Lebenden nicht Fremdenverkehrsgesinnung an den Tag legen, wenn nicht Fremdenverkehrsinfrastruktureinrichtungen, wozu in erster Linie die Unternehmen, die Gastronomiebetriebe, die Hoteliers gehören, vorhanden sind, dann helfen Infrastruktureinrichtungen nichts, und ich möchte kein steirisches Beispiel erwähnen, sondern ich möchte mich nur auf ein Salzburger Beispiel beziehen, wo um rund 60 Millionen Schilling eine Seilbahn gebaut wurde, die dann lächerliche Umsätze erzielt hat, weil sie nicht angenommen wurde. Ich glaube, es muß alles organisch wachsen – sowohl als auch. Das Land hat sich in einer jahrzehntelangen Entwicklung unter meinem Vorgänger im Amte hier kontinuierlich sehr positiv bemüht, und in gleicher Kontinuität bemühe ich mich seit zwei Jahren, seit ich dieses Amt versehe, hier zu helfen und auch ein wenig nach vorne zu schauen. Die Debatte hat ja fast Insidercharakter gehabt: Es haben zwei Abgeordnete gesprochen, die im Präsidium des Landesfremdenverkehrsverbandes vertreten sind, und wir haben immerhin in sechs Präsidialsitzungen mit den Geschäftsführern, mit dem Leiter der Landesfremdenverkehrsabteilung, mit den Vertretern der Sektion, die im Präsidium vertreten sind, die wesentlichen Fragen besprochen und in allen Fragen immer einhellige und einstimmige Beschlüsse gefaßt. Wir haben auch über die Konturen des Fremdenverkehrsgesetzes dort mehrfach berichtet und diskutiert. Daß der Fremdenverkehr schon einige Male im Kreuzfeuer der Kritik stand, ob das nun Übernachtungszahlen oder Personalfragen sind, macht allein noch nicht den Fremdenverkehr aus.

Natürlich erwarten Sie mit Recht, daß ich nun zum sogenannten „Fall Friedl“ etwas sage. Ich glaube, es ist die Entscheidung jedes einzelnen, wenn er aus persönlichen Gründen seinen Berufsweg verändert. Es gibt dazu gesetzliche Normen, vertragliche Normen. Herr Friedl hat dies genau eingehalten, er hat eine Kündigung gemäß Vertrag ausgesprochen und mir auch erklärt, warum er das tut. Er hat die Chance, mit seiner Frau, die eine Schweizerin ist, ein Schweizer Hotel zur Leitung zu übernehmen. Wenn dies aus familiären Gründen der Weg ist, den er in Zukunft gehen will, so haben wir ihm für seine Arbeit in eineinhalb Jahren in der Steiermark zu danken, und es ist ja auch nicht so, wie es aus kritischen Zeitungsmeldungen hervor-

kommt, daß nichts geschehen sei, daß konzeptlos gearbeitet worden sei. Ich glaube, die Herren des Präsidiums – und das sind auch zwei Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag – wissen es da besser.

Selbstverständlich hat mich Herr Friedl auch gebeten – und wir sind übereingekommen –, darüber vorläufig nicht zu reden. Nun, Journalisten haben andere Interessen. Sie haben gesehen, daß man dann eine doch sehr persönliche Sache so darstellt, als würde man hinters Licht führen. Das ist dem Journalisten vorbehalten, ich kann ihn daran nicht hindern, werde ihn daran nicht hindern, aber ich glaube, es ist ein kleiner Unterschied zwischen den Vorgängen, wie sie bei der Entlassung des VOEST-Vorstandes, Herr Abgeordneter, vorgekommen sind. Ich möchte mich dazu im Detail nicht äußern, aber ich erzähle Ihnen dann, wie es zugegangen ist. Das ist – glaube ich – dazuzusagen.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, damit wir zum Positiven kommen: Der steirische Fremdenverkehr sind 8000 gastgewerbliche und Beherbergungsbetriebe, das sind 30.000 Beschäftigte in der Steiermark, Herr Abgeordneter Ofner hat die Österreicherzahlen genannt. Das sind 100.000 Gästebetten, und das sind 2,3 Prozent des steirischen Regionalproduktes, und das sind rund 13 Milliarden Schilling Umsatz. Und aus den 2,3 Prozent des steirischen Regionalproduktes zu dem österreichischen Schnitt von 10 Prozent – Herr Abgeordneter Ofner, das stimmt – ist auch ersichtlich, daß für die Steiermark der Fremdenverkehr in gewissen Regionen und in gewisser Weise und in Berücksichtigung der ökologischen Probleme eine Wachstumsbranche sein kann, und wir wollen natürlich alles tun, daß vor allem in peripheren Gebieten, wie etwa im Bezirk Murau, hier der Fremdenverkehr eine noch größere Bedeutung bekommt. Da ist vollkommene Einhelligkeit gegeben.

Aber wie ich schon sagte: Das Bemühen des einzelnen, der Einsatz jedes einzelnen Gastwirtes und vor allem der Wirtinnen, der Fremdenverkehrsobmänner und natürlich auch die Bemühungen des Landes, eine moderne Fremdenverkehrsinfrastruktur und eine zeitgemäße Beherbergung und Verpflegungsangebote zu schaffen, das ist, was wir alle gemeinsam anstreben. Die Umstellungsprobleme, die angezogen worden sind, die in den kritischen Statistiken mit fallenden Nächtigungszahlen zum Ausdruck gekommen sind, meine Damen und Herren, das ist eben die steirische Vielfalt, die du, Freund Brandl, mit Recht angezogen hast. Es ist ja nicht so, daß dieser statistische Durchschnitt wie über einen Rasen gleich von Schladming bis nach Radkersburg und vom Wechsel bis nach Eibiswald wäre. Wir haben Regionen zum Beispiel – zufällig mein Heimatbezirk, ich kann nichts dafür, ich sage es gleich – mit 20 Prozent Plus-Nächtigungen im Sommerhalbjahr. Warum? Weil einerseits dort die Gastronomie nachgerüstet hat – wenn ich das so sagen will – und auf der anderen Seite, weil das ein Gebiet ist, das „in“ ist, wie man sagt. Wir müssen also die Orts- und Regionalerfolge, die sehr unterschiedlich sind, die aber auch in ganz gleichgelagerten Orten sehr unterschiedlich sind, örtlich durchleuchten, und ich stimme vollkommen mit dir oder auch mit Freund Kröll überein, die also der stärkeren Regionalisierung der Arbeit das Wort redeten. Damit wird auch die Diskontinuität

in der Führungsspitze des Landesfremdenverkehrsgeschäftsführers etwas reaktiviert. Deswegen geht die Welt sicher auch nicht unter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Marketingstrategien, Ertragssicherung und Ertragsverbesserung – das wurde auch von den Debattenrednern hervorgehoben – sind die Aufgaben, denen wir uns zu stellen haben. Und ich möchte nur noch aus der Statistik, weil alles gesagt wurde und ich jetzt aus meinem Referat alles streichen kann – man braucht das nicht zu wiederholen –, einen Punkt hervorheben: Wenn man zeitgerecht eine Chance erkennt, dann kann man überraschende Erfolge erzielen, obwohl ich weiß, daß Relativzahlen natürlich nicht immer etwas aussagen. Wir haben jetzt die Lockerung der Liberalität in Ungarn dazu benützt, intensiv diesen Markt zu bearbeiten, und wir sind nun nach Wien und Niederösterreich das dritte österreichische Bundesland mit starken Zuwachsraten; gut ein Drittel haben die ungarischen Nächtigungen zugenommen. Wir haben bereits eine Fülle von Vorabschlüssen mit ungarischen Reisebüroveranstaltern für die Wintersaison und für den Sommer 1986.

Seitens des Landes wurden im vergangenen Jahr rund 110 Millionen Schilling an Förderungsmitteln für den Fremdenverkehr für Betriebe, Vereine, Regionalverbände eingesetzt und auch für die Landeswerbung.

Und zum Vergleich: Im Jahr 1950 waren es 700.000,- Schilling. Die erste Statistik 1952/53 weist knapp drei Millionen Nächtigungen auf. In der Zeit haben sich die Nächtigungen verdreifacht, das Budget für den Fremdenverkehr hat sich mehr als verzehnfacht, ohne Fremdenverkehrsgesetz. Mit diesem Geld wurde doch einiges erreicht!

Und im Vorjahr haben wir vor allem im Kreditbereich das, was ich versprochen habe, realisieren können. Ich bin sehr glücklich, daß das gelungen ist, und ich möchte den damit befaßten Mitarbeitern in der Landesfremdenverkehrsabteilung unter der Leitung von Hofrat Dr. Hermann dafür auch herzlich danken. Es sind 960 Anträge bearbeitet worden, die ungefähr ein gefördertes Investitionsvolumen von fast 400 Millionen Schilling locker gemacht haben. Und, meine Damen und Herren, die Rückstände, die am Beginn der Verantwortung in dem Referat mehrere Monate, ja manchmal sogar über ein Jahr betragen haben, sind abgebaut, und wenn die Unterlagen bei der Einreichung vollständig sind, wird ein Antrag innerhalb von einem Monat erledigt. Auch der Landesrechnungshof – Sie werden ja den Bericht in Kürze im Kontroll-Ausschuß haben – hat sich über die Reorganisation des Kreditreferates positiv ausgesprochen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen ja in die Zukunft schauen, und ich darf hier bei den Förderungen hervorheben, daß wir – Herr Abgeordneter Mag. Rader – sehr gut mit dem Bundesministerium und insbesondere auch mit den zuständigen Beamten zusammenarbeiten. Wir haben gemeinsam – und der Herr Vizekanzler hat dieses Angebot dem Land nun zugemittelt, und es wird, so glaube ich, in der nächsten Regierungssitzung angenommen – eine erweiterte Regionalförderung, die dazu führt, daß zu den Zinszuschüssen der Bürgesaktion weit herum im Lande, nicht in allen Gebieten, aber in den Förderungsgebieten, die nun auch für die gewerbliche Wirtschaft

gelten, und ich möchte das auch gleich für den gewerblichen Bereich damit vorwegnehmen, zusätzlich 2 Prozent Zinszuschuß kommen, der im Verhältnis zwei zu eins von Bund und Land getragen wird. Wir werden aus dem Fremdenverkehrsfonds die Mittel dazu aufbringen. Eine ganz wichtige Aktion, die das Handelsministerium initiiert hat und die wir in der Steiermark besonders nützen können, wenn die Betriebe sie annehmen – wir werden sie dazu animieren –, ist die Umrüstung der Ein- und Zweisternbetriebe auf Dreisternbetriebe. Das ist eine Aktion, die bereits angekündigt wurde, die bundesweit ist, aber die sicher für uns besondere Bedeutung hat. Ich möchte nur das dem Hohen Haus nicht verschweigen, weil das – glaube ich – in den Debattenbeiträgen nur am Rande angedeutet wurde.

Nun, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, zum Fremdenverkehrsgesetz. Ich kann mich Ihrer Meinung nicht anschließen, Herr Abgeordneter, aber ich werde sie sicher nicht ändern, daß eine interne Begutachtung eine Quantité négligeable ist. Denn bitte, das geht an alle damit irgendwie voll oder am Rande befaßten Rechts- und Fachabteilungen, die die Vorschläge der Fremdenverkehrsabteilung, die mit mir abgestimmt sind, kritisch unter die Lupe nehmen werden, aus verfassungsrechtlicher Sicht, aus Sicht der Rechtsabteilung 10, die nach unserer derzeitigen Geschäftsverteilung ja dann die Vollziehung in Form der Einhebung durchzuführen hätte. Sie hat also sehr gewichtig mitzureden. Ich bin dafür, daß man über etwas redet, was auf dem Tisch liegt und was Hand und Fuß haben könnte. Aber nichts ist nicht verbesserungsfähig. Ich habe – und das gebe ich ohne weiteres zu – die Zeit zur Erarbeitung eines ausgewogenen Vorschlages unterschätzt, doch ich bin überzeugt, es hätte keinen Sinn, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der nicht diskutiert und auf Ausgleich der Interessen abgestimmt ist. (Abg. Buchberger: „Siehe Weingesetz!“) Dabei sollten die Erwartungen realistisch bleiben, meine Damen und Herren. Die 250 Millionen Schilling, die Tirol über das Gesetz aufbringt, werden wir nicht erreichen. Sie müssen auch bitte bedenken, daß Tirol 40 Prozent seines Regionalproduktes aus dem Fremdenverkehr zieht. Wir werden da etwas bescheidener sein müssen. Aber es sollen brutto – Freund Brandl – nach den Berechnungen, die dem Entwurf angeschlossen sind, auch zur kritischen Durchsicht aller Abteilungen, 80 Millionen Schilling werden, wobei ich davon ausgehe – das möchte ich im Hohen Haus deponieren –, daß das nicht heißt, daß der Herr Finanzreferent, der leider nicht hier ist, aber er wird es ja lesen (Abg. Zdarsky: „Er ist da, er ist immer da!“), dafür die allgemeinen Landesmittel „inkammeriert“. Das ist dabei in der Berechnung von uns nicht enthalten. Was wir aber realistischerweise – meine Damen und Herren – annehmen müssen, ist, daß die nun freiwillig erbrachten Beiträge, und das sind immerhin für die Fremdenverkehrsvereine – wir haben das auch erhoben, das sind alles Schritte gewesen, um zu dem Entwurf zu kommen – etwa 20 Millionen Schilling, die an freiwilligen Beiträgen erbracht werden. Die müssen wir natürlich im Falle eines Gesetzes abschreiben. Aber ich gebe zu, es ist unbestritten, daß man die „Trittbrettfahrer“ irgendwie auch zur Kasse bitten soll, denn es ist weiter unbestritten, und dafür gibt es große

Studien, daß die touristischen Einnahmen nach einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes etwa, zu 47 Prozent nur dem Gastgewerbe im weiteren Sinne zuzurechnen sind, der Rest fließt in die anderen Wirtschaftssparten. Und daher ist es sicher legitim zu sagen, alle sollen zahlen, die am Fremdenverkehr profitieren.

Aber wir werden sehen, wie weit der Entwurf nun Zustimmung findet, wenn dies so allgemein ist, wie das heute im Hohen Haus hervorgekommen ist, wenn sie so allgemein ist, wie die wieder zu beschließende Resolution (Abg. Brandl: „Wir stehen dazu!“), die ich sozusagen im ersten Schritt erfüllt habe, sie wird ja zur Abstimmung kommen und einhellig angenommen werden, daß ein Fremdenverkehrsgesetz vorzulegen ist. Das wird geschehen. Die interne Begutachtung ist im Gange, dann wird überarbeitet, dann geht es in die vorgeschriebene Begutachtung, und ich hoffe, daß dann nicht mehr viel Retuschen notwendig sind, und dann wird das Hohe Haus entscheiden. (Abg. Brandl: „Da sind die Wahlen vorüber!“) Freund Brandl!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn die Wahlzwischenrede wieder beendet ist, darf ich zum Fremdenverkehr zurückführen. Auch im Marketingbereich ist es nicht so, wie Herr Abgeordneter Ofner meinte. Er ist nicht Mitglied des Präsidiums, aber das Präsidium hat in der letzten Sitzung das Marketingkonzept beschlossen bzw. zur Kenntnis genommen. Es ist ein Marketingkonzept für drei Jahre erstellt, und dabei ist auch der Ausbau der Professionalität, der von den Abgeordneten angezogen wurde, nicht nur vorgesehen, er ist im vollen Gange. Auch hier möchte ich für die Kooperation mit der Arbeitsmarktverwaltung danken. Wir haben im Rahmen des Jugendbeschäftigungsprogrammes Land-Bund elf hauptamtliche Mitarbeiter im Laufe des vergangenen Jahres zusätzlich zu den zugegebenermaßen sehr wenigen hauptamtlichen Mitarbeitern regionaler Verbände gewonnen. Ich glaube, so kommen wir Schritt für Schritt weiter. Dem Marketingkonzept ging eine fundierte Gästebefragung voraus, über die zum Teil in sehr vereinfachter Aufmachung und vereinfachten Schlagworten berichtet wurde. In den zuständigen Gremien am Landesfremdenverkehrstag werden die Hauptverantwortlichen das persönlich dort präsentieren und auch zur Diskussion stehen. Diese Gästebefragung hat eben das ergeben, was Abgeordnete schon zitiert haben. Wir haben die große Chance – und das möchte ich sagen, weil es nicht erwähnt wurde –, daß Gästewünsche mit dem, was angeboten wird, der Soll-Ist-Vergleich, weitgehend übereinstimmen, ja daß in einigen sehr wesentlichen Punkten das Ist wesentlich günstiger für die Steiermark ist als das Soll. Ich glaube, wir müssen uns darüber sehr freuen, und es ist noch etwas hervorgekommen: das nämlich 40 Prozent – das war für uns überraschend – der Gäste das erste Mal in diesem Ort sind. Das ist Chance und Verpflichtung. Die Chance, daß wir Stammgäste gewinnen, denn 25 Prozent unserer Gäste, die befragt wurden, waren schon zehnmal und öfter in diesem Ort. Aber, wenn wir den Gast verärgern, wenn wir ihn nicht entsprechend bedienen, dann haben wir ihn verloren. Wir haben noch einen schlechten Propagandisten gewonnen, den wir mit viel Geld nicht aufwiegen können, das heißt, wir können viele, viele Millionen Schilling in eine Imagewerbung

hineinstecken, und wenn die Wirte oder irgendwer, der mit den Gästen in Kontakt kommt, das Unglück hat, falsch zu reagieren und den Gast zu verärgern, dann haben wir Negativpropaganda gemacht. Ich freue mich, daß das selten ist.

Zum Preis-Leistungs-Verhältnis, das ja heftig diskutiert wurde, möchte ich, weil die Ladenschlußzeiten angezogen wurden, Herr Abgeordneter Rainer, halt nur sagen: Natürlich sind die Interessenlagen unterschiedlich, aber eines ist für uns klar, und der Herr Kollege Hasiba hat ja auch Erleichterungen für den Fremdenverkehrsraum Schladming veranlaßt: Denn, wenn halt in Salzburg die Gäste am Samstagnachmittag bis am Abend einkaufen können und in Schladming nicht, dann schlägt sich das in einer schlechten Beurteilung beim Preis-Leistungs-Verhältnis nieder. Es ist damit noch nicht gesagt, so wie es vereinfacht geklungen hat: „Die sind zu teuer“, sondern für das, was sich der Gast eben von einer weltbekannten Region erwartet, ist vielleicht da und dort die Leistung nicht entsprechend. Wir müssen also da die Details sehr genau ausloten.

Die Marketing-Millionen, Freund Brandl, das weißt du auch aus den Diskussionen, sind ein vorgezogener Teil des Fremdenverkehrsgesetzes im Sinne der Stärkung der Finanzkraft der Regionen zu ihren eigenen Aktivitäten. Immerhin hat aus diesen 5 Marketing-Millionen etwa die Dachstein-Tauern-Region zusätzlich 2 Millionen bekommen. Das ist schon etwas. Und auch der Raum Mariazell hat sein Scherflein bekommen. (Abg. Ofner: „Das wissen wir ja gar nicht!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daß diese Mittel um 50 Prozent für das nächste Budgetjahr aufgestockt werden konnten, ist sicherlich für die Regionen ein großer Antrieb, ihre eigenen Aktivitäten gezielt und zielstrebig fortzusetzen. (Allgemeiner Beifall.)

Im Bereich der Subventionen, weil hier die Reden in Moll gestimmt waren – auch bei mir natürlich –, aber wenn wir uns zu einem Budget bekennen, das nicht aus allen Nähten platzen soll, muß eben jeder auch Konzessionen machen. Sie wurden um 10 Prozent gekürzt. Nimmt man aber den außerordentlichen Haushalt dazu, Freund Brandl, so gibt es für infrastrukturelle Förderungen um 16 Prozent mehr, und es gibt nicht viele Budgetbereiche, wo eine solche Steigerung gewesen ist. Ich möchte hier auch dem Herrn Landeshauptmann, der ja den Fremdenverkehr als einen Schwerpunkt dieses Budgets anerkannt hat und es möglich gemacht hat, daß diese Positionen hineingekommen sind, sehr herzlich dafür danken. (Beifall bei der ÖVP.)

In aller Kürze, was mit dem Geld passieren soll: Einsatzschwerpunkt Landesausstellung – darüber wurde schon in der Kulturgruppe gesprochen –. Wir haben, um auch der Basis zusätzliche Informationen zu geben, ein sehr gut angekommenes Marketinghandbuch, das nicht hochwissenschaftlich, sondern sehr praktisch ist, an Hand gegeben. Wir haben in der Organisation einen eigenen Regionalbetreuer installiert, der insbesondere im Prospektbereich tätig sein wird. Wir haben mit der Wien-Steiermark-Präsentation vom 18. bis 20. April nächsten Jahres einen örtlichen Schwerpunkt gesetzt, den die Regionalverbände gewünscht haben und der sich aus den rückläufigen

Statistiken heraus angeboten, ja aufgedrängt hat, und wir werden selbstverständlich auch im Kreditbereich schauen, daß wir die gute Situation von jetzt aufrecht erhalten.

Auch beim Landesentwicklungsprogramm, Herr Abgeordneter Ofner, weil Sie das angesprochen haben – langfristige Konzepte –, haben wir bereits, wie gesagt, ein dreijähriges Marketingkonzept erstellt. Das Landesentwicklungsprogramm „Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr“ wird zu Ende geführt werden und im Entwurf auch zur Diskussion gestellt.

Zum Schluß, meine sehr geehrten Damen und Herren, danke ich allen im und für den Fremdenverkehr Tätigen, vom Lehrling über unsere unermüdlichen Wirtinnen bis zu den Mitarbeitern der Landesfremdenverkehrsabteilung und des Verbandes. Und ich möchte mich bei dieser Gelegenheit auch für die Fairneß des Geschäftsführers Friedl bedanken, der mir versichert hat, daß er sozusagen bis zum letzten Tag uns zur Verfügung steht. Er hat auch schon wieder einige Einsätze vorgeplant: der Amropa-Kongreß in Schladming und so weiter und so fort. Ich glaube, wenn uns das Wetter nicht wieder einen Strich durch die Rechnung macht, denn Winterfremdenverkehr hängt halt einmal am Schnee, und ich habe nicht umsonst anläßlich der Pistengütesiegelverleihung gesagt: „Der Schnee ist ein Wirtschaftsgut geworden.“ So wie man in der Nationalökonomie lange das Wasser und die Luft als Wirtschaftsgut nicht erkannt hat, den Schnee habe ich noch in keinem nationalökonomischen Lehrbuch gefunden, aber für uns Praktiker ist er ein Wirtschaftsgut. Wir können also nur hoffen, daß auch der Petrus mit uns ein Einsehen hat, dann bin ich sicher, daß das Fremdenverkehrsjahr 1985/86 ein gutes sein wird. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Wegart:** Wir kommen nun zum dritten und somit letzten Teil der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann. Ich erteile es ihm.

**Landeshauptmann Dr. Krainer:** Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich die Überzeugung habe, daß es dem Ernst der Sache und auch der Stunde angemessen ist, wenn der Landeshauptmann in der Wirtschaftsdebatte des Landtages auch zu jener Frage Stellung nimmt, die uns in diesen Tagen am meisten bewegt, und daß er in diesem Hohen Haus auch seine Position formuliert: nämlich die Frage der VOEST-Alpine und der Verstaatlichten ganz allgemein in unserem Lande.

Uns hier und wohl im ganzen Land eint zweifellos die tiefe und ernste Sorge um die zukünftige Entwicklung der verstaatlichten Betriebe und insbesondere der Arbeitsplätze in unserer Steiermark. Und es hat sich durch die ganze Debatte der letzten Tage wie ein roter Faden gezogen, daß dieses erschütternde Debakel der VOEST-Alpine nicht auf dem Rücken der steirischen Arbeitnehmer ausgetragen werden darf. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, dies ist auch unsere gemeinsame steirische Forderung, die ich an die Spitze stelle. Denn schließlich sind die 5,7 Milliarden Schil-

ling Verlust – sofern diese Zahl und diese Ziffer sich nicht weiter erhöht – in Bayou und auch am internationalen Ölmarkt und nicht in der Obersteiermark und nicht in der Mürz-Mur-Furche oder an einem anderen Standort der Verstaatlichten gemacht worden. Das überzeugte Bekenntnis zu einer steirischen Wirtschaft, die von privaten und verstaatlichten Betrieben gemeinsam gebildet wird, und unser Eintreten für sie hat in diesem Land eine gute Tradition. Das wissen die jüngeren Herren Abgeordneten ebenso wie vor allem die älteren. Wir haben stets gemeinsam für die Obersteiermark und für die betroffenen Arbeitnehmer und ihre Familien klar und unbeirrt Partei ergriffen. Ich denke gerade auch an die Manifestationen hier im Landtag, und ich erlaube mir das auch zu sagen, an den Kampf meines Vaters gegen die Einmottung des Erzberges seinerzeit, an das entschiedene Auftreten von Landeshauptmann Dr. Niederl für die VOEST-Alpine und die VEW, ja die ganze Verstaatlichte, ebenso das Eintreten des früheren Landeshauptmannstellvertreters Dr. Schachner-Blazizek und des früheren Landeshauptmannstellvertreters Adalbert Sebastian. Was wir seitens des Landes tun können, das haben wir stets getan, und wir werden es sicherlich gemeinsam auch in Zukunft tun. Und in diesem Sinne hat sich das Land Steiermark – wie gerade auch in diesem Hause bekannt –, im Rahmen seiner Wirtschaftsförderung, die ja eigentlich eine Bundeskompetenz ist, schon bisher für die direkt und die indirekt verstaatlichten Betriebe ebenso eingesetzt wie für unsere steirische private Wirtschaft.

Insgesamt wurden seit Beginn der Wirtschaftsförderung bis heute 850 Millionen Schilling an Landesmitteln an Betriebe der verstaatlichten Industrie und die Konzernbetriebe der verstaatlichten Banken als Investitionsmittel zur Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze vergeben. Und, meine Damen und Herren, der Chef des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitutes Dr. Helmut Kramer hat im vergangenen November zu Recht folgendes festgestellt, und ich darf ihn wörtlich zitieren: „Die Steiermark“ – sagte er – „war eines jener Länder, das infolge seiner industriellen Kapazitäten am meisten zum Wiederaufbau unseres Staates und seiner Volkswirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen hat“. Zitat Ende. Und es ist auch lange her, und viele reden nicht mehr davon, aber bekanntlich ist auch das weltberühmte LD-Verfahren in Donawitz und in Linz entwickelt worden. Professor Trenkler, der berühmte Professor der Montanuniversität in Leoben, hat daran seinen entscheidenden Anteil, und das ist ein Marktstein für die technologische Entwicklung gerade in diesem Bereich gewesen.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, fordert die Steiermark seit Jahren mit allem Nachdruck die verantwortlichen Stellen und insbesondere auch den Alleineigentümer der verstaatlichten Industrie, den Bund, auf, dafür zu sorgen, daß eine regional- und arbeitsmarktpolitisch gerechte Konzeption für die Steiermark verfolgt und eine dynamische, langfristige Arbeitsplatzsicherung an allen Standorten durch ausreichende Investitionen sichergestellt wird.

Im Jahre 1970 hat die Regierung Dr. Josef Klaus nach der erfolgreichen Reorganisation unter der Führung von Dr. Josef Taus die verstaatlichten Betriebe mit



einem Jahresgewinn von 1,4 Milliarden Schilling an die Regierung Dr. Bruno Kreisky übergeben. Und im Jahre 1973 erfolgte die Stahlfusion, zu der wir uns auch in diesem Hause – und wir betreiben hier keine Kindesweglegung – gemeinsam bekannt haben. Allerdings wurden die anlässlich der Fusion versprochenen und sicher – wie sich heute zeigt – so notwendigen Kapital- und Investitionshilfen, die es ermöglicht hätten, rasch und bei damals noch guter Konjunktur die erforderliche Strukturverbesserung vorzunehmen, nicht im ausreichenden Maße gewährt. Ich habe erst kürzlich den Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung aus dieser Zeit nachgelesen, so daß das nicht sozusagen eine im nachhinein gemachte Feststellung ist. Und, meine Damen und Herren, im mittelfristigen Investitions- und Finanzierungskonzept 1978 bis 1982 des VOEST-Alpine-Konzerns vom Dezember 1977 heißt es zu diesem Punkt wörtlich, auch das darf ich zitieren: „Der in den letzten drei Jahren beschrittene Weg der finanziellen Auszehrung hat nun zu Finanzierungsrelationen geführt, die keine weiteren Belastungen mehr zulassen, ohne daß die Unternehmungen in schwere finanzielle Existenzkrisen geraten. Die bislang erfolgte Wahrnehmung übergeordneter Aufgaben im Rahmen der österreichischen Volkswirtschaft kann unter diesen Umständen nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Dringlichkeit der Eigenmittelzuführung ist damit schon aus dem eingetretenen Substanzverlust wohl mehr als erwiesen“, hieß es in diesem Bericht der VOEST-Alpine 1977. Zitat Ende.

Nach dem Ölchock und der Rezession Mitte der siebziger Jahre wurden angesichts der Krise im Stahl- und im Grundstoffbereich weltweit Hunderte Milliarden Schilling an Subventionsbeträgen zur Umstrukturierung an die jeweiligen nationalen Stahlindustrien gegeben, auch in der EG, wie wir wissen. In Österreich wurden erst 1980, nachdem das Land Steiermark – und wir haben damals miteinander im Jahre 1980, Kollege Gross für die sozialistische Fraktion und ich für die Mehrheitsfraktion dieses Hauses und die Regierung, die Verantwortung übernommen –, nachdem also das Land Steiermark als Initialzündung 200 Millionen Schilling für die VEW zur Verfügung gestellt hatte, seitens des verantwortlichen Alleineigentümers Finanzhilfen größeren Ausmaßes gewährt. Ich enthalte mich in dieser Darlegung durchaus sonst begrifflicher polemischer Zitate in diesem Zusammenhang. Seither mußten fast 27 Milliarden Schilling hauptsächlich zur Bilanzsanierung der verstaatlichten Industrie in ganz Österreich zugeschossen werden. Ohne Zweifel, meine Damen und Herren, hätte man mit diesen Beträgen bei rechtzeitigem Einsatz entscheidende Reformen der Struktur erreichen können, jedenfalls unter wesentlich besseren Voraussetzungen, als in der gegenwärtigen, so dramatischen Lage. In der Obersteiermark, wo sich die Betriebsstandorte der VOEST-Alpine und der VEW konzentrieren, befindet sich jeder zweite Industrie- arbeitsplatz in einem direkt oder indirekt verstaatlichten Betrieb. Nicht viele Leute außerhalb der Steiermark, die auch Fachleute sind, wissen das. Und auch innerhalb der Steiermark ist das nicht allgemein bekannt. Dabei ist festzustellen, daß in diesen Regionen die Klein- und Mittelbetriebe wirtschaftlich ganz eng mit den Großbetrieben verbunden sind und sich die Probleme der verstaatlichten Industrie ganz unmit-

telbar auch auf die Dienstleistungsbetriebe, das Gewerbe, den Handel und auch auf die Landwirtschaft auswirken.

Die Zahl der Arbeitsplätze in der verstaatlichten Industrie hat sich, wie die Zahlen zeigen und wie Sie wissen, dramatisch verändert: In den steirischen Betriebsstandorten der Verstaatlichten ist der Belegschaftsstand in den letzten 15 Jahren um rund 20 Prozent zurückgegangen.

Nach der international gängigen Multiplikationsformel bindet ein Industriearbeitsplatz zwei Beschäftigte im Dienstleistungsbereich, das heißt, die Krise betrifft natürlich nicht nur die verstaatlichte Industrie, ihre Bewältigung ist vielmehr eine Lebensfrage für die gesamte Obersteiermark.

Diese volkswirtschaftliche, regional- und strukturpolitische Problematik haben auch zahlreiche Studien unter Beweis gestellt. So hat ein Gutachterteam unter der Leitung von Universitätsprofessor Dr. Egon Matzner, 1981 von der sozialistischen Regierungsfraktion in Auftrag gegeben, unter dem Titel „Potentielle Wirkungen der VEW-Sanierungskonzepte auf die betroffene steirische Region“ festgestellt, daß bei Ausbleiben einer dementsprechenden Vorwärtsstrategie – und ich darf auch hier wörtlich zitieren – „mit einem verstärkten regionalen Verfallprozeß in den obersteirischen Regionen gerechnet werden muß und zu berücksichtigen ist, daß auch von einem Zurückbleiben der Entwicklung gegenüber den dynamischen Regionen Österreichs Sogwirkungen ausgehen, die auf die bedrohten Gemeinden und Regionen negative Auswirkungen haben“.

Die Frage der Betriebsverluste eines Großbetriebes und die zu treffenden internen betriebswirtschaftlichen Maßnahmen können nicht losgelöst von Standort und Wirtschaftsraum betrachtet werden, stellt in „VEW 2000“ Professor Helmut Detter mit Recht fest und warnt vor einem sogenannten „Domino-Effekt“ und einer Entindustrialisierung der betroffenen Regionen.

Daher haben wir seitens des Landes 1982 bei der gemeinsamen Regionalkonferenz von Bund und Land in Mürrzuslag den Abschluß eines Staatsvertrages nach Artikel 15 a des Bundes-Verfassungsgesetzes vorgeschlagen.

Denn, wie die dort präsentierte Regionalstudie Obersteiermark, an der unter Leitung von Universitätsprofessor Dr. Gunter Tichy auch das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung und das Österreichische Institut für Raumplanung mitgewirkt haben, feststellt, handelt es sich bei der Sanierung der Obersteiermark um das „ambitionierteste und größte Regionalprojekt der Zweiten Republik“.

Wir sagen, meine Damen und Herren – wie Sie alle wissen –, ein klares Ja zu jeder sinnvollen Reorganisation, wir sagen aber ein ebenso deutliches Nein zu jeder Maßnahme, die geeignet wäre, die Steiermark weiter zu benachteiligen. (Allgemeiner Beifall.) Und, meine Damen und Herren, politische Gruppen- und auch Regionalegoismen, die es da und dort gibt, dürfen dabei sicherlich nicht im Vordergrund stehen. Es gilt vielmehr, rasch und fundiert im Rahmen eines Gesamtkonzeptes die bestmögliche Lösung für die verstaatlichte Industrie, insbesondere auch für unsere steirischen Standorte zu finden. Und, meine Damen und

Herren, daran ist nicht zu rütteln: Dies ist die oberste Verpflichtung des Eigentümers und auch der nun neu zu bestellenden Manager, auch wenn das unter so unglücklichen Voraussetzungen zu geschehen hat. Dabei muß es auch und selbstverständlich zu einer Absprache und zu einer Abstimmung mit der Steiermark kommen.

Wir sind jahrelang für eine möglichst weitgehende Verlagerung von Direktions-, Verwaltungs-, Verkaufs- und Forschungseinrichtungen zu den steirischen Produktionsstandorten eingetreten, um möglichst überschaubare Verantwortungsbereiche zu schaffen.

Nicht zuletzt auf massives steirisches Drängen unserer politischen Bewegung wie auch der zweiten großen politischen Bewegung in diesem Lande ist es zur Verlegung der VEW-Generaldirektion von Wien nach Kapfenberg gekommen, die auch deutliche erste Erfolge in der Umstrukturierung zeigt. So erwarten wir auch – und ich sage das ganz nüchtern –, daß ein Teil des neu zu bestellenden VOEST-Alpine-Vorstandes seinen Sitz in der Steiermark haben wird. (Allgemeiner Beifall.) Denn ich füge hier hinzu: Niemand von uns will die Entfusionierung im VOEST-Alpine-Bereich. Das, was VEW-Betriebsräte in letzter Zeit und auch der Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft Verstaatlichte Industrie“, der ÖVP-Abgeordnete Paul Burgstaller, gesagt haben, ist eine durchaus diskutabile Grundlage. Wir wollen uns da heute hier mit dieser Frage – ich jedenfalls in meiner Erklärung – nicht weiter auseinandersetzen. Aber eines ist ganz sicher – und ich sage das auch ganz unbefangen –: Der einzige VOEST-Vorstandsdirektor, der seinen Wohnsitz auch ständig in der Steiermark gehabt hat, nämlich der Bergrat Juvancic, war eine Anlaufstelle für alle Führungsebenen der VOEST-Alpine-Betriebe in der Steiermark, und es ist ganz sicherlich auch ein Ergebnis dieser Fusion gewesen, daß ein erhebliches Schwergewicht aus der Steiermark weg nach Linz gegangen ist. Wir wollen da gar keine Emotionen peitschen, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber ebenso ruhig und selbstverständlich feststellen, daß es dem Interesse der Führung einer so großen Unternehmung einfach abträglich ist, wenn in entscheidenden Bereichen der Standorte dieser Unternehmungen nicht auch Vorstandsverantwortung lokalisiert ist, ohne daß wir uns hier auf irgendeine ganz spezielle und am Ende auch örtlich fixierte Vorstellung schon festlegen wollten.

Meine Damen und Herren, es muß insbesondere auch zu einer wesentlichen Intensivierung der Forschungsaktivitäten in der Steiermark kommen. (Allgemeiner Beifall.) Gerade die Tatsache des so erfolgreichen Wirkens unserer Montanuniversität in Leoben, dieses hochangesehenen Institutes in Europa, ist ein ebenso wichtiges und entscheidendes Zentrum.

Mit allem Nachdruck unterstreiche ich daher neuerdings die Forderung nach einem raschen Abschluß des Staatsvertrages nach Artikel 15 a des Bundes-Verfassungsgesetzes, der in Form eines Sondervertrages ein zukunftsorientiertes Gesamtkonzept für die Obersteiermark sicherstellen soll. (Beifall bei der ÖVP.)

Und, meine Damen und Herren, es muß durch eine Offensivstrategie der Umstrukturierung, der Innovation und der Aufnahme neuer Produktionen – ich weiß schon, daß sich das viel leichter sagen läßt als realisieren, aber das ist die Zielrichtung – den Abwande-

lungstendenzen, vor allem auch jüngerer qualifizierter Arbeitskräfte möglichst wirkungsvoll entgegengetreten werden. Nur so kann sich eine neue wirtschaftliche Dynamik in der Obersteiermark entwickeln. Das ist es, was wir in den letzten Jahren stets gefordert haben und heute erneut und dick unterstreichen. Und, meine Damen und Herren, ich sage das auch: Das ist für uns keine Frage der Semantik, sondern des Inhaltes, und ich habe bei meinem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Verstaatlichtenminister Lacina vor drei Wochen im Bundeskanzleramt das auch deutlich unterstrichen, und ich habe in einem Interview vor drei Tagen auch hier im Radio Steiermark ausdrücklich gesagt, daß ich den Eindruck damals hatte, daß die Gesprächsbereitschaft inzwischen größer geworden ist, und ich kann mir denken, daß das Drama, das sich in den letzten Tagen vor unser aller Augen abgespielt hat, diese Gesprächsbereitschaft noch unterstreicht. Und ich appelliere daher an die Bundesregierung, dem Ernst der Stunde entsprechend diese langjährige steirische Forderung – in Form des Sondervertrages – zu realisieren, damit in dieser dramatischen Situation auch, meine Damen und Herren, ein Zeichen notwendiger nationaler Solidarität auch mit der Steiermark gesetzt wird. Denn wir sind das von der VOEST-Alpine-Tragödie am stärksten betroffene österreichische Bundesland. Und die steirischen Arbeitnehmer – ich unterstreiche es noch einmal –, die steirischen Arbeitnehmer und ihre Familien dürfen nicht Opfer von Versäumnissen der Vergangenheit und auch schwerer Verfehlungen der Gegenwart im Zusammenhang mit Bayou und Intertrading werden. Wir werden zur bestmöglichen Vorbereitung dieses Sondervertrages eine Expertengruppe einsetzen, die einerseits eine zukunftsorientierte Konzeption für die Obersteiermark 2000 entwickelt, welche die Studie „VEW 2000“ integriert, und andererseits auch die Auswirkungen des vom Eigentümer und Management zu erstellenden Konzeptes „VOEST-Alpine 2000“ in diesem Rahmen überprüft und auch an unseren Maßstäben orientiert. In dieser Expertengruppe sollen auch jene anerkannten Gutachter und Wissenschaftler unter der Leitung von Professor Tichy neuerdings mitarbeiten, die sich schon bisher intensiv mit den Problemen der Obersteiermark befaßt haben, das Problem also genau kennen, ebenso wie zusätzliche hervorragende Fachleute, damit auch neue und weiterführende Aspekte und Perspektiven eingebracht werden können. Und, meine Damen und Herren, ich lade alle Parteien und Interessensvertretungen unseres Landes ein, in diesem Arbeitsteam mitzuwirken und die Experten mit ihren Vorstellungen zu unterstützen. Denn in dieser zentralen Frage der wirtschaftlichen Existenz unseres Landes müssen und werden wir alle an einem Strang ziehen. Nicht Parteipolitik, sondern Landes- und Staatspolitik sind für uns alle das Gebot der Stunde.

Meine Damen und Herren, es kann nicht um Patentrezepte gehen, sondern um ein erfolgreiches Ringen um tragfähige und zukunftsorientierte Lösungen. Unser Leitbild ist jedenfalls eine Obersteiermark, die als traditionsreiches Herzstück der industriellen Entwicklung unseres Landes auch in Zukunft ausreichend Arbeits- und Lebenschancen vor allem auch für die Jugend dieses Landes bietet. Sie ist ein unverlierbarer und unverzichtbarer Teil unserer steirischen Heimat

und unserer steirischen Identität. Der ehernen und der grünen Mark! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ing. Stoisser. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Stoisser:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach den ernsten Worten des Herrn Landeshauptmannes über die steirische Wirtschaft wissen wir, wo derzeit der Schwerpunkt der steirischen Wirtschaftspolitik zu liegen hat. Nun einige Worte zur steirischen Wirtschaft: Die steirische gewerbliche Wirtschaft hat in 30.000 Betrieben rund 300.000 Mitarbeiter beschäftigt. Von diesen 30.000 Betrieben haben etwa 40 Prozent keine Mitarbeiter, und es sind nur 19 Betriebe, die mehr als 1000 Mitarbeiter haben, und diese gehören überwiegend dem verstaatlichten Sektor an. In diesem Jahr ist die Konjunkturbesserung auch in der Steiermark spürbar geworden. In Industrie und Gewerbe haben wir Zuwächse von etwas über 3 Prozent und sind damit über dem österreichischen Schnitt, ebenso im Großhandel. Allerdings haben wir im Fremdenverkehr, wie wir hörten, leider Gottes Rückgänge. Ein großes Problem für uns ist, daß der Produktionswert, also die Produktivität, in der Industrie nur 88 und im Gewerbe nur 80 Prozent des österreichischen Durchschnittes hat. Ein Zeichen dafür, daß wir besonders hier unser Augenmerk hinwenden sollten.

Es wurde schon von Herrn Landeshauptmann über die Bedeutung der verstaatlichten Industrie gesprochen. 25.000 Mitarbeiter sind allein in der VOEST-Alpine angestellt. Darüber hinaus ein erklecklicher Teil noch in den Konzernbetrieben. Jeder vierte Industriearbeiter oder beinahe jeder zehnte steirische Arbeitnehmer ist in der verstaatlichten Industrie beschäftigt. Das heißt also, daß die Steiermark von der verstaatlichten Industrie ganz wesentlich abhängt. Allein die Kaufkraft der Mitarbeiter der VOEST-Alpine beträgt 5 Milliarden Schilling. Das muß man sich einmal vorstellen, 5 Milliarden Schilling! Daher kann uns das Schicksal dieser Industriegruppe und der gesamten Verstaatlichten nicht egal sein. Außerdem sind die Standorte der Verstaatlichten über 23 Orte in der Steiermark verteilt. Darüber hinaus gibt es noch fünf Standorte mit Kooperationsbetrieben zur VOEST-Alpine. Es ist für uns daher der Geschäftserfolg dieser Betriebe von größter Bedeutung, für das ganze Land und nicht nur für einzelne Regionen. Daß in der Mürz-Mur-Furche allein jeder zweite Mitarbeiter in der Industrie in einem verstaatlichten Betrieb ist, wurde schon von Herrn Landeshauptmann gesagt.

Meine Damen und Herren, 1985 ist ein Jubiläumsjahr, wir haben 40 Jahre Republik, 30 Jahre Staatsvertrag, und nächstes Jahr sind es auch schon 40 Jahre, daß wir eine verstaatlichte Industrie haben, zu der sich alle Parteien dieses Landes beim ersten Verstaatlichungsgesetz bekannt haben. Wir haben aber auch heuer schon 15 Jahre einen sozialistischen Bundeskanzler. Meine Herren der sozialistischen Fraktion, ich erwarte mir keinen Applaus von Ihnen bei meinen wirtschaftspolitischen Darstellungen, aber bei 15 Jahren sozialistischem Bundeskanzler hätte ich mir eigentlich einen erwartet. Macht das Ihnen auch so wenig aus, daß Sie gar nicht applaudieren?

Was Minister Dipl.-Ing. Haiden jahrelang nicht gelang, nämlich das Glykol aus dem österreichischen Wein herauszubringen, gelang der VOEST-Alpine. Sie hat das Glykol in wenigen Tagen aus allen österreichischen Medien restlos beseitigt. Das ist ein Zeichen dafür, daß ein Skandal den anderen jagt, und das Jahr 1985 kann man leider auch als ein Jahr der Skandale bezeichnen. Da war zuerst Hainburg, zwischendurch hat Dr. Androsch die Medien gefüllt, dann kam der Weinskandal, der ganz abrupt von den vorläufigen 5,7 Milliarden Schilling Verlust der VOEST-Alpine-Gruppe abgelöst wurde. Bei 70.000 Mitarbeitern bedeutet das, daß jeder Mitarbeiter faktisch 80.000 Schilling in diesem Jahr Verlust erwirtschaftet hat. Ich weiß schon, daß das eine statistische Zahl ist und daß diese Verluste nicht hier in Österreich allein verursacht wurden, sondern eben durch die ausländischen Abenteurer, die hinlänglich bekannt sind.

Aber wie konnte es zu einem solchen Debakel kommen? Kurzer Rückblick: Wie schon gesagt, seit 1946 gibt es die Verstaatlichte. Es gibt großartige Leistungen der verstaatlichten österreichischen Industrie beim Wiederaufbau in Österreich. Es arbeiten dort tüchtige, fleißige Leute als Facharbeiter, als Ingenieure und als Kaufleute. Es wurde schon gesagt: 1970 wurde diese VOEST an die sozialistische Regierung mit einem Gewinn von 1,4 Milliarden Schilling übergeben. Aber was ist in diesen letzten 15 Jahren geschehen? Ich möchte vorwegschicken, daß ich den Österreichischen Gewerkschaftsbund – ich habe das hier an diesem Pult schon öfter gesagt – für staatspolitisch klug handelnd betrachte und daß er stets und in der überwiegenden Zahl volkswirtschaftliche Betrachtungen bei seinen Forderungen in den Vordergrund stellt. Das ist auch mit ein Grund für die maßvolle Lohnpolitik und auch ein Grund dafür, daß wir in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern eine geringere Arbeitslosenquote haben.

Aber, in diesen Betrieben – schwarze Schafe gibt es leider Gottes überall – gibt es so „Ruhaltingers“, die eben ihre Forderungen überzogen haben, überhöhte Sozialleistungen, die weit über die der Privatwirtschaft hinausgingen, verlangt haben, ohne Rücksicht auf den Konjunkturverlauf, ohne Rücksicht auf die Gewinnlage der Betriebe. Die Umstrukturierungen sind aus diesem Grunde viel zu spät gekommen und waren auch manchesmal falsch. Diversifikationen waren übereilt und mit zuwenig Fachwissen, das Management stand unter einem Erfolgswang, unter Zeitdruck und unter politischem Druck sowohl von oben als auch von unten, und es wurde viel zuwenig Marketingarbeit betrieben. Beispiele dafür sind das AMI-Werk bei uns in der Steiermark und das derzeit nicht realisierte OKI-Werk.

Der Präsident von Fairfield, der größte Chiperzeuger in Amerika, hat gesagt, daß bei der VOEST alleine die Produktionsmentalität im Vordergrund steht und nicht der Markt. Und wenn man das Buch „Weg zu den Spitzenleistungen“ von Peterson und Waterman gelesen hat, die zur Überzeugung kommen, daß die besten Firmen dieser Welt den Menschen, den Kunden, den Abnehmer in den Mittelpunkt stellen und erst dann ihre Produktion und ihr Marketing darauf ausrichten und auch ihre Mitarbeiter dann in diesem Zusammenhang in den Mittelpunkt stellen, daß diese

Firmen ihr Bestes leisten werden, so hat der Kunde in dieser Betrachtung meiner Meinung nach gefehlt. Die Manager, auf die man jetzt so losgeht, als wenn diese neun Manager alleine an dieser Katastrophe in Österreich schuld wären, haben sicherlich viele Fehler gemacht, und die Untersuchungen werden zeigen, wie groß diese Fehler sind. Mir fehlt dazu der Informationsstand, aber die alleine zu Sündenböcken zu machen, wäre sicherlich falsch. Wo sie Schuld auf sich geladen haben, sollen sie für diese auch büßen, so wie jeder Privatunternehmer für seine Fehler in der Wirtschaft mit seinem eigenen Kapital büßen muß. Aber das, glaube ich, muß auch festgestellt werden: Sie haben sich dem herrschenden System entsprechend verhalten. Die Eigentümer hatten immer Einflußmöglichkeiten und haben das Management sehr oft in eine falsche Richtung gedrängt. Darum sage ich: Bei diesem Desaster hat das System versagt, das sozialistische System, das betriebswirtschaftliche Gesetze und volkswirtschaftliche Gesetze außer Kraft zu setzen glaubt und das den Markt ignoriert. Die zentrale Lenkung durch den Staat, die dort verwirklichte Mitbestimmung, die dort sicherlich überdreht ist, hat die Mitschuld an dieser Finanzkatastrophe. Dieses Riesenmodell von Dallingers Mitbestimmungsvorstellungen hat versagt, und meiner Meinung nach sind damit die 29 Punkte von Dallinger ad absurdum geführt. Ich wünsche nur, daß das auch unsere Sozialpartner bei der Verhandlung über diese Punkte in Zukunft zum Nachdenken bringt. Wenn eine solche Mitbestimmung in den privaten Betrieben Einzug halten würde, würde das den Untergang der gesamten österreichischen Wirtschaft bedeuten. Mitschuld. (Abg. Prensberger: „Das heißt: Nicht die Führung durch die Personalvertretung ist schuld an dieser ganzen Katastrophe! Weil man zum Teil die Mitbestimmung, wie wir sie gewünscht haben, nicht zur Kenntnis genommen hat!“) Ruhaltinger hatte überall seine Einflußmöglichkeiten und sitzt genauso im Aufsichtsrat wie viele andere, und dort hat er mit seinen nicht der Konjunktur entsprechenden Forderungen sicherlich zu diesem Desaster mitbeigetragen.

Ich schätze den Herrn Präsidenten Ileschitz sehr, und ich hoffe, daß das eine Fehlmeldung ist, die ich in der Zeitung gelesen habe. Er soll gesagt haben: „Das Management sollte sich der Partei und der Gewerkschaft verpflichtet fühlen und keine einsamen Beschlüsse fassen.“ Ich nehme an, daß das nicht stimmt, denn das wäre ein Wahnsinn. Denn wir brauchen keine sozialistische Wirtschaft, wir wollen auch keinen Manchesterliberalismus, wir brauchen eine soziale Marktwirtschaft, in der für den Markt Raum ist und auch entsprechende soziale Absicherung. (Abg. Mag. Rader: „Was das ist, bestimmst du!“) Ich darf darüber mitdiskutieren, genauso wie du. Ich glaube, wir alle sind dazu aufgefordert, über solche Modelle zu diskutieren.

Und nun zu den Fakten: VOEST-Alpine – hinlänglich bekannt – derzeit 5,7 Milliarden Schilling Verlust, die Verstaatlichte insgesamt in diesem Jahr zwischen 15 und 20 Milliarden Schilling; von 1980 bis 1985 35 Milliarden Schilling, und Fachleute schätzen, daß in diesem Dezennium 60 Milliarden Schilling Verluste in der Verstaatlichten erzielt werden. 60 Milliarden Schilling! Das Eigenkapital ist bei den Betrieben auf ein Minimum herabgesunken, so daß eigentlich schon

zahlreiche zum Konkursrichter gehen müßten, beziehungsweise der Steuerzahler muß wieder mit Kapitalzuschüssen herhalten. Das sind Zahlen, die einem nichts sagen. Was gibt es dafür: Zum Beispiel sind diese 60 Milliarden Schilling die Wohnbaumittel für 60.000 Wohnungen. Derzeit halten wir bei 30.000 Wohnungen im Jahr, das heißt, mit den Verlusten in zehn Jahren könnte man zwei Jahre lang die Wohnungen in Österreich bezahlen. 5,5 Milliarden Schilling, hat gestern, glaube ich, der Herr Abgeordnete Rainer gesagt, kostet jährlich die einprozentige Arbeitslosenrate, das heißt, der Verlust ist gleich hoch, wie ein Prozent Arbeitslose im Jahr kostet. Oder: In etwa mit 5,5 Milliarden Schilling ist die Bundesgewerbsteuer präliminiert, also das geht alles in einem Jahr mit diesen Verlusten der VOEST-Alpine weg. Man könnte damit 50.000 bis 60.000 Pkws jährlich kaufen. In diesen zehn Jahren 600.000 Pkws. Meine Damen und Herren, zum Vergleich: Wir haben in Österreich 2,4 Millionen Pkws laufen. Man könnte also, wenn man eine siebenjährige Lebensdauer einrechnet, zwei Drittel der Pkw-Käufe in Österreich mit diesen Verlusten der Verstaatlichten den Österreichern schenken. Jeder Steuerzahler bräuchte also nur ein Drittel seines Pkws zu zahlen, um einen Vergleich zu bringen. Oder: 2000 Schilling Lohnsteuer kostet das durchschnittlich jeden Arbeitnehmer in Österreich – jeden unselbständigen. Die Lohnsteuerkorrektur, die wir uns vorgestellt haben, ist damit passé. Da muß man aber auch sagen: Ohne Lohnsteuerkorrektur, wenn die Steuersätze nur gleichbleiben, kostet das den Lohnsteuerzahler im Jahre 1986 11 Milliarden Schilling laut Bundesbudgetvoranschlag, bitte schön!

Meine Damen und Herren! Wenn die Organe der VOEST-Alpine und der anderen verstaatlichten Betriebe sich einer Aktionärsversammlung gegenüber verantworten müßten, die Dividenden haben will und aus diesem Grunde Aktien besitzt, wäre eine solche Entwicklung meiner Meinung nach niemals möglich gewesen. Die hätten sich schon längst gewehrt. Bitte, wo war die Regierung, wo war der Minister für Verstaatlichte und vor allen Dingen der erstverantwortliche Sinowatz? Meiner Meinung nach müßte der als Vertreter des Eigentümers der österreichischen Steuerzahler jetzt den Hut nehmen und dem österreichischen Steuerzahler die Wahl geben, einen neuen Eigentümer zu suchen. (Beifall bei der ÖVP.) Nicht zu vergessen, meine Damen und Herren, ist die internationale Reputation, die wir dabei verloren haben. Die VOEST-Alpine ist ein weltweit anerkannter Konzern. Ich war erst unlängst in Amerika, meine Damen und Herren! Was hier passiert ist, ist nie oder ist so schnell nicht wieder gutzumachen. Daher sollte man – meiner Meinung nach – auch heute über das System nachdenken. Und das auch ohne ideologische Scheuklappen bei Ihnen wie auch bei uns. (Abg. Prensberger: „Ich habe schon gedacht, nur bei uns!“) Natürlich, bei Ihnen wie bei uns. Es gibt bei Ihnen genügend vernünftige Menschen, die von der Wirtschaft etwas verstehen und mit den linken Ideen, die es da und dort gibt, genausowenig anzufangen wissen wie wir als Vertreter in der Handelskammer.

Fest steht eines, daß die privaten Arbeitnehmer und Unternehmer jetzt genug haben. Wir müssen in unseren Betrieben sparsamst wirtschaften und betriebswirt-

schaftliche Grundsätze hoch anhalten, denn sonst müssen wir zum Konkursrichter gehen. Wir verlangen das auch von den verstaatlichten. Man muß mit anvertrauten öffentlichen Geldern genauso umgehen wie mit dem eigenen, wie wir es bei uns in den Betrieben auch tun. Was ist nun zu tun? Der Herr Landeshauptmann hat es schon gesagt, die besten Experten müssen Konzepte ausarbeiten, damit die Mittelzuführung für die Innovationen verwendet werden und nicht weiterhin für Verlustabdeckungen. Die Verstaatlichte müßte noch viel mehr eingebunden werden in die steirische, heimische Wirtschaft bei Zulieferern und Abnehmern, viel mehr noch, als es bisher war. Mögliche Teilbereiche sollte man privaten Unternehmen überlassen, und eine klare Struktur sollte geschaffen werden. Aber ich möchte mich hier nicht zum Experten aufspielen - wie schon gesagt -, das sollten wirklich Leute machen, die etwas davon verstehen. Auf keinen Fall sollte es die Regierung im Alleingang machen, sondern das muß wirklich ein nationales Anliegen sein. Darüber hinaus gehört selbstverständlich auch die mittelständische Wirtschaft weiterhin gefördert. Es hat die klein- und mittelständische Wirtschaft in der Steiermark in den letzten Jahren 17.000 neue Arbeitsplätze geschaffen und damit gesorgt, daß die Verluste der Arbeitsplätze in der verstaatlichten Industrie aufgehoben wurden. Sie hat daher das Recht darauf, daß ihre Stimme auch gehört wird. Das Land Steiermark hat hier schon zwei Jahrzehnte lang eine Tradition in der Wirtschaftsförderung, beginnend von Altlandeshauptmann Krainer, über Dr. Niederl zum heutigen Landeshauptmann, mit den entsprechenden Landesräten wurde in diesen zwei Jahrzehnten wirklich gute Wirtschaftspolitik betrieben, und die hat dazu beigetragen, daß die wirtschafts-geographischen Nachteile doch zum größeren Teil überwunden werden konnten. Professor Tichy hat in dem schon zitierten Gutachten festgestellt, daß zum Beispiel in der Obersteiermark zuwenig kleine und mittlere Betriebe sind. Wir müssen also Betriebsgründungen forcieren. Und zwar sollte man da in erster Linie an die Hochtechnologie denken und hier nicht nur an Chips, sondern es gibt hier viele Möglichkeiten. Professor Leopold hat in seinem Vortrag vorgestern hier in Graz gesagt, daß es eine Chips-, eine Bauteile-, Geräte- und Systemproduktion gibt. Und daß es bei den Geräte- und Systemproduktionen in Österreich und vor allen Dingen in der Steiermark noch viel zuwenig Betriebe gibt, obwohl es durchaus die Fachleute dafür gäbe. (Abg. Preamberger: „Es wird geplant und finanziert, es gibt eine Bürgerinitiative, und alles ist dagegen!“) Da gebe ich dir recht, aber es ist auch hier notwendig, mit dem entsprechenden Gefühl mit diesen Leuten zu sprechen. Ich glaube, wir meinen dasselbe, daß auch dort eine gewisse Hoffart gewisser Leute auch dazu beigetragen hat, daß eine solche Stimmung dort war. Wenn man mit den Leuten vernünftig gesprochen hätte, wäre es vielleicht nicht so weit gekommen.

Als Beispiel Silicon Valley. Ich war vor zwei Wochen drüben, und ich habe dort gesehen, daß in kleinen und kleinsten Betrieben mit einfachsten Mitteln Geräte zusammengesetzt werden können. Ich bin überzeugt, daß das auch hier bei uns im Assemblingverfahren durchaus möglich ist, Geräte herzustellen. Und auf dem Gebiete der Software und Systemware ist es

sicherlich mit den hochwertigen Experten möglich, die wir in der Steiermark haben, daß so etwas gemacht wird. Wir haben in der Steiermark schon seit zwei Jahrzehnten die Wirtschaftsförderung. Wir haben die Jungunternehmerförderung, Industrieförderung und die Gewerbeförderung. Darüber hinaus haben wir auch in der Handelskammer es uns zum Ziel gemacht, bei diesen Industrie Gründungen tatkräftig mitzuwirken. Wir haben eine neue Anlaufstelle für Betriebsgründungen geschaffen, und mit unserem Beratungsdienst im Wirtschaftsförderungsinstitut haben wir einen besonderen Schwerpunkt auf Marketingarbeit gelegt. Gemeinsam hat die Handelskammer mit dem Land Steiermark den Technologiepark gegründet. Das Land Steiermark und wir haben je 50 Prozent zu den Kosten beigetragen. In der Steiermark haben wir das Glück, drei hochwertige Universitäten zu haben. Dort sind beste Wissenschaftler und Techniker tätig. Hier müßten wir von Amerika und auch von Japan die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Produktion lernen. Und in Silicon Valley habe ich gesehen, daß diese dort vorbildlich funktioniert. In Silicon Valley, im Stanford-Research-Institut, sagte uns ein amerikanischer Professor polnischer Abstammung, „die Frage ist nicht, ob sie neue Technologien einführen oder nicht, die Frage ist nur, wann werden sie diese neuen Technologien einführen. Sie müssen sie einführen, wenn sie nicht auf den Stand eines Entwicklungslandes zurückfallen wollen.“ Und, meine Damen und Herren, diese Betriebsgründungen, die bringen sicherlich weit mehr als die „Aktion 55“, die viele Leute in die Zwangspension schickt und die ohnedies schon stöhnende Pensionsversicherung noch weit mehr belastet. Und das wäre eine durchaus positive Möglichkeit. (Abg. Preamberger: „Die Pensionisten belasten ebenfalls den Staat!“) Mit dieser Art von Wirtschaftspolitik wird es sicherlich nicht mehr Arbeitslose geben, das versuchte ich doch hier zu erklären. (Abg. Preamberger: „Im Interesse der jungen Menschen waren wir der Meinung, es sollen die, die in Pension gehen können, in Pension gehen. Der junge Mensch ohne Arbeit ist eine Katastrophe!“) Ja, einer Meinung, Kollege Preamberger, nur das ist die Heilung einer Krankheit, und wir wollen vorbeugen, diese Krankheit erst gar nicht aufkommen lassen, denn junge Betriebe nehmen erfahrungsgemäß junge Leute auf. Und das wäre ein wesentlicher Beitrag, die Jugendarbeitslosigkeit zu mildern. So habe ich das gemeint. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein weiteres Kapitel ist der Export. Österreich hat insgesamt im Jahre 1984 Waren im Wert von 315 Milliarden Schilling exportiert, und in diesem Jahr werden es Waren im Wert von voraussichtlich 350 Milliarden Schilling werden. Davon hat die Steiermark schätzungsweise 60 Milliarden Schilling Anteil. Es ist daher notwendig, daß wir unsere Betriebe dazu bringen, mehr zu exportieren. Vor allen Dingen kleine und mittlere Betriebe wären durchaus in der Lage, auch im Export Erfolg zu haben. Ein Beispiel bei meinem Besuch in Westamerika: in San Franzisko, bei der WESTCOM, bei der Computerausstellung, sah ich drei steirische Betriebe. Und einer davon ist erst drei Jahre alt und hat dort erfolgreich reüssieren können. Ich glaube, das ist ein Zeichen, daß es viele Betriebe gibt, die für eine solche Exportförderung geeignet sind.

Wir haben ein weites Netz von Handelsdelegierten auf der ganzen Welt. In der Steiermark haben wir den Exportring, und wir wollen in Zukunft jetzt auch noch in der Handelskammer diese Exportarbeit weiterhin forcieren, und zwar mit folgenden Schwerpunkten: zuerst eine Beratung in den Firmen. Wir wollen für Firmen, die das erste Mal exportieren, über Dinge wie Exportkalkulation, Transport, Korrespondenz in Fremdsprachen und vor allen Dingen über die Rechtsverhältnisse in den Staaten, wohin exportiert wird, Beratungen durchführen. Ganz wesentlich ist: Die Österreicher sind bekanntlich leider Gottes in Fremdsprachen sehr schlecht, wir brauchen daher auch einen Dolmetsch- und Übersetzerdienst, und dieser soll in der Handelskammer ausgebaut werden. Wir haben ihn bereits.

Einen Telexdienst haben wir schon, und wir überlegen, in jeder Bezirksstelle der Handelskammer einen Fernschreiber zu installieren, um damit kleinen Betrieben in den Bezirken draußen auch die Möglichkeit zu geben, über diese Fernschreiber in die ganze Welt hinaus telegraphieren zu können.

Wir haben beim Wirtschaftsförderungsinstitut auch ein ausgezeichnet aufgebautes Messeservice, das weiter ausgebaut werden soll. Wir wollen Gemeinschaftsausstellungen, Gemeinschaftsstände und die Betreuung von Firmen, die allein irgendwo in der weiten Welt ausstellen, forcieren. Ganz konkret haben wir im nächsten Jahr in Skopje und in Sarajevo und in Portenone solche Gemeinschaftsausstellungen durch das steirische Wirtschaftsförderungsinstitut organisiert. Wir haben auch Handelsmissionen in den einzelnen Staaten von der Bundeskammer aus organisiert, sogenannte „trade missions“. Diese werden wir in Zukunft auch von der Steiermark aus machen, mit Interessenmeetings an Ort und Stelle der Länder, wohin eben diese Firmen exportieren wollen. Das alles zusammengefaßt ist unter „Steirische Exportoffensive“ zu betrachten, für die wir 2 Millionen Schilling von der Bundeskammer bekommen und auch im Landesbudget 2 Millionen Schilling dafür vorgesehen sind. Ich möchte mich dafür beim Landeshauptmann und auch beim Landesrat Dr. Heidinger sehr bedanken. Ich glaube, das ist ein gutangelegtes Geld.

Ganz kurz noch zu den Einkaufszentren südlich von Graz. Wie Sie alle aus der Presse wissen, ist das ein sehr großes Problem für die vielen, vielen tausend Kaufleute in der Steiermark. Wir haben eine sehr ausgewogene Handelsstruktur, die durch das 50.000 Quadratmeter große Einkaufszentrum sehr gefährdet wäre. Wir haben heute in der Mittagspause im Ausschuß eine neuerliche Novelle zum Steiermärkischen Raumordnungsgesetz beschlossen, und ich hoffe, daß heute abend noch diese Novelle endgültig beschlossen wird, und damit, glaube ich, wäre ein solches Einkaufszentrum nicht möglich. (Abg. Preamsberger: „Herr Präsident, wo bleibt die freie Wirtschaft? Das ist Planwirtschaft! Man verhindert durch Gesetze, daß Menschen, die bereit sind, für die Wirtschaft etwas zu investieren, etwas riskieren!“) Kollege Preamsberger, das ist nicht Planwirtschaft (Abg. Preamsberger: „Das ist meine persönliche Meinung!“), das ist ein Beispiel einer sozialen Marktwirtschaft. (Beifall bei der ÖVP.) Auch bei einem Boxkampf gibt es Gewichtsklassen und Regeln, und solche Regeln brauchen wir auch in der Wirtschaft,

sonst wäre es Manchesterliberalismus. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Ladenschluß, Kollege Preamsberger, freie Marktwirtschaft, sprechen Sie da mit Ihrem Kollegen Rainer, der hier wieder für eine totale Reglementierung ist. Aber er hat ja schon etwas durchklingen lassen. Ich hoffe, daß es auch hier zu einer Einigung kommt, die sowohl den Handelsangestellten als auch unseren Mitgliedern, die auch nicht mit einer sehr großen Öffnung der Ladenschlußzeit einverstanden sind, entgegenkommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das waren einige Punkte, die uns derzeit in der steirischen Wirtschaft berühren. Wir sehen, daß für uns wahnsinnig viel Arbeit da ist, daß es genug Möglichkeiten und Chancen gibt, daß die Arbeit für uns sehr interessant, aber sehr schwierig ist. Aber meiner Meinung nach lohnt sie sich für unsere tüchtigen Steirer. Erfolge werden wir aber nur haben, wenn wir diese Arbeit ernst nehmen, und vor allen Dingen, wenn wir sie gemeinsam machen. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Der Herr Abgeordnete Rainer hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Rainer:** Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Erklärung des Herrn Landeshauptmannes zur Lage in der Obersteiermark, konkret zur VOEST-Alpine, zeigte einmal mehr den Ernst der Stunde des heutigen Tages, und es ist daher manches sehr schwer verständlich, was mein Vorredner, der Präsident der Arbeitgeber, der Vertreter der Selbständigen, hier zum Ausdruck gebracht hat, insbesondere wenn man jene Angriffe auf Arbeitnehmervertreter und einige weitere Details mitverfolgt hat. Wir haben da einiges gehört, ich sage es Ihnen persönlich, Angriffe, die sich gegen die Interessensvertretungen gerichtet haben, auch wenn es so nach Zuckerbrot und Peitsche war, wo er in gewissen Bereichen die Interessensvertretung der Gewerkschaften auch gelobt hat. Erfreulicher wäre gewesen, meine Damen und Herren, wenn er die wirtschaftliche Situation so dargestellt hätte, und zwar nach den wichtigsten Indikatoren, wie sie sich tatsächlich gegenwärtig repräsentiert.

Meine Damen und Herren, wir sind alle ungemain von der Situation der ständigen Berichterstattung beeindruckt, die vor allem in der Obersteiermark durch das Debakel bei den Vereinigten Edelstahlwerken beziehungsweise bei der VOEST-Alpine eingetreten ist. Aber, meine Damen und Herren, das überdeckt eine Situation, wo wir mit mehr Recht denn je herausstellen können, daß wir uns wirtschaftlich international nach allen Indikatoren im Vergleich der 24 OECD-Staaten in einer Form entwickelt haben, wie man es gerade unter diesem Eindruck nicht erwarten würde. (Abg. Kollmann: „Bravo!“) Ja, es ist so! Ich bin sehr dankbar für diesen Zwischenruf, Kollege Kollmann, es ist nämlich tatsächlich so! Wir haben, wenn wir das wirtschaftliche Wachstum nehmen, für das Jahr 1985 festzustellen, daß wir uns innerhalb dieser 24 Mitgliedsstaaten an der ersten Stelle bewegen werden. Wir dürfen davon ausgehen, daß auch 1986 ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent erreichbar sein wird, das wieder über dem Durchschnitt der OECD-Staaten



zu liegen kommt. Man würde es nicht glauben, gerade unter dem Eindruck der Entwicklung: In der Steiermark, meine Damen und Herren, ist zumindest die Entwicklung 1984 günstiger verlaufen, als man es am Beginn angenommen hat, und auch jetzt die Entwicklung des Jahres 1985 zeigt, daß wir uns österreichweit im Vergleich auch sehr, sehr gut – soweit für die ersten beiden Quartale die Ziffern vorliegen – entwickelt haben. Im ersten Quartal zwar etwas unterdurchschnittlich mit 1,9 Prozent, im zweiten Quartal mit 3,7 Prozent, also eine hervorragende Entwicklung beim wirtschaftlichen Wachstum.

Wenn wir die Arbeitsmarktsituation nehmen, so müßte man ja nach den Katastrophenmeldungen annehmen, daß Österreich vor einer Situation steht, die unlösbar erscheint. Auch hier ist feststellbar, daß wir wieder in diesem internationalen Vergleich an der vierten Stelle liegen. Wenn wir die Beschäftigungsziffer nehmen: Österreich hat im Jahr 1985 im Oktober 2.795.681 Beschäftigte oder aber ein Plus von 20.410, das ist eine Veränderung in absoluten Zahlen positiv von 7312. Die Steiermark hat 393.391 Beschäftigte, ein Plus von 1604, und sie hat 17.341 Arbeitslose, und sie hat aber dennoch eine vergleichsweise günstige Entwicklung. Der Anteil der Jugendlichen allerdings bei den Gesamtbeschäftigten ist ständig steigend. Wir haben 7500 junge Menschen, die ohne Arbeit sind, das ist ein Anteil von 43,3 Prozent. Also allein diese Daten zeigen in der absoluten Zahl, wie hervorragend wir uns entwickelt haben.

Aber noch einige relative weitere Zahlen zum Arbeitsmarkt. Insgesamt wird die Arbeitslosenrate 1985 österreichweit 4,6 Prozent betragen und 1986 auf 4,8 Prozent ansteigen. Innerhalb der OECD wird dieser Durchschnitt 1985 8,3 Prozent innerhalb der gesamten OECD und innerhalb der OECD Europa 11 Prozent betragen. Eine gewaltige Steigerung, wenn man das sieht. Und auch gegenüber 1986 ist im OECD-Raum eine weitere Steigerung auf 11,3 Prozent zu erwarten oder wiederum für die Gesamt-OECD von 8,5 Prozent. Wir werden weit unter dem halben Wert der Arbeitslosigkeit zu liegen kommen und damit die drittbeste Stelle innerhalb der 24 Mitgliedsstaaten der OECD haben. Bei der Preisentwicklung, meine Damen und Herren, hat sich eine sehr erfreuliche Entwicklung eingestellt. 1985 liegen wir wieder innerhalb desselben Vergleiches an der zweiten Stelle, und zwar mit einer durchschnittlichen Indexsteigerung von 3,5 Prozent, und diese wird fallend sein. Der Index wird 1983 3 Prozent betragen, und innerhalb der OECD Europa wird er etwa 6,9 Prozent ausmachen. Es ist sicher von großer Bedeutung und ist auch angesprochen worden, die Entwicklung der Industriebeschäftigten österreichweit und in der Steiermark, diese Frage wird ja eine zentrale in der Steiermark auch in der Zukunft werden, wenn nicht entsprechende Maßnahmen gesetzt werden. Österreichweit gab es 1980 627.323 Industriebeschäftigte, und 1984 – jüngere Zahlen liegen noch nicht vor – 556.000. In der privaten Wirtschaft waren davon 510.721 beschäftigt, in der verstaatlichten Industrie 116.602. Wiederum 1984 in der privaten Wirtschaft 456.100, in der verstaatlichten 99.900. Die Veränderungen, in relativen Zahlen für den Zeitraum 1980 bis 1984 dargestellt: Österreichweit gibt es eine Abnahme von 71.323 oder ein Minus von 11,4 Prozent

in der Industriebeschäftigung, privat eine Abnahme von 54.621 oder aber ein Minus von 10,7 Prozent. In der verstaatlichten Industrie ein Minus von 16.702 oder ein Minus von 14,3 Prozent. Wenn man einen ganz langfristigen Vergleich innerhalb der verstaatlichten und der privaten Wirtschaft anstellt etwa zwischen 1953 und 1975 – das sind zwei sehr markante Punkte –, das eine war die Korea-Krise, das andere der Ölpreisschock des Jahres 1973 mit den Auswirkungen 1975, so gab es in der privaten Wirtschaft ein Minus von 12 Prozent und in der verstaatlichten ein Minus von 0,3 Prozent 1953, 1975 von 6,5 Prozent in der Privatwirtschaft und 1,7 Prozent in der verstaatlichten Industrie. Gewaltig werden die Veränderungen, beginnend ab 1980. Hier ist der Rückgang in der Gesamtbeschäftigung industriell im selben Zeitraum 1980 bis 1983 9,9 Prozent, in der privaten Wirtschaft 10,2 Prozent, in der verstaatlichten Industrie um 8,6 Prozent. Hier zeigt sich also eine Veränderung jener Strukturanpassung, wie wir sie eben im Bereich auch der verstaatlichten Industrie vor allem in der Obersteiermark erlebt haben. Nun aber, dagegen wäre einiges zu unternehmen und ist auch einiges unternommen worden, nämlich in der Form von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen.

Die direkte Wirtschaftsförderung, soweit man sie vergleichen kann, wir wissen um die Fragwürdigkeit von Vergleichen diesbezüglich, weil der Vergleich zwischen Industrie und Gewerbe immer schwierig ist oder immer wieder zu Auseinandersetzungen führen kann, 1984 der Bund 7,186, 1985 9,620, 1986 9,613, immer in Prozenten gemessen am Bundeshaushalt, das Land 0,3219, 0,2764, 0,2325, wieder in relativen Zahlen gemessen, ein Minus von 16 Prozent. Der Anteil des Landes am Bundesgesamtbeitrag ist in der Budgetrede bereits besonders herausgestellt worden, was wir nämlich einsetzen für die Wirtschaftsförderung, ist von einer Relation eines Zwanzigstels auf den halben Wert zurückgegangen auf ein Vierzigstel. Das hat zu einer gewissen Auseinandersetzung geführt. Die regionale Aufteilung ausgewählter Förderungsarten, beispielhaft jene Förderungen der Finanzierungsgarantiegesellschaft, ist im Bundesländervergleich überaus interessant. An der ersten Stelle liegt Oberösterreich mit einem Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes dafür von 33,3 Prozent. Die Steiermark hat einen solchen von 26,3 Prozent, Niederösterreich von 19,4 und Wien von 9 Prozent. Bei der „100.000-Schilling-Aktion“, wo wir also in der Steiermark besonders profitieren, hat die Steiermark den höchsten Anteil, nämlich 324 Millionen oder 40,8 Prozent der Gesamtmittel, die der Bund dafür aufwendet. Niederösterreich 14,3 oder 39,6 Prozent, Kärnten 77,3 Millionen usw. Man sieht also, daß die Gesamtausgaben aus diesem Bereich der „100.000-Schilling-Aktion“ in der Steiermark wirklich einen gewaltigen Faktor für die industrielle Hilfe darstellt.

In der Rede unseres Generalredners wurde zum Ausdruck gebracht, was aus den Mitteln der Arbeitsmarktförderung aufgebracht wurde. Für die Mobilitätsförderung wurden 36 Prozent des Gesamtrahmens des Bundes dafür ausgegeben. 22 Prozent für die Arbeitsplatzbeschaffung, 38 Prozent für die Berufsvorbereitung oder aber 25 Prozent insgesamt der Gesamtausgaben aus diesen Positionen sind bei einem Bevölkerungsanteil von 17 Prozent der Steiermark gegenüber

dem Bund dafür aufgewendet worden. Auch daran läßt sich erkennen, wie beträchtlich die Unterstützung des Bundes für die Steiermark tatsächlich gewesen ist. Der Herr Landeshauptmann hat heute in seiner Wortmeldung die Förderungen dargestellt, die für die verstaatlichte Industrie ausgegeben wurden. Ich kann diesen Betrag nur bestätigen und wiederholen. Es waren 847,769.464 Schilling. Insgesamt aber wurden an Förderungen ausgegeben für die gesamte Wirtschaft in der Steiermark 3.520,916.508 Schilling. Sie mögen daraus erkennen, wie beträchtlich diese Förderungen tatsächlich gewesen sind. Und wenn man diesen Mitteleinsatz, und wenn man die Unterstützung des Bundes richtig bewertet, dann kann man unterstreichen, was durch die Wortmeldung des Herrn Landeshauptmannes zum Ausdruck gekommen ist. Die tiefe Sorge, die auch uns bedrückt und bedrängt in dieser Stunde – ohne Übertreibung, ohne Rede –, die wir erleben auf Grund der Krise der VOEST-Alpine. Und es ist zugegeben so, daß der Arbeiter und Angestellte, an welchem Standort er immer tätig sein mag, dafür in keinsten Weise verantwortlich ist. Wir waren es aber auch, wir Sozialdemokraten, die alles, was denkbar und möglich war, unternommen haben, daß schon in der Vergangenheit die Beschäftigung vor allem in der Mur-Mürz-Furche abgesichert wurde, und wir haben beträchtliche Mittel dafür eingesetzt. (Beifall bei der SPÖ.) Und es ist zugegeben richtig, daß der Arbeiter und Angestellte der VOEST-Alpine, meine Damen und Herren, für jene Milliardenverluste, die durch Bayou eingetreten sind, die durch die Ölgeschäfte der Intertrading eingetreten sind, sicher nicht verantwortlich gemacht werden kann. Und es ist zugegeben so – und das wissen auch wir –, daß jene Verluste, die darüber hinaus noch eingetreten sind, betriebswirtschaftlich mitunter nicht abgedeckt werden können, weil wir wissen, daß es Standorte gibt, wo der Kapitaleinsatz so gewaltig war, daß allein der Zinsendienst so hoch ist, daß mit den Erträgen dieser Unternehmungen einfach nur mehr der Zinsendienst gedeckt werden kann und es nicht möglich ist, Gewinne zu erwirtschaften. Das wissen wir, und daher auch die Sorge um jene steirischen Betriebe, weil es primär steirische Betriebe sind. Das überzeugende Bekenntnis zur Obersteiermark, bitte, das zum Ausdruck gekommen ist, und das war auch vorhin dieser freudliche Versprecher bei mir im Zusammenhang mit den Vereinigten Edelstahlwerken. Es ist tatsächlich so, daß wir uns damals gemeinsam zu einer Linie bekannt haben, die heute den Nachweis dafür liefert, daß die Vereinigten Edelstahlwerke nunmehr eine Entwicklung nehmen, von der wir annehmen dürfen, meine Damen und Herren, daß dieses Unternehmen aus den größten Schwierigkeiten heraus ist und nach den Auflagen auch im zeitlichen Umfang zu erwarten sein wird, daß auch wieder Gewinne erwirtschaftet werden und jene Auflagen, die der Minister vorgegeben hat, auch hoffentlich eintreten werden. (Allgemeiner Beifall.)

Wo wir nicht ganz konform gehen, meine Damen und Herren, und wo Sie vielleicht jetzt Zwischenrufe machen könnten, das ist beim Hinweis der eingesetzten Mittel, sozusagen die Morgengabe für die VOEST-Alpine anlässlich der Fusion.

Um objektiv zu sein und um der Wahrheit die Ehre zu geben, meine Damen und Herren: So unbestritten

und so ohne Fragen gerade von der Österreichischen Volkspartei war die Fusion des Jahres 1972, die dann 1973 wirksam geworden ist, keineswegs. Sie ist nachher eingetreten. Wir bekennen uns dazu, und zwar aus folgenden Überlegungen, weil wir wissen, meine Damen und Herren, daß ohne diese Fusion viele Standorte der damaligen Alpine oder auch – wenn Sie wollen – der VEW nicht mehr existieren würden. Es sind gewaltige Mittel eingesetzt worden – sie sind herausgestellt worden –: Es sind 27 Milliarden Schilling vom Herrn Landeshauptmann hier erwähnt worden, die zur Beschäftigungsabsicherung eingesetzt wurden. Es ist nur leider nicht erwähnt worden, daß die letzte sehr große Tranche abgelehnt wurde. Das waren die 16,6 Milliarden Schilling. Und wenn ich das richtig in Erinnerung habe, dann hat der Herr Dr. Mock erklärt: „Na, bin ich jetzt froh, daß ich da nicht zugestimmt habe, daß ich dafür nicht die Verantwortung übernehmen muß.“ Sehr froh sollte er darüber nicht sein, weil ja richtigerweise hier zum Ausdruck gebracht wurde, daß wir alles einzusetzen haben, damit die Beschäftigung dort abgesichert wird, und daß wir auch letztlich diese restlichen Mittel der 16,6 Milliarden Schilling hingeben mußten, damit diese Betriebe nicht unmittelbar in ihrer Existenz gefährdet erscheinen.

Wenn hier der steirische Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei, der Herr Nationalrat und Exstaatssekretär Dr. Taus, zitiert wurde – wenn die APA-Meldung stimmt, die vor wenigen Stunden gekommen ist –, dann erhebt sich hier eine Frage: Wie ist das mit dieser staatsmännischen Haltung vereinbar, die nur unterstrichen werden kann, die wir als Sozialdemokraten, ohne daß wir hier nennenswerte Abstriche machen müssen, mittragen – wir bekennen uns zu dem, was gesagt wurde, und wir haben vieles davon verlangt, bereits vorher verlangt, aber das sei nur angemerkt –, daß im Parlament vor einer Stunde etwa von Dr. Taus folgende Erklärung abgegeben wurde: „Es gibt von der ÖVP eine Zustimmung zu einer Hilfe für die verstaatlichte Industrie, für die VOEST-Alpine, nur dann, wenn der Neuwahlantrag zum Erfolg führt.“? (Abg. Brandl: „Moment, das mußt du deutlich sagen!“) Das ist gesagt worden.

Ich darf es vielleicht noch einmal wiederholen, um die Tragweite einer derartigen Forderung eines Abgeordneten der ÖVP bekanntzumachen: Es ist gefordert worden, daß sich das Parlament auflöst, daß es zu Neuwahlen kommt, und dann ist die ÖVP allenfalls bereit – die Bundes-ÖVP, man möge immer differenzieren – (Abg. Dr. Maitz: „Das haben Sie mißverstanden!“), einer Förderung der verstaatlichten Industrie zuzustimmen. (Abg. Dr. Horvatek: „Dr. Taus ist euer steirischer Spitzenkandidat!“) Ich darf dazu sagen: Allerdings mit der Einschränkung, die noch dazu gemacht wurde: „Erst dann, nachdem wir gewisse Konzepte und Möglichkeiten der Förderung überprüft haben.“ Wir wissen aus Erfahrung, was das alles heißen kann. Oder aber eine weitere Erklärung, die abgegeben wurde, wo Dr. Taus erklärte: „Auch, wenn wir als ÖVP wissen, wie schwierig das für uns sein kann“ – wieder völlig unpolemisch, weil es sehr schwierig ist, hier etwas zu wiederholen, wenn man nicht unmittelbar anwesend war. Aber vielleicht eine Frage dazu. Vielleicht war er von Meinungsumfragen

beeinflußt, die folgendes darstellen: Bei der Frage, wem denn mehr Kompetenz der Lösung zugetraut würde, etwa Sinowatz, Lácina oder Mock, haben nur 15 Prozent der Bürger überhaupt die Meinung vertreten, daß man Mock eine Lösungskompetenz zutrauen könnte. Das mag vielleicht auch der Grund gewesen sein, warum er nicht so ohne weiteres bereit ist, eine andere Erklärung abzugeben.

Und eine weitere, die sehr bezeichnend ist – hier könnte man sagen, das sei ein bestimmtes Bewußtsein: Auf die konkrete Feststellung und Frage: „Wie ist das, was vorgeschlagen wurde, daß die Manager der verstaatlichten Industrie sozusagen eine Erfolgsentlohnung erhalten sollen, daß deren Bezüge auch gekürzt werden können, daß deren Pensionsleistungen auch in Frage gestellt werden können – wie halten Sie es denn, Herr Dr. Taus, mit dieser Frage?“ ist geantwortet worden, daß er gegen eine derartige Leistungsentlohnung ist. Man kann nur sagen: Das Sein bestimmt hier offensichtlich das Bewußtsein.

Das ist so gesagt worden, und vielleicht können Sie es auch überprüfen lassen. Sie sind ja in der Lage, sehr rasch Informationen einzuholen.

Nun aber weiter zu dem Vorwurf, daß zuwenig Kapital als Morgengabe der Verstaatlichten gegeben worden wäre. Meine Damen und Herren, hier in diesem Hohen Haus sind sehr oft jene Mittel besprochen worden, die innerhalb des Bereiches der verstaatlichten Industrie eingesetzt wurden. Wir wissen heute, daß rund 900 Milliarden Schilling Interventionskapital eingesetzt wurden, um die Stahlarbeitsplätze abzusichern. Tatsache ist, daß 30 Prozent der Kapazitäten bereits verschwunden sind – trotz dieses Mitteleinsatzes –, und Tatsache ist, daß von den vorhandenen 70 Prozent wiederum nur etwa 80 Prozent der Kapazität ausgelastet sind. Dennoch ist es überaus erfreulich, daß zum Beispiel die Hütte Linz Gewinne einfährt und wir „nur“ gegenwärtig in Donawitz leider auf Grund der vorhin dargestellten Situation Schwierigkeiten haben, weil wir den Kapitaldienst leisten müssen und nicht in der Gewinnsituation sind. Wenn man diese Überlegungen hat und wenn man diese Entwicklung vor sich sieht, dann ist sicher das klare Ja für einen gemeinsamen Weg der Förderung, der Stützung, der Erhaltung der Arbeitsplätze in der Mur-Mürz-Furche zu unterstreichen und zu unterschreiben, vor allem innerhalb der VOEST-Alpine AG. Das ist ohne jeden Zweifel für uns Sozialdemokraten.

Aber, was ich nicht verstehe, meine Damen und Herren, ist, warum das unbedingt in der Form passieren muß, daß man das mit einem Neuwahlantrag im Bundesparlament verbindet. Es wäre sicher angebrachter, es wäre sicher erfreulicher, wenn der ausgeblieben wäre, wenn man gemeinsam seine Verantwortung auch im Bundesparlament wahrnehmen würde und wenn man auch, wenn das wirklich eine nationale Frage ist, meine Damen und Herren, wenn das wirklich ein gemeinsames Anliegen unseres österreichischen Volkes sein soll, in dieser einen Frage bereit wäre, einen gemeinsamen Weg auf Bundesebene zu gehen, umso mehr, da wir dort auch immer gemeinsam die politische Verantwortung gehabt haben, durch die Bestellung der Vorstände, durch die Bestellung der Aufsichtsräte.

Daher, meine Damen und Herren, unterstreichen wir das, was heute sehr ernst vorgetragen wurde und was wir als Sozialdemokraten genauso sehen: den gemeinsamen Weg für eine Erhaltung der Arbeitsplätze in der Mur-Mürz-Furche, für die Lösung der Probleme der Steiermark. Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

**Abg. Mag. Rader:** Frau Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Das, was der Herr Landeshauptmann heute zu Beginn dieser Debatte gemacht hat, ist das, was ich versucht habe, in der Generaldebatte mit dem Begriff „Management by Helikopter“ zu erklären: Man landet auf der Regierungsbank, wirbelt viel Staub auf, und wenn er sich gelegt hat, ist man schon verschwunden. Was dann übriggeblieben ist, wenn sich der Staub gelegt hat, war ein Stakkato von Statistiken, mit denen ich mir schon beim Lesen schwer tue, aber beim Hören tun wir uns noch schwerer. (Abg. Prof Dr. Eichtinger: „Das war ein ‚kleiner Rader‘, der übriggeblieben ist!“)

Meine verehrten Damen und Herren! Kollege Prof. Dr. Eichtinger, heute darfst du dazwischenrufen, weil ihr so wenig seid, daher muß du ein bißchen zum Voluminösen beitragen.

Ich möchte, Herr Präsident Ing. Stoisser, zuerst mit dir beginnen. Du hast, wie schon oft und wie ich überzeugt bin, wirklich aus tiefer Überzeugung verlangt, daß die 29 Punkte des Sozialministers Dallinger keiner Beschlußfassung zugeführt werden. Ich teile deine Auffassung. Ich habe dir das schon in einem Vieraugengespräch einmal mitgeteilt. Aber was mich sehr skeptisch macht, verehrter Herr Präsident, ist die Mitteilung und Information – und ich würde dich wirklich bitten, in einer weiteren Wortmeldung noch einmal darauf einzugehen –, die Mitteilung, daß diese 29 Punkte auf der Ebene der Sozialpartnerschaft, also zwischen SPÖ und ÖVP, in Verhandlungen begriffen sind und daß von diesen 29 Punkten bereits bei sechs Punkten Übereinstimmung besteht und weitere 14 im Augenblick positiv verhandelt werden. Ich würde dich heute hier in diesem Hause um eine Aussage bitten, daß du in deiner Eigenschaft als Präsident der steirischen Handelskammer dafür sorgen wirst, daß es diese Übereinstimmung nicht geben wird.

Meine verehrten Damen und Herren! Und damit wieder zurück zum Hauptthema des heutigen Tages. Es ist eigentlich wie ein Symptom, daß in der heutigen „Kleinen Zeitung“ auf Seite 72 der VOEST-Alpine-Konzern inseriert: „VOEST-Alpine sucht einen Steuerungstechniker“. Das ist nämlich genau das, was er braucht, einen Steuerungstechniker und nicht einen Steuerungspolitiker. Was wir brauchen, sind Fachleute. Aber dieses Thema ist ohnehin seit drei Tagen in diesem Hause latent vorhanden. Und ebenfalls die „Kleine Zeitung“ hat in der Berichterstattung über die Generaldebatte in der Einleitung geschrieben: „Ein Hauch von großer Koalition wehte durch den Raum“. Und so die unausgesprochene Schlußfolgerung verschiedener Redner in diesem Bereiche: „Nur eine große Koalition kann solche großen Probleme lösen“.

Meine Damen und Herren! Die Krise der verstaatlichten Industrie ist keine Regierungskrise, sie ist keine finanzielle Krise, sondern sie ist in Wahrheit eine Strukturkrise. Und auch Präsident Ing. Stoisser hat heute schon gesagt, in Wahrheit ist es eine Krise des Systems. Eine Krise des Systems, das gemeinsam mit beiden ursprünglichen Regierungsparteien, nämlich der Volkspartei als führende und der Sozialistischen als zweite und der Bundesregierung so gestaltet wurde, so ausgemacht wurde und bis heute so getragen wurde. Und diese große Koalition hat in der Verstaatlichten – und auch das habe ich versucht anzudeuten – jeglichen Regierungswechsel bis jetzt völlig unbeschadet überstanden. Sie hat sowohl überstanden die ÖVP-Alleinregierung zwischen 1966 und 1970, sie hat überstanden die SPÖ-Alleinregierung zwischen 1970 und 1983, und – und das bekenne ich offen ein – sie hat bis heute auch noch überstanden die kleine Koalition. Sie haben das auch in diesem Hause immer gemeinsam getragen. Ich habe mir angeschaut, um ein Gefühl zu bekommen, wie Sie das in der Vergangenheit gehandhabt haben, die Protokolle der Debatten über die verstaatlichte Industrie. Und ich habe ein sehr offenes Wort gefunden, das ich Ihnen aus dem Jahre 1968 nicht vorenthalten möchte. Es stammt vom Präsidenten der Arbeiterkammer, Abgeordneten Ileschitz, wie es wieder eine Debatte um die verstaatlichte Industrie gegeben hat. Da hat er gesagt: „Es ist sehr erfreulich, weil wir ja nicht allein für die verstaatlichte Industrie verantwortlich sind, sondern wir waren es immer miteinander. Hat ein Unternehmen einen sozialistischen Generaldirektor gehabt, dann war der Vorsitzende des Aufsichtsrates“ – Herr Landeshauptmann, es war damals der Vater des jetzigen Landeshauptmannes, von Ihrer Partei –, „haben wir, also die SPÖ, den Vorsitzenden des Aufsichtsrates gehabt, dann war der Generaldirektor des Unternehmens ein Vertreter der Österreichischen Volkspartei.“ Und da hat es einen Zwischenruf gegeben vom Abgeordneten Stöffler: „Aber der Pittermann war allemal der Pittermann“. Aber immerhin – meine Damen und Herren –, Sie haben das immer gemeinsam entwickelt und getragen. Auch der damalige Landeshauptmann hat sich zu dieser Entwicklung bekannt. Zum Beispiel, ich habe mir ein paar seiner Zitate herausgesucht: Im Jahre 1967, der damalige Landeshauptmann Krainer: „Über die Strukturprobleme hinaus – es ist eine Strukturkrise – und über die Anstrengungen hinaus bitte ich Sie um eines, lassen wir uns nicht durcheinanderbringen in der Frage der Konzentration der Stahlindustrie“. Natürlich hat er damals recht gehabt. Oder auch im Jahre 1969, wo es gegangen ist in etwa um Schoeller-Bleckmann: „Man muß für diese Betriebe“ – es ist um die Konzentration gegangen – „zur praktischen Anwendung kommen, und daher muß man bei diesen Betrieben ganz klar und deutlich sagen: Fusion, Fusion und noch einmal Fusion“. Landeshauptmann Josef Krainer im Jahr 1969: Sie haben das gemeinsam getragen und auch die Fehler gemeinsam gemacht. Weil der Herr Präsident Ing. Stoisser – ich habe mir das extra kommen lassen – heute ein Bekenntnis – und das unterstreiche ich ja – zur klein- und mittelständischen Wirtschaft abgelegt hat. Ich unterstreiche das voll und ganz. Ich habe das auch in der Generaldebatte gesagt. Ja, Sie haben auch die Fehler früher gemeinsam gemacht. Ich zitiere da etwa die damalige

Frau Abgeordnete und nunmehrige Frau Stadtrat Jamnegg aus dem Jahre 1968, die im Zusammenhang mit den Betriebsansiedlungen folgendes gesagt hat: „Freilich, meine Damen und Herren, konnten bis jetzt im Zuge dieser Bemühungen nur kleine und mittlere Betriebe geschaffen werden. Aber wenn wir die Industrialisierung etwa anderer kleiner Staaten zum Beispiel nehmen, ich denke an die Schweiz und an Schweden, dann haben schließlich auch sie mit kleinen Betrieben begonnen, und heute zählen sie zu den potentiellsten“ – ich nehme an, zu potentesten wird sie gemeint haben – „Ländern der Welt“. Das heißt, meine Damen und Herren, natürlich haben sie nicht weitergemacht beim Aufbau der kleinen und mittleren Betriebe, sondern sie haben ganz gezielt Großstrukturen bauen wollen mit all den Fehlern, die plötzlich entstanden sind, wo wir jetzt mit diesen Großstrukturen dastehen und nicht wissen, wie wir weitermachen wollen.

Meine Damen und Herren, ich wollte das nur sagen, um klarzumachen, daß diese Entwicklung, in der die verstaatlichte Industrie und die VOEST heute ist, eine von Ihnen beiden in der Vergangenheit bis zum heutigen Tag gemeinsam getragene ist. Und das spiegelt sich auch lupenrein wider in all den Funktionsbereichen, in all den Tätigkeitsbereichen in der verstaatlichten Industrie. Es kann ja nicht Zufall sein, daß im Jahr 1985, also nach vier Jahren Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei, nach 13 Jahren Alleinregierung der Sozialistischen Partei und nun einigen Jahren einer kleinen Koalition, der Vorstand der VOEST-Alpine, wenn man es genau anschaut, genau nach dem Proporz zusammengesetzt ist. Apfalter SPÖ, Fegerl ÖVP, Czempirek ÖVP, Gassner SPÖ, Juvančič SPÖ, Koch ohne Partei, wird aber an sich der ÖVP zugerechnet, Steflitsch SPÖ, Wicher ÖVP, Zich ÖVP. Bitte, das wird ja nicht Zufall gewesen sein? Das ist in der ÖIAG genau dasselbe, falls Sie das wissen wollen. Aber ihr wißt es ja, Grünwald SPÖ, Staska SPÖ, Engleitner ÖVP, Raidl ÖVP.

Meine Damen und Herren! In dieser Situation kann sich niemand von Ihnen abseilen, weil Sie voll zu 100 Prozent eingebunden sind in all diese Entscheidungen, die es gegeben hat, in alle Fehlentscheidungen des Managements und des Aufsichtsrates, meine Damen und Herren. Die einzigen, meine Damen und Herren, wenn Sie so wollen, die sagen könnten, wir haben damit nichts zu tun gehabt, und wir tragen keine Verantwortung, wären die Freiheitlichen. Aber – und das ist der Unterschied zwischen uns – wir sind nicht verantwortlich, aber wir tragen die Verantwortung trotzdem. Darin unterscheiden wir uns, meine Damen und Herren.

Es war nicht nur auch schwerpunktmäßig eine steirische Forderung, die gestern dazu geführt hat, daß wir ein Zwölf-Punkte-Konzept in unserem Bundespartei-vorstand beschlossen haben, das schlußendlich schon in den meisten Punkten im Zusammenhang mit der Verstaatlichten in einen Resolutionsantrag der Bundesregierung oder der Bundesregierungsfraktionen eingeflossen ist, der im Augenblick jetzt im Parlament diskutiert wird. In diesen zwölf Punkten haben wir jene Bereiche noch einmal formuliert, die ich gestern vormittag schon in der Steiermark gesagt habe. (Abg. Präsident Klasnic: „Sie waren gestern nicht dort!“) Ich

war ja nicht dort, Frau Präsident, aber der Einfluß reicht aus, um die Dinge, die ich verlange, auch in meiner Abwesenheit beschließen zu lassen. Sie verzeihen mir diese Bemerkung, mir ist nämlich der steirische Landtag so wichtig, daß ich nicht weggefahren bin, aber es hat trotzdem seinen Zweck erreicht.

Erstens – und das ist klar und übereinstimmend –: Es wird keine Steuererhöhung geben, damit diese Debatte einmal vorbei ist.

Zweitens: Die Beseitigung des großkoalitionären Proporzsystems und der parteipolitischen Einflußnahme.

Ja, meine Damen und Herren, auch die Arbeitsplatzgarantie, die Sie verlangt haben, ist eine politische Einflußnahme, die dem Management Schwierigkeiten bereitet und bereitet hat. Ich möchte nur wissen, was die steirische ÖVP etwa zu dem sagt, was ihr Bundesobmann Dr. Mock heute im Parlament gesagt hat, was ich übrigens voll unterstreiche. Ich zitiere: „Im Sterben liegt die Illusion, daß Unternehmungen vom Staat wirtschaftlicher, wirksamer, dynamischer und flexibler als von Privaten geführt werden könnten. Im Sterben liegt die Illusion, meine Damen und Herren, daß man Arbeitsplätze quasi durch staatliche Dekrete sichern könnte – Arbeitsplatzgarantie, meine Damen und Herren. Im Sterben liegt die Illusion, daß bestimmte Renommierschiffe der verstaatlichten Wirtschaftsflotte unsinkbar seien, und im Sterben liegt vor allem die Illusion, daß kranke Betriebe auf Dauer mit Geldern, die gesunde verdient haben, zu sanieren sind.“ Ich unterstreiche das voll, und auch Sie sollten sich das zu Herzen nehmen.

Meine Damen und Herren! Der dritte Punkt ist eine Durchführung einer internationalen Ausschreibung für Schlüsselpositionen – wird im Augenblick gerade vom Nationalrat beschlossen –; die Entlohnung der Spitzenmanager nach dem Erfolgsprinzip genauso wie eine Fristsetzung für die Untersuchung, ob schuldhaftes Verhalten des Vorstandes vorliegt, damit gegebenenfalls Entlassungen ausgesprochen werden. Ich wiederhole das auch hier in diesem Hause: In einem Privatbetrieb wären Manager, die wirklich die Verfehlungen begangen haben, die ihnen jetzt angekreidet werden, längst fristlos entlassen worden.

Der nächste Punkt: Das Privatvermögen des Managements ist zur Schadenswiedergutmachung heranzuziehen. Die Neuordnung der Unternehmensführung der VOEST und ÖIAG hat nach sachbezogenen und nicht nach regionalpolitischen Gesichtspunkten zu erfolgen. Ich bin sehr froh über die grundsätzliche Erklärung des Landeshauptmannes, daß er auch hier nicht nur regionalpolitische Gesichtspunkte sieht, nur um im nächsten Satz mit dem Verlangen, daß ein Vorstandsmitglied habt acht in der Steiermark wohnen muß, wiederum einen regionalpolitischen Einfluß zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Von mir aus können alle in der Steiermark wohnen, sie sind herzlich willkommen. Wenn die verstaatlichte Industrie ohne politischen Einfluß arbeiten soll, dann ohne politischen Einfluß von jedem von uns, damit wir das einmal zur Kenntnis nehmen.

Meine Damen und Herren! Neuorganisation nach betriebswirtschaftlicher Analyse – ist selbstverständ-

lich. Dann die Klarstellung, daß eine Konkurrenzierung von Privatunternehmern durch Verstaatlichte, durch Unteraanbote nicht mehr stattfinden darf. Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die ein Konzept für die ÖIAG ausarbeiten soll. Und Sie haben alle, meine Damen und Herren, jenen „Club 2“ gesehen, wo der frühere Generaldirektor Geist, der sich den Mund nie verbieten hat lassen, klargestellt hat, daß es in Wahrheit um eines geht: Diese ÖIAG muß endlich den Einfluß kriegen, den sie braucht, damit sie nicht ein Papiertiger ist. Das ist der nächste Schritt, und da tun wir uns gleich leichter. (Abg. Kanduth: „Das ist auch eine Frage des Vorsitzenden der ÖIAG, Dr. Taus hat anders kalkuliert!“) Dr. Taus hat immer gewußt, was in der Verstaatlichten vorgeht. Ich frage mich nur, warum er nicht Alarm geschlagen hat, meine Damen und Herren. (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist schon eine Unterstellung, daß wir schuld sind an diesem Debakel, wobei es 15 Jahre SPÖ-Regierung gibt!“) Und, meine Damen und Herren, was wir auch müssen, genauso wie jede vollkommen eingebundene Fraktion in dieser Geschichte. Das ist die Realität, meine Damen und Herren!

Und, lieber Herr Präsident, ich brauche die Schlußfolgerungen von mir her gar nicht mehr zu formulieren, weil das Lieselotte Palme am Montag – und ich könnte es nicht besser – im „Profil“ viel deutlicher formuliert hat, worum es geht: „Die Bilanz 1985 der VOEST-Alpine“ – nur, Herr Kollege Dr. Maitz, Sie überlesen es meistens – „müßte nach menschlichem Ermessen die Zäsur sein. Jedenfalls ist sie die Bankrotterklärung eines Systems. Die Ruhaltingers, Staribachers, Freyschlags dieser Welt sind gescheitert. Die rot-schwarze Gremien- und Kaderaufrechnung hat sich ad absurdum geführt. Der „Arbeitsplatz garantierenden“, in Wahrheit aber vor allem Trägheiten zementierenden (Abg. Dr. Maitz: „Die rot-blaue Bundesregierung trägt die Verantwortung!“) Macht des Josef Krainer und Leopold Wagner wurden die Grenzen gezeigt. Es ist die Bankrotterklärung dieser ganzen pseudo-sozialen Nomenklatura, die mit ihren Sprüchen von einer Politik für „die Menschen draußen“ nur mehr Proporzleichen auf Direktoren- und sonstigen Sesseln festgeschnallte und konstruktiver Arbeit im Weg stand. Hoffentlich ist der Schock groß genug. Eigentlich müßte er es sein.“

Meine Damen und Herren, und was fällt Ihnen dazu ein? Das einzige, was Ihnen dazu einfällt, ist, daß Sie Neuwahlen haben wollen, anstatt die Verstaatlichte wirklich zu sanieren. Das ist das einzige, was Ihnen einfällt. Ich sage Ihnen: Ich bin auch für Neuwahlen, aber für Neuwahlen im Aufsichtsrat und im Vorstand der verstaatlichten Industrie. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Das Wort erteile ich nun dem Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross.

**Erster Landeshauptmannstellvertreter Gross:** Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Es wird sicherlich erwartet, daß in einer so ernsten Situation, die durch die VOEST-Krise ausgelöst worden ist, auch der Parteiboss der steirischen Sozialisten etwas zu sagen hat. Ich möchte an die Spitze

meiner kurzen Ausführungen stellen, daß ich mit dem Herrn Landeshauptmann in seiner Erklärung weitestgehend übereinstimme. Diese Erklärung, meine Damen und Herren von der ÖVP, hat sich wohlthuend von der Generalrede, die Ihr Redner gehalten hat, unterschieden und auch teilweise von der Rede, Kollege Ing. Stoisser, die Sie hier in der Diskussion beigesteuert haben. Diese Rede – und das gestehe ich uneingeschränkt zu – war von hohem Verantwortungsbewußtsein in einer ernstesten Situation unseres Staates, unserer Republik geprägt. Und das ist die Gemeinsamkeit, die wir hier sehen. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, es kann nicht Aufgabe meiner Rede sein, zu wiederholen, was der Herr Landeshauptmann hier festgestellt hat, weil ich ja erklärt habe, wir finden uns in weiten Bereichen hier in Übereinstimmung. Es geht in dieser schwierigen Situation, so wie manchemal schon in diesem Lande, um eine gemeinsame steirische Linie.

Meine Damen und Herren, gerade jetzt in dieser schwierigen Situation – ich unterstreiche das voll und ganz – sollen wir als Steirer handeln und reagieren, und nicht aus parteitaktischen Gründen Dinge betrachten. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, wenn es hier eine steirische Linie gibt und wir sie gemeinsam auch in Zukunft tragen, dann muß diese steirische Linie meiner Meinung nach mitinkorporieren zuerst und bedingungslos fast – würde ich sagen – ein Bekenntnis trotz aller Schwierigkeiten zur verstaatlichten Industrie in diesem Lande. (Allgemeiner Beifall.)

Der Herr Landeshauptmann hat sehr deutlich und teilweise dramatisch dargestellt, was an dieser verstaatlichten Industrie alles hängt und daß mit den Förderungssummen und den Milliardenzuschüssen nicht nur Arbeitsplätze im Bereich der verstaatlichten Industrie gesichert werden, sondern daß viele Zulieferbetriebe zugrunde gehen würden, wenn es hier zu einer Katastrophe kommt. Daher sage ich zweitens: Gemeinsame steirische Linie! Trotz aller Schwierigkeiten und Erklärungen, die nunmehr erfolgen und vielleicht von der Hektik dieser Stunden geprägt sind, würde ich sagen: Für uns als Steirer muß bei all dem, was auch weiterhin geschieht, die Sicherung der Arbeitsplätze der Menschen in der Mur-Mürz-Furche im Rahmen dieser Industrie absoluten Vorrang haben. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich bemühe mich, die Dinge hier sehr korrekt zu sehen, und in diesem Zusammenhang fällt mir die Erklärung des oberösterreichischen Landeshauptmannes Dr. Ratzenböck ein, und ich habe am selben Tag auf diese Erklärung reagiert. Der Herr Landeshauptmann Dr. Ratzenböck hat den Vorschlag in den Raum gestellt, ob man nicht eine geographische Trennungslinie ziehen sollte, das heißt, die Steiermark von Oberösterreich und den VOEST-Betrieben abzukoppeln. Er hat in diesem Zusammenhang auch in einer Aussendung von Solidarität gesprochen. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, das, was er verlangt, ist genau das Gegenteil, was wir in dieser Stunde als Steirer unter Solidarität verstehen müssen. (Beifall bei der SPÖ.)

Man kann nicht jahrelang hindurch zukunftsträchtige Produkte – und das ist sehr schwierig zu sagen,

was zukunftsträchtig ist –, Produkte und Betriebszweige, die gewinnorientiert waren, an den Standort Linz verlagern, und wenn dann verlagert ist, sagen, weil es opportun ist, vielleicht in Oberösterreich, ohne daß ich hier die Länder ausspielen möchte, jetzt ziehen wir eine geographische Trennungslinie, die Steirer sollen allein weiterkommen. Nein, so wird das nicht gehen, meine Damen und Herren, da werden wir nicht zustimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist heute auch über die Notwendigkeit der Fusion diskutiert worden und über die Notwendigkeit, kleine überschaubare Einheiten zu schaffen, die in einer so schwierigen wirtschaftlichen Situation in dieser Welt viel rascher in der Lage sind, zu reagieren. Das hat sicher mit dazu beigetragen, daß wir vor Jahren auch bereits gefordert haben, daß die Generaldirektion der VEW ihren Sitz am Stammbetrieb in Kapfenberg haben muß. Und wir glauben, daß bei einer Neuorientierung der VOEST-Alpine auch hier in weiten Bereichen eine Handlungsfreiheit in den Standorten gegeben werden muß. Sonst ist das Ganze zu unbeweglich, und wir werden die Probleme, die auf uns zukommen, nicht meistern. Aber wenn wir heute manchemal die Fusion in Frage stellen, die im Jahre 1972 erfolgt ist, da, meine Damen und Herren, sage ich Ihnen aus meiner Kenntnis der damaligen Situation und als Gewerkschaftssekretär, der ich damals gewesen bin, wenn wir damals nicht diese Fusion durchgeführt hätten, dann wäre genau das eingetreten, was wir alle nicht wollen, nämlich, daß die Obersteiermark ein Industriefriedhof wird, und damals war die Fusion daher zweckmäßig und notwendig.

Nun, meine Damen und Herren, die Frage, ohne Schuldzuweisungen vorzunehmen – das wird im Rahmen der Gremien etwa des Aufsichtsrates geschehen –, der Bestellung eines Vorstandes. Ich bin sehr froh darüber, daß es auch hier zwischen den beiden großen politischen Gruppen weitgehend Übereinstimmung bei diesen Bestellungen gegeben hat. Es hat auch Übereinstimmung darüber gegeben, daß es nunmehr darum geht, den Schaden, der hier entstanden ist, möglichst zu begrenzen. Ich glaube, wenn man hier von Schadensbegrenzung spricht, meine Damen und Herren, dann muß man auch einschließen, daß eine Diskussion, die oft ein bißchen unter der Gürtellinie heute geführt wird, dem internationalen Ansehen der VOEST-Alpine und der Republik Österreich enormen Schaden zufügen kann. Meine Damen und Herren, die Dinge liegen doch so, daß im Ausland nicht auseinandergehalten wird hinsichtlich Intertrading und Bayou. Diese Handelsgesellschaft mit diesem großen Verlust, das ist die VOEST-Alpine. Wenn wir also diese Angriffe auf die VOEST-Alpine in dieser oft unqualifizierten Form fortsetzen, laufen wir Gefahr, daß wir zwar sanieren, daß wir neue Konzepte entwickeln, aber Märkte, die wir bisher hatten, verlieren, weil unser Ruf darunter gelitten hat und wir geschädigt worden sind. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, wenn man von diesem Konzept spricht, das wird erstellt. Es war bereits eines in Auftrag gegeben. Ich nehme an, daß es durch die dramatische Entwicklung der letzten Tage hinfällig geworden ist. Es wird also der Dreivorstand – er ist beauftragt worden – so ein Konzept erstellen, und es wird geprüft. Ich sage das deshalb, weil es hier sehr



populistisch klingt, weil man in der Öffentlichkeit heute behauptet – das spielt mit dem Ansehen der Politiker zusammen –, aber wenn die neuen Wirtschaftsmanager dieses Konzept nach rein wirtschaftlichen Grundsätzen erstellen, dann haben sich die Politiker hier herauszuhalten. Und ich sage Ihnen, auch wenn mir das negativ angerechnet wird, mir persönlich, weil es eben besser nach außen klingt, bei dieser Konzepterstellung werde ich mich nicht heraushalten, und ich nehme an, der Herr Landeshauptmann auch nicht. Wir werden mitreden und mitentscheiden und dann sehen, was ist für die Steiermark tragbar, und was können wir gemeinsam verkraften in einer solch schwierigen Situation. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich habe bereits vor einigen Tagen eine Erklärung, die den kleineren Bereich betrifft, der Verantwortung über diese VOEST-Alpine-Krise der Öffentlichkeit übergeben. Ich habe erklärt, daß trotz aller Rechtsnormen, die hier bestehen, die Bezüge des Vorstandes, der zurückgetreten ist, ausgesetzt werden sollen, nicht ausbezahlt werden dürfen, solange nicht Untersuchungen über die Verschuldensfrage abgeschlossen sind. Das sind wir dem Steuerzahler in diesem Lande schuldig. Das möchte ich auch sehr deutlich sagen. (Beifall bei der SPÖ.) Und meine Damen und Herren! Das alles spielt sich ab im Jubiläumsjahr unserer Republik, das nunmehr zu Ende geht. Wo wir eigentlich alle mit viel Stolz und mit viel Berechtigung immer wieder gesagt haben, dieses Österreich, dem man eigentlich seine Lebensfähigkeit im Jahre 1945 abgesprochen hat, hat dieser Welt ein Beispiel gegeben. Wenn ich Österreich sage, dann meine ich auch diese steirische Heimat. Ich glaube daher, daß es gut ist, daß wir heute in dieser so ernsten Situation eine gemeinsame Linie für die Steirerinnen und Steirer, für die Arbeitnehmer in diesem Lande gefunden haben. Und, meine Damen und Herren, diese steirische Linie beweist mir, daß niemand in diesem Lande will, daß aus der Krise der VOEST eine Staatskrise wird. Nur gemeinsam werden wir die Probleme meistern. Ich danke Ihnen! (Allgemeiner starker Beifall.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kollmann. Ich erteile es ihm.

**Abg. Kollmann:** Frau Präsident! Hohes Haus!

Die Rede des Herrn Landeshauptmannes Dr. Krainer hat mich außerordentlich beeindruckt, weil sie – glaube ich – für jeden Steirer eine Hoffnung war. Ich gebe auch gerne zu, daß ich überrascht bin von den meisten Passagen, die Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross uns hier soeben mitgeteilt hat. Auch, wenn ich mich gewundert habe, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter nicht nur die Solidarität beschworen und verlangt hat, daß der oberösterreichische Landeshauptmann und die Linzer mit uns Solidarität üben sollen, sondern er hätte – glaube ich auch – den Namen Ruhaltinger erwähnen können. Den Namen eines Mannes, der es in den letzten Jahren sehr an Solidarität hat mangeln lassen.

Meine Damen und Herren! Kurz zu den Wortmeldungen des Herrn Kollegen Rainer: Der Herr Kollege Rainer hat uns sehr viele Zahlen gebracht, hat von wirtschaftlichen Indikatoren gesprochen, und ich muß

ihn offen fragen, was sollte dieses Verwirrspiel? Welche wirtschaftlichen Indikatoren sind dafür verantwortlich, daß es zur Intertrading und zur Bayou-Geschichte gekommen ist? Kollege, kannst du mir das sagen? Man kann nicht vernebeln, vernebeln, vernebeln, um Dinge, die unangenehm sind, dann unangetastet zu lassen. Und wenn du, lieber Kollege Rainer, über das Wirtschaftswachstum sprichst, dann mutet mich diese Rede etwas eigenartig an, denn du bist an sich derjenige, der die wirtschaftliche Entwicklung des Handels in der Steiermark kennen mußte. Also, man kann nicht auf der einen Seite Wirtschaftswachstum begründen, bejahen und angeblich fördern, und auf der anderen Seite wie ein Hemmschuh den Handel betrachten.

Und der Kollege Mag. Rader – ich weiß nicht, ob er schon einmal in einem großen Betrieb der Schwerindustrie gearbeitet hat, dann würde er sich dort vielleicht besser auskennen, aber ich verstehe das durchaus. Wie der Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura heute ein Landwirt geworden ist, so ist der Kollege Mag. Rader fast zu einem Industriemanager geworden. Es ist eben das Problem des Zwei-Mann-Allstarteams der Freiheitlichen Partei. Wenn der Herr Kollege Mag. Rader gegen eine Arbeitsplatzgarantie aufgetreten ist, dann, bitte, muß ich doch fragen: Hat der Herr Kollege nach so vielen Beteuerungen unsererseits und vor allem unseres Herrn Landeshauptmannes noch immer nicht begriffen, um welche Art der Arbeitsplatzgarantie es sich hier handelt, die wir wollen? Um eine temporäre Arbeitsplatzgarantie, um eine Arbeitsplatzgarantie, die sichert, daß nicht, wenn neue Produktionsstätten aufgebaut werden sollen, zunächst einmal die einen Arbeitsplätze verlorengehen und dann die Arbeitskräfte in einer Region nicht mehr vorhanden sind, um die neu eingerichteten Arbeitsstätten mit Leben zu erfüllen. Das ist es, meine Herren von der Freiheitlichen Partei, was wir meinen. Ich bitte, das in Zukunft nicht mehr zu verwechseln.

Meine Damen und Herren! Ich bin Leobner, habe in Donawitz lange genug praktiziert, vom Hochofen über das Stahlwerk bis zum Konstruktionsbüro, ich habe einige Semester an der Montanuniversität studiert und war schließlich und endlich auch zwei Jahre im VOEST-Alpine-Aufsichtsrat – von der Fusion angefangen. Ich fühle mich legitimiert, hier zu diesem Problem des VOEST-Alpine-Desasters etwas zu sagen. Wir wissen, wohin die Richtung geht, beide großen Parteien zumindest des Landes werden sich anstrengen, für dieses Land zu achten, daß unsere Arbeitsplätze und unsere Betriebsstätten gesichert werden. Aber ich glaube, es wäre falsch, wollten wir jetzt nicht auch ein wenig nach den Ursachen forschen, die zu diesem Debakel geführt haben, denn die Ursachen sind es ja, die man kennen soll, damit derartiges nicht mehr passieren kann.

Von den rund 90.000 Arbeitsplätzen in der steirischen Industrie sind etwa 25.000 im VOEST-Alpine-Konzern anzusiedeln. Die Zahl der Arbeitsplätze in den steirischen Betriebsstandorten der ÖIAG hat sich seit 1970, seit dem Beginn der SPÖ-Alleinregierung, dramatisch verändert. Wir haben – das kann man nicht weggleugnen – 20 Prozent dieser Arbeitsplätze verloren. Allein in Linz hingegen wurde im selben Zeitraum der Belegschaftsstand um 10 Prozent erhöht. Ich

erinnere zum wiederholten Mal hier von dieser Stelle an eine Prophezeiung, die ein Redakteur der „Kleinen Zeitung“ im Jahr 1972 gemacht hat. Er hat damals gemeint: „In Linz wird der Erbhof stehen und in der Steiermark die Almhäuser.“ Wir können es nicht leugnen: So ist es gekommen. Wir bedauern diese Entwicklung. Schuld an dieser Entwicklung ist aber nicht nur unsere geographische Lage und die Struktur unserer Grundstoffindustrie, schuld ist, glaube ich, die heute noch unbewältigte Fusion – und da möchte ich gar nicht streiten, ob sie notwendig war oder nicht –, vor allem die organisatorisch unbewältigte Fusion von VOEST und Alpine samt VEW und Schoeller-Bleckmann. Noch 1970 – wir haben es heute vom Präsident Ing. Stoisser schon gehört – hat die VOEST einen Gewinn von 1,4 Milliarden Schilling erarbeitet. Heute stehen wir leider vor einem Scherbenhaufen als Resultat – behaupte ich – verfehlter Wirtschaftspolitik durch 15 Jahre. Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme der ÖIAG-Betriebe ist von 41 Prozent im Jahr 1970 auf 17 Prozent im Jahr 1984 zurückgegangen. Das ist eine alarmierende Zahl. Seit 1980 mußten fast 27 Milliarden Schilling an Steuergeldern zugehossen werden.

Meine Damen und Herren! Heute, nachdem wir jahrelang Wirtschaftspläne als Gegenleistung für die Mittelzuführung an die verstaatlichte Industrie verlangt haben, müssen wir hart und klar feststellen: Man hat uns, die wir immer gewarnt haben, nicht geglaubt, daß der Einsatz von Steuermitteln auch dementsprechende Konzepte und Kontrolle erfordert. Sie, von der SPÖ, und auch die Herren von der FPÖ haben Ihre Mehrheit im Parlament eingesetzt. Und ich kann nicht umhin, zu sagen: Sie tragen daher auch die Hauptschuld an dieser Entwicklung! Sie, Ihre Herren in Wien und auch einige Sozialisten hier in diesem Haus waren immer dann leichtgläubig, wenn ein verstaatlichtes Unternehmen Steuergelder für angebliche Strukturveränderungen angefordert hat. Von Kontrolle, was mit diesen Geldern geschehen soll, haben Sie leider nichts gehalten. Ich darf den Kollegen Rainer zitieren. Lieber Kollege, im Dezember 1981 hast du gemeint, als es wieder um eine Mittelzuführung ging: „Diese Mittel, meine Damen und Herren, werden sicherlich zweckentsprechend eingesetzt werden; es gibt nämlich und es gab das, was Sie“ – also wir von der ÖVP – „immer urgieren, ohnehin – einen Stahlplan –, und es ist keineswegs so, daß dieses Geld à fonds perdu ausgegeben wird.“ Ich habe damals darauf geantwortet, daß ich sehr wohl glaube, wenn ein Betriebsführer zu einem Eigentümer – in diesem Fall zum Staat – kommt und Milliarden verlangt, daß der Eigentümer das Recht hat, zu fragen: „Was machst du mit diesen Milliarden?“

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es das Recht und die Pflicht eines verantwortungsvollen Politikers ist, zu fragen, was mit den von ihm einem verstaatlichten Unternehmen zugeteilten Steuergeldern geschieht.

Was ist heute geschehen? Der Herr Bundeskanzler hat heute gemeint, die Aufsichtsräte müßten von 30 auf 15 Mitglieder verringert werden. Wozu, frage ich. Jeder von uns weiß, daß Aufsichtsräte auch Arbeitsausschüsse haben, die Spezialarbeiten leisten. Dorthin gehört auch die Intensivkontrolle. Der Herr Bundes-

kanzler hat gesagt: „Die Verstaatlichte soll sich aus dem Ölhandel völlig zurückziehen beziehungsweise diesen nur in Verbindung mit der ÖMV betreiben.“ Drei Jahre zu spät, meine Damen und Herren!

Und, meine Damen und Herren, wenn ich Ihnen zum Schluß noch etwas sagen darf: Ich halte es eher mit Dr. Mock, der meinte, daß doch die Österreicher zuerst durch eine Neuwahl des Parlaments entscheiden sollten, wer den neuen Anfang setzen wird. Die wirtschaftlichen Probleme, meine Damen und Herren, werden wir nicht mit sozialistischen Parteidogmen lösen können, auch nicht mit anderen Dogmen. Das war und blieb leider Ihre Illusion. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, wir stehen alle unter dem Eindruck und unter dem Ernst, aber auch unter der Gemeinsamkeit der Worte des Herrn Landeshauptmannes Dr. Krainer und des Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreters Hans Gross. Im Einvernehmen mit den drei Klubobmännern bringe ich den Vorschlag, die Debatte abzuschließen und die Wortmeldungen zurückzuziehen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich darf den Herrn Berichterstatter um sein Schlußwort bitten.

**Abg. Dr. Dorfer:** Frau Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ich wiederhole den Antrag, den ich eingangs zu dieser Gruppe gestellt habe, und beantrage die Annahme der Ansätze der Gruppe 7 des Landesvoranschlags 1986.

**Präsident Zdarsky:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn Sie den Posten und Ansätzen der Gruppe 7 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gruppe 7 ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 8 Dienstleistungen. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Kollmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kollmann:** Hohes Haus!

Die Gruppe 8 umfaßt die Dienstleistungen. Es handelt sich dabei um die Liegenschaften, um die Wohn- und Geschäftsgebäude des Landes. Dazu gehören auch die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sowie die Forstgüter, die Forstgärten, Baumschulen und die wirtschaftlichen Unternehmungen des Landes.

Die Ansätze der Gruppe 8 wurden im Finanz-Ausschuß eingehend beraten. Ich stelle den Antrag auf Annahme.

**Präsident Zdarsky:** Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung und bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie den Posten und Ansätzen der Gruppe 8 zustimmen.

Die Gruppe 8 ist somit einstimmig angenommen.

Gruppe 9 Finanzwirtschaft, Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Dieter Strenitz. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Strenitz:** Sehr geehrte Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 9 sieht Einnahmen in der Höhe von 11.901,893.000 Schilling und Ausgaben in Höhe von 3.350,958.000 Schilling vor. Auch diese Gruppe wurde im Finanz-Ausschuß vorberaten. Namens des Ausschusses bitte ich um Annahme.

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Klauser. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Dr. Klauser:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ich habe ursprünglich vorgehabt, einige Ziffern und Angaben zum Viehexport und zu den Darstellungen zu geben, die hier in der Diskussion zwischen dem Herrn Univ.-Prof. Dr. Schilcher und dem Herrn Landesrat Gerhard Heidinger bezüglich des Abganges bei den Krankenanstalten eine Rolle gespielt haben. Ich werde das bei der nächsten Aufsichtsratssitzung der Krankenanstalten Ges. m. b. H. nachholen.

Ich danke allen Diskussionsrednern und bitte um die Annahme des Gesamtbudgets. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Wegart:** Ich darf den Herrn Berichterstatter um sein Schlußwort bitten.

**Abg. Dr. Strenitz:** Ich wiederhole meinen gestellten Antrag und bitte um Annahme.

**Präsident:** Ich bitte Sie um ein Händenzeichen, wenn Sie den Posten und Ansätzen der Gruppe 9 zustimmen.

Die Gruppe 9 ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Brandl:** Der außerordentliche Haushalt sieht Gesamtausgaben von 1.528,446.000 Schilling vor, die Einnahmen werden durch Kreditaufnahmen gedeckt. Ich ersuche um Annahme.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zu den sieben Beschlußanträgen des Landesvoranschlags 1986, die im mündlichen Bericht Nr. 52 zusammengefaßt sind. Ich schlage vor, in zwei Teilen abstimmen zu lassen. Im ersten Teil: sechs Beschlußanträge, die von allen drei im Hohen Haus vertretenen Parteien unterstützt werden. Im zweiten Teil: Beschlußantrag, der nur von der ÖVP und der Sozialistischen Partei Österreichs unterstützt wird.

Ich frage den Herrn Berichterstatter, ob er den Antrag stellt, über die Beschlußanträge in dieser Reihenfolge abzustimmen.

**Abg. Brandl:** Herr Präsident, ich stelle diesen Antrag.

**Präsident:** Ich ersuche nun die Damen und Herren, die den sechs Beschlußanträgen des ersten Teiles des

mündlichen Berichtes Nr. 52 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die sechs Beschlußanträge des ersten Teiles sind einstimmig angenommen.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, welche dem Beschlußantrag des zweiten Teiles zustimmen, um ein Händenzeichen.

Dieser Beschlußantrag ist mit den Stimmen der ÖVP und der Sozialistischen Partei Österreichs angenommen. Das ist die Mehrheit.

Wir kommen zum Dienstpostenplan. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Hans Stoisser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Stoisser:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Dienstpostenplan ist in sieben Teile eingeteilt; in Punkt I Hoheitsverwaltung sind in diesem Jahr 5859 Dienstposten, das ist um 37,5 mehr als im Vorjahr, vorgesehen.

Punkt II: Landesaltenpflegeheime einschließlich der Schulen für Sanitätspersonal sind für 1986 499 Dienstposten vorgesehen, das ist um vier mehr als 1985.

Punkt III: Sonstige Dienstleistungen; in dieser Sparte sind 1754 Dienstposten für 1986 vorgesehen, das ist um 21 mehr als im Vorjahr.

Punkt IV: Wirtschaftsbetriebe; hier sind 475 Dienstposten vorgesehen. Hier gibt es ein Minus von 39.

Punkt V: Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen; 412 Dienstposten, das bedeutet ein Plus von 10. Diese Zwischensumme ergibt 8999 Dienstposten, die die eigentlichen Landesbediensteten darstellen. Das sind um 33,5 mehr als im Vorjahr.

Im Punkt VI sind die Landeskrankenanstalten einschließlich der angeschlossenen Betriebe enthalten, die ein eigener Wirtschaftskörper ab dem nächsten Jahr sind. Hier sind 8.628,7 Dienstposten vorgesehen. Das bedeutet ein Plus von 27,7. Das ergibt wiederum eine Summe von 17.627,7 Dienstposten.

Und die letzte Post unter VII sind die Pflicht- und Berufsschullehrer, die bedeuten nur eine Durchgangspost durch das Budget. Hier sind 12.463,9 Dienstposten vorgesehen. Hier ist die größte Steigerung, nämlich 264,2 Dienstposten, vorhanden.

Die Gesamtsumme beträgt 30.091,6 Dienstposten. Das bedeutet ein Plus gegenüber dem Jahr 1985 von 325,4. Ich bitte, diesen Dienstpostenplan zu genehmigen.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Damen und Herren um ein Zeichen mit der Hand, wenn sie dem zustimmen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Brandl:** Die Ansätze des Kraftfahrzeugsystemisierungsplanes für 1986 sind gegenüber 1985 nur unwesentlich verändert. Ich ersuche um Annahme.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um ein Händezichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir haben noch über den Antrag des Hauptberichterstatters über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 910/1, abzustimmen, und ich erteile dazu dem Herrn Abgeordneten Hans Brandl das Wort.

**Abg. Brandl:** Ich verzichte auf das Schlußwort und ersuche, meinen eingangs gestellten Antrag zu genehmigen.

**Präsident:** Wer mit den Ansätzen der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 910/1, einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Damit ist der Landesvoranschlag 1986 einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

**2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 906/1, Beilage Nr. 97, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Brandl:** Mit diesem Gesetz wird die Steiermärkische Landesregierung ermächtigt, Anleihen bis zum Gegenwert von insgesamt 1,5 Milliarden Schilling aufzunehmen, um Investitionsvorhaben und Investitionsförderungsmaßnahmen des ordentlichen und außerordentlichen Landeshaushaltes 1986 bedecken zu können.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 914/1, betreffend den Verkauf von Teilen des Grundstückes 280/1 und 776, je Baufläche samt Baulichkeiten aus der EZ. 735, KG. Feldbach, im Ausmaß von 5883 Quadratmeter zum Preis von 800.000 Schilling zwecks Betriebserweiterung an die Firma Herbert Schmidt, Lederfabrik Ges. m. b. H. & Co. KG. in 8330 Feldbach, Europastraße 3 bis 9, Verkauf eines Restteiles des Grundstückes 280/1, Parzellen 777 und 227/9, je KG. Feldbach, im Ausmaß von 4138 Quadratmeter zum Preis von 720.000 Schilling zwecks Betriebserweiterung an die Firma Pelzgerberei Lindenau, Ges. m. b. H. & Co. KG. in 8330 Feldbach, Europastraße 15, und schließlich Abänderung des Regierungsbeschlusses vom 30. November 1981 bezüglich Teilungsvertragsabschluß mit Herbert Schmidt, geboren 9. Oktober 1932, statt Firma Herbert Schmidt junior, Lederfabrik in Gründung, Feldbach.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Richard Kanduth.

**Abg. Kanduth:** Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Regierungsvorlage 914/1 betrifft den Verkauf von Teilen des Grundstückes 280/1 und 776, je Baufläche samt Baulichkeiten aus der EZ. 735, KG. Feldbach, im Ausmaß von 5883 Quadratmeter zum Preis von 800.000 Schilling zwecks Betriebserweiterung an die Firma Herbert Schmidt, Lederfabrik Ges. m. b. H. & Co. KG. in Feldbach, weiters den Verkauf eines Restteiles des Grundstückes 280/1 der Parzellen 777 und 227/9, je KG. Feldbach, im Ausmaß von 4138 Quadratmeter zum Preis von 720.000 Schilling zwecks Betriebserweiterung an die Firma Pelzgerberei Lindenau Ges. m. b. H. & Co. KG. in Feldbach, und schließlich die Abänderung des Regierungsbeschlusses vom 30. November 1981 bezüglich Teilungsvertragsabschluß mit Herbert Schmidt, geboren 1932, statt Firma Herbert Schmidt junior, Lederfabrik in Gründung, Feldbach.

Ich bitte um Annahme dieser Vorlage.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 915/1, betreffend den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung an den Landtag über die erfolgten Übernahmen von Ausfallshafungen im Jahre 1984.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hans Brandl, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Brandl:** Die Gesamtsumme der Ausfallsbürgschaften im Jahre 1984 beträgt 192,533.000 Schilling. Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 916/1, betreffend den Ankauf der Grundstücke, Grundstücksnummer 540 mit 5284 Quadratmeter und Grundstücksnummer 541/1 mit 1595 Quadratmeter aus EZ. 37, KG. Mitterdorf, zu EZ. 559, KG. Mitterdorf, im Gesamtausmaß von 6879 Quadratmeter aus dem Grundareal der Autobahnen- und Schnellstraßen-AG.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichtinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Prof. Dr. Eichtinger:** In der Vorlage geht es um den Ankauf von Grundstücken in Mitterdorf im Müritzal im Ausmaß von 6879 Quadratmeter von der Autobahnen- und Schnellstraßen-AG. um den Betrag von 515.925 Schilling. Die Enteignungsentschädigung, die das Land erhält, beträgt 420.750 Schilling, wodurch eine überplanmäßige Ausgabe von 95.175 Schilling entsteht. Mit diesem neuen Areal soll das bestehende Schulparkplatzproblem an der Berufsschule Mitterdorf gelöst werden.

Namens des Ausschusses bitte ich um Annahme der Vorlage.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, werden gebeten, eine Hand zu erheben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**6. Bericht des Landwirtschafts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 918/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gottfried Grillitsch, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Grillitsch:** Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Die Vorlage betrifft die Auflage des „Grünen Berichtes“ der Steiermark, der einen Überblick über die wirtschaftliche und soziale Lage der Landwirtschaft gibt. Er wurde im Ausschuß diskutiert und einstimmig angenommen.

Ich bitte das Hohe Haus, diese Vorlage anzunehmen.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

**7. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 773/4, Beilage Nr. 99, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Raumordnungsgesetz 1974 geändert wird (Steiermärkische Raumordnungsgesetz-Novelle 1985).**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Dipl.-Ing. Schaller:** Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie Ihnen ja bekannt ist, hat die Bundesregierung die vom Steiermärkischen Landtag im Juni heurigen Jahres beschlossene Raumordnungsgesetz-Novelle in zwei Punkten beeinträchtigt, und zwar wegen Verletzung der Bundesrechte. Es war daher notwendig, eine Sanierung dieser Raumordnungsgesetz-Novelle vorzunehmen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch noch materiellrechtlich der Paragraph 28 geändert, der die Frage der Bebauungsplanung betrifft. Sie finden daher heute den bereits im Juni vom Landtag beschlossenen Text vor, wo die Änderungen eingearbeitet sind, und ich darf Sie im Namen des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses herzlich ersuchen, der Steiermärkischen Raumordnungsgesetz-Novelle 1985 die Zustimmung zu erteilen.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag gehört. Ich ersuche die Damen und Herren, die ihm die Zustimmung geben, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Dr. Krainer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte in dieser Lage und angesichts der übereinstimmenden Auffassung der Klubobmänner und auch der Klubs, die durch Frau Präsident Zdarsky bekanntgegeben wurde, auch einen herzlichen Dank für diese Gesinnung aussprechen. Ich glaube, daß wir uns in dieser Situation auch ohne Überheblichkeit sagen können: Es hat sich in dieser Demonstration steirischer Solidarität gezeigt, wie sehr die höchsten Repräsentanten dieses Landes, die vom Volk gewählten Abgeordneten, auch die Zeichen der Zeit und der Stunde zu deuten wissen.

Wir alle wissen auch, was es bedeutet, wenn vorbereitete Reden, für die man sich natürlich hingezogen und über die man sich viele Gedanken gemacht hat, angesichts einer solchen Situation nicht gehalten werden. Ich möchte gerade auch diesen Abgeordneten einen aufrichtigen und herzlichen Dank sagen. Es ist aber auch eine Gepflogenheit, eine liebgewordene gute Tradition, daß auch der Vorsitzende der Landesregierung den Präsidenten des Hohen Hauses mit Franz Wegart, Frau Zdarsky und Frau Klasnic einen Dank sagt für die Durchführung dieser, den Hauptproblemen unseres Landes gewidmeten dreitägigen Debatte zum Landesvoranschlag 1986, insbesondere aber auch dem Herrn Landesfinanzreferenten Landesrat Dr. Christoph Klauer und seinen Mitstreitern, dem Hofrat Dr. Kriegseisen, dem Regierungsrat Pirzl und allen mit den Aufgaben der Budgeterstellung befaßten Damen und Herren herzlich zu danken. Ich glaube auch, im Namen meiner Kollegen zu sprechen, wenn ich sage, unser Dank gilt insbesondere auch den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in unseren eigenen Büros, die in einem so hohen Maße auch immer wieder gefordert sind, Aufgaben mitzutragen, und das im Regelfall im Hintergrund und ohne lautes und öffentliches Lob tun. Ich möchte auch meinen Dank den Stenographinnen hier und den Damen und Herren der Medien und der Presse sagen, Ihnen und Ihren Familien besinnliche Adventtage wünschen, soweit nur irgend denkbar, gesegnete Weihnachten und vor allem ein gutes und gesundes Jahr 1986! (Allgemeiner starker Beifall.)

**Präsident:** Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren!

Die Beratungen des Hohen Hauses über den Landesvoranschlag 1986 sind nach einer Dauer von 31 Stunden, wozu sich die Abgeordneten und Regierungsglieder zu insgesamt 120 Wechselreden gemeldet haben, zu Ende gegangen. Es wurde damit das Arbeitsjahr 1985 mit der Beschlußfassung über das Budget des kommenden Jahres abgeschlossen.

Es wurden 100 Anträge von Abgeordneten, 136 Regierungsvorlagen, davon 16 Gesetzesvorlagen, zwei Anzeigen, ein Bericht der Volksanwaltschaft sowie vier dringliche und fünf schriftliche Anfragen eingebracht. Weiters wurden 160 Beschlüsse, darunter 21 Gesetzesbeschlüsse, gefaßt.

Außerdem wurden bei vier Landtagssitzungen, die mit einer Fragestunde begannen, 52 Anfragen von Abgeordneten eingebracht. Die Landtagsausschüsse haben in 76 Sitzungen alle Vorlagen vorbereitet, die vom Landtag beschlossen wurden beziehungsweise noch beschlossen werden.

In der diesjährigen Budgetdebatte kam schwerpunktmäßig das Problem der Arbeitsplatzsicherung, allen voran des obersteirischen Industrieraumes sowie der VOEST-Alpine, zum Ausdruck.

Die Fragen der Umwelt fanden von vielen Rednern eine nachhaltige Unterstützung.

Jede Budgetdebatte ist aber auch ein Spiegelbild der steirischen Wirklichkeit. Erlauben Sie mir nun ein paar persönliche Bemerkungen:

Ich habe nunmehr als Abgeordneter, als Mitglied der Landesregierung und nun als Präsident zum 37. Male an den Beratungen und an der Beschlußfassung des Landesvoranschlages mitgewirkt.

Hatten wir in den vierziger und fünfziger Jahren den Mangel zu verteilen und im wahrsten Sinne des Wortes um die nackte Existenz und um das tägliche Brot zu ringen, so kamen mit der Zunahme des Wohlstandes, mit der Mehrung der sozialen Gerechtigkeit neue Probleme und Herausforderungen hinzu.

Die sechziger und siebziger Jahre brachten unserem Land einen nie gekannten Wohlstand. Ich umschreibe diese Tatsache am besten mit folgender Feststellung: Wir werfen gegenwärtig pro Kopf und Tag mehr Lebensmittel in den Abfallkübel, als der Lebensmittelaufwurf pro Kopf und Tag 1946 betragen hat.

Immer haben wir uns die Frage zu stellen: Hätte manches anders oder besser gemacht werden können? Ich sage aus meiner politischen Erfahrung – die Bemühungen aller haben immer das Beste zum Ziel. Mögen auch die Wege dorthin verschieden sein.

Hohes Haus, meine Damen und Herren!

In drei Wochen versinkt das Jahr 1985 im Strom der Zeit. Es war ein Jahr bedeutender Jubiläen. Wir haben die Wiedergeburt Österreichs gefeiert, den Abschluß des Staatsvertrages und erfreuen uns einer langen Periode des Friedens. Es gibt kein Jahrhundert österreichischer Geschichte, in der es eine so lange Periode von 40 Jahren Frieden gegeben hat.

Erlauben Sie mir aber auch, darauf hinzuweisen, daß es in wenigen Tagen 40 Jahre sein werden, in denen nach einem grausamen Krieg und Jahren der Unfreiheit der erste freigewählte Steiermärkische Landtag und die daraus hervorgehende Landesregierung hier in diesem Hohen Haus zur konstituierenden Sitzung zusammentraten. Ihre Wahl erfolgte am 25. November 1945.

Diese Wahlen stellen in meinen Augen ein historisches Ereignis dar: eine Entscheidung für Österreich, für seine Freiheit, für seine Unabhängigkeit und für seinen Weg bis in unsere Tage. Wir haben allen Grund, an der Schwelle des neuen Jahres dankbar dafür zu sein, daß alles so gut gelaufen ist.

Sicher ist eines: eine fertige Welt wird es niemals geben; aber es ist unsere Aufgabe, mit dieser Welt täglich aufs neue fertig zu werden.

In dieser Gesinnung wünsche ich Ihnen, verehrte Damen und Herren, ein frohes und friedliches Weihnachtsfest und ein herzliches Glückauf für 1986.

Die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner starker Beifall. – Ende der Sitzung: 18.50 Uhr.)